

ESTIOA A-9267

# Bismarck und Oesterreich

bis 1866

mit besonderer Berücksichtigung des Sybelschen  
Werkes.

Von

**G. Rathlef,**

Oberlehrer der Geschichte in Dorpat.

Sonder-Abdruck aus der „Baltischen Monatschrift“ 1892  
nebst einem Zusatzartikel:

„Die Beurtheilung der österreichischen und preussischen Politik  
im Sybelschen Werke“.

5-A

~~16572~~



Reval, 1893.

Verlag von Franz Kluge.

Дозволено цензурою. — Ревель, 27-го Іюля 1892 г.

Печатано въ типографіи Наслѣдниковъ Линдфорса въ Ревель.

Gewidmet

meinem Vater

Carl Rathlef,

Professor emer. der Geschichte an der Universität Dorpat.

## Vorwort.

Dem Werke Heinrichs v. Sybel: „Die Begründung des Deutschen Reiches durch Wilhelm I.“ verdankt dieses Schriftchen seine Existenz und ist auf dasselbe gegründet; dennoch ist es nach der einen Seite hin seine Aufgabe, der Sybelschen Darstellung entgegenzutreten. Trotz aller Vorzüge fordert dieselbe doch den Widerspruch heraus, und ich empfand es als wünschenswerth, diesem Widerspruch gegen eine unbillige Auffassung, der es, wie mir scheint, Vorschub leistet, Ausdruck zu geben. In Artikel I habe ich meine Auffassung des österreichisch-preussischen Conflictes dargelegt, in Artikel IV versucht, mein Urtheil über das Sybelsche Werk zu begründen.

Diese beiden Artikel waren von vornherein zum Druck bestimmt, und des Rechtes zu dieser Veröffentlichung war ich mir bewußt.

Anders steht es mit Artikel II und III.

Während der Arbeit zu populären Vorträgen aufgefordert, schloß ich an den Artikel I eine Schilderung an, in welcher ich es versuchte, ein Bild des Fürsten Bismarck in seiner Politik gegen Oesterreich bis 1866 zu zeichnen, wie es sich mir, auf Grund des Sybelschen Werkes und der für mich sehr anregenden und belehrenden Besprechung desselben in den „Preussischen Jahrbüchern“ durch Professor Delbrück, gestaltet hatte. Die drei ersten Artikel dieser kleinen Schrift enthalten jene im Februar des Jahres von mir gehaltenen populären Vorträge mit einigen Erweiterungen (s. den Anhang zu Artikel II).

Ohne die Grundlage des Sybelschen Werkes hätte ich bei meiner beschränkten Kenntniß des Materials eine solche Veröffentlichung nicht gewagt, doch schien es mir erlaubt, diejenigen, die das Sybelsche Werk nicht selbst lesen können, zunächst unter den Lesern unserer heimischen Monatschrift, mit einer der wichtigsten Darlegungen desselben, mit der in demselben gegebenen Charakteristik der österreichischen Politik Bismarcks, bekannt zu machen; für Artikel I und IV aber waren mir diese beiden später dazwischengeschobenen Artikel eine sehr wünschenswerthe, positive Ergänzung, ohne welche die beiden anderen Artikel einseitig erscheinen und einen anderen Eindruck machen konnten, als ich es wollte.

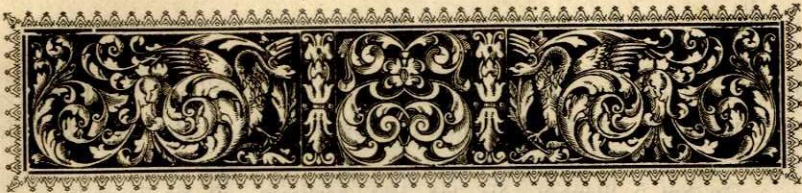
Was den Inhalt anlangt, so möchte ich ausdrücklich hervorheben, daß meine Darlegung — wenn ich auch in einer Anmerkung die jetzt über Oesterreich gesprochenen Riffinger Worte des Fürsten Bismarck angeführt habe — eine historische Betrachtung ist, die auf einen bestimmten Zeitraum, auf die Zeit bis 1866 zurückschaut, nicht aber eine politische, auf die Zukunft gerichtet. Die Politik Bismarcks ist, glaube ich, dadurch charakterisirt, daß er das Vorhandene zu entwickeln, das zunächst unter den gegebenen Umständen Berechtigte und Nothwendige mit Energie zu erreichen sucht, die Zukunft im Auge behält, ohne sie doch vorwegnehmen zu wollen.

Wenn er eine ehrliche Bundesgenossenschaft mit Oesterreich als ein Ziel seiner Politik im Auge hatte, so war dieses Streben wohl wesentlich darauf gerichtet, dasjenige wegzuschaffen und gleich nach der Entscheidung dasjenige fernzuhalten, was ein gutes Verhältniß zu Deutschland und ein Zusammenhalten beider Staaten, so weit es möglich ist, hindern mußte; dieses war die nächstliegende Aufgabe; die andere nun, in wie weit ein solches Verhältniß dann, nach Lösung derselben, möglich sei, lag zunächst noch gar nicht vor. Wie aber er, der lebendige Kräfte werthet und mit realen Factoren rechnet, seit der Entscheidung von 1866 über eine solche Allianz weiter denkt, auf wie lange und in wie weit er mit dem Oesterreich, wie es nun einmal ist, eine auf voller Gegenseitigkeit beruhende Allianz für möglich erachtet, unter welchen Bedingungen auch dann, wenn dieses Verhältniß eine unheilvolle Reihe slavisch-germanischer Weltkämpfe eröffnen müßte, in welchem Sinne also er das Bündniß mit Oesterreich zu den Reichsinstitutionen gezählt wissen will, das sind Fragen, die ich hier völlig dahin-

gestellt sein lasse, und nur dagegen möchte ich mich verwahren, daß mein Rückblick auf die Politik bis 1866, die Erwähnung der Allianz vom October 1879 und der Rißinger Rede als eine Behauptung über seine Stellung zu einer Allianz mit Oesterreich und zu jenem Bündniß aufgefaßt werde.

Dorpat, im October 1892.

Der Verfasser.



## I. Oesterreich im Kampf mit Preußen um die Hegemonie in Deutschland.

Immer wieder haben sich auch in diesem Jahre die Augen der Welt auf jenes greise Haupt im Sachsenwalde gerichtet, auf jenen lebendigen Zeugen einer großen Geschichtsepöche, in dem das deutsche Volk dankbar und bewundernd den großen Umschwung seiner Geschichte verkörpert sieht, in dem es den Helden jener Epöche verehrt, den großen Reichskanzler Kaiser Wilhelms I.

Sein Erscheinen in der Hauptstadt des einst von ihm bekämpften und aus Deutschland hinausgedrängten Oesterreich, die Aufnahme, die er dort gefunden, und sein Triumphzug durch Deutschland mit den betrübenden Nachklängen fordern uns auf, zurückzuschauen in jene Zeit, in welcher der „verhaßte“ Bismarck der „bewunderte“ Bismarck wurde, auf das Ringen Oesterreichs und Preußens um die Hegemonie in Deutschland und auf die Politik Bismarcks Oesterreich gegenüber, die jenen Streit zur Entscheidung gebracht hat.

Wer über jene Dinge, die wir mit Staunen erlebt haben, über Kaiser Wilhelm und Bismarck reden will, kann wenig Neues erzählen, doch hat die Kenntniß jener Epöche in letzter Zeit wichtige Bereicherung und Correctur erfahren durch das große Werk über „Die Begründung des deutschen Reichs durch Wilhelm I.“ von Heinrich v. Sybel, zu dem der Verfasser geheime und geheimste Acten des preußischen Staatsarchivs hat benutzen dürfen; ein Buch, epochemachend durch die gegebenen neuen Aufschlüsse und Bewunderung erweckend durch die Schärfe des Urtheils, die ruhige Klarheit und edle Einfachheit der Darstellung und die lebensvolle glänzende Charakteristik der hervorragenden Persönlichkeiten, ein Werk, für das — so heißt es in der

Besprechung desselben durch den Redacteur der preussischen Jahrbücher — die Dankbarkeit und die Bewunderung des deutschen Volkes dem Verfasser für alle Zeiten gesichert sein werden.

In den 5 Bänden, die bis jetzt vorliegen, ist die Darstellung bis dahin fortgeführt, wo der Entscheidungskampf zwischen Oesterreich und Preußen ausgefochten und das Fundament für das neue deutsche Reich gelegt ist. Auf dieses Werk wird in den betreffenden Abschnitten unsere Betrachtung sich vielfach (zuweilen auch mit wörtlicher Anlehnung) zu gründen oder zu demselben Stellung zu nehmen haben.

Die ganze junge Generation von heute kennt, soweit sie zurückdenken kann, keinen anderen Zustand als den, daß es ein mächtiges, geeinigtes deutsches Reich giebt; diejenigen aber unter uns, die auf der Höhe des Lebens stehen, oder gar die, deren Haupt grau wird, die sehen in ihrer Erinnerung zurück in eine Zeit, da Deutschland zerstückelt, politisch machtlos war, da ein starkes und machtvolles Deutschland in Deutschland selbst — ein Traum war, an dem Viele aus den Gebildeten der Nation mit sehnsuchtsvoller Hoffnung hingen; und sie haben es erlebt, wie dieser Einheits Traum sich erfüllte, und dürfen die gewaltigen, weltgeschichtlichen Ereignisse, in denen diese Einigung sich vollzog, wohl unter die großen Erlebnisse ihres Lebens zählen.

Das neue deutsche Kaiserthum ist seinem ganzen Charakter nach ein ganz anderes als das deutsche Kaiserthum des Mittelalters. Dieses war ein internationales, kosmopolitisches, es war seinem Wesen nach darauf gerichtet, ein christliches Weltreich zu sein, zu dem im Grunde Alles gehörte, was dazu gebracht werden konnte, den Namen Christi zu bekennen. „Herr der Herrscher“, „Haupt der ganzen Welt“, so nennen Chronisten des Mittelalters den „römischen“, d. h. den deutschen Kaiser. Als greiser Flüchtling an der Grenze seines Reiches weilend, gebannt von der Kirche, vertrieben durch den eigenen Sohn, schreibt Kaiser Heinrich IV. dem Könige von Frankreich: die Erde sei sein, so weit sie bewohnt wird; und als etwa zwei Jahrhunderte später König Heinrich VII. über die Alpen zieht, da ruft, ihn begrüßend, nicht ein Deutscher, sondern ein Italiener, der Dichter der *Divina comedia* seinen Landsleuten zu, sie sollten kommen und sich dem Kaiser anschließen: ihr, die ihr aus des Kaisers Flüssen trinkt und über seine Meere segelt, ihr, die ihr auf den Sand des Ufers tretet und auf den Scheitel der Alpen, die ihm gehören, die ihr auch euer Privateigenthum nach der Ordnung seines Gesetzes und nicht anders besitzt — sein also sind die Meere, die Flüsse, der Sand und der Scheitel der Berge; der Kaiser selbst aber, für den der italienische Dichter das Alles in Anspruch nimmt, erklärt

in einem seiner Erlasse, daß nach göttlichem und menschlichem Rechte jegliche Creatur dem römischen Kaiser unterworfen sei.

Ein solches Kaiserthum der Weltherrschaft mußte ein Kaiserthum des Kampfes und der Eroberung sein, der Idee ihrer Würde nach mußten die Kaiser bestrebt sein, ihre Herrschaft über die Welt auszudehnen. Das neue deutsche Kaiserthum ist ein ganz anderes, als das alte, nicht ein kosmopolitisches, sondern ein nationales.

Die Proclamation, in welcher der greise König Wilhelm nach erfolgreicher Abwehr des feindlichen Angriffs siegreich, wie es wenigen Fürsten der Erde beschieden gewesen, die Annahme der dem deutschen Volke durch geschichtliche Erinnerungen altherwürdigen Kaiserkrone und des Kaisertitels verkündigt, schließt eine Losjagung von der Kaiseridee des Mittelalters in sich: „Uns aber und unseren Nachfolgern wolle Gott verleihen, allezeit Mehrer des Reiches zu sein, nicht an kriegerischen Eroberungen, sondern an den Gütern und Gaben des Friedens auf dem Gebiete nationaler Wohlfahrt, Freiheit und Gerechtigkeit.“ Er und seine Nachfolger, sie sollten Kaiser sein — nicht der Welt, sondern ihres eigenen Volkes und ihres eigenen Reiches. Dem entsprechend heißt es in der Thronrede bei Eröffnung des ersten deutschen Reichstages: „Die Achtung, welche Deutschland für seine eigene Selbstständigkeit in Anspruch nimmt, zollt es bereitwillig der Unabhängigkeit aller anderen Staaten und Völker, der schwachen wie der starken“ — und diesem Kaiserworte antwortet der Reichstag seinerseits mit der Erklärung: „Die Tage der Einmischung in das innere Leben anderer Völker werden, so hoffen wir, unter keinem Vorwande und in keiner Form wiederkehren.“

Wer nicht parteiisch urtheilen will, der wird bekennen müssen, daß der greise Kaiser Wilhelm in diesem Sinne gewaltet hat, so lange es für ihn Tag war.

Die kosmopolitische Richtung des mittelalterlichen Kaiserthums hat die nationale Ausgestaltung des deutschen Reiches gehindert; als ein schwaches, zerfallendes Staatswesen tritt Deutschland in die Neuzeit herüber, und der furchtbare dreißigjährige Krieg, der Deutschland zu einem Schlachtfelde für die Nachbarn machte, unterwirft das Land und seine Bewohner in der kläglichsten Weise dem Einfluß des Fremdthums; bis an den Anfang dieses Jahrhunderts hin fehlt selbst den führenden Geistern des Volkes meist das staatliche Bewußtsein, das Verlangen, einem politisch starken Staate anzugehören, ja der Glaube an das Recht der eigenen Nation, einen solchen zu bilden.

Als aber durch das Kämpfen, das Ausharren und Siegen des „alten Fritz“ ein großer Theil Deutschlands mit dem jungen Goethe „fritzig“ gesinnt wurde, erfüllt von der Freude, „Theil zu haben an den Helden der

Nation“, da fing man an, wie der mannhaftige Ernst Moritz Arndt (in seinem Geist der Zeit) aus eigener Erinnerung schreibt: „von Volk, Vaterland und Freiheit zu sprechen . . . die Deutschen sprachen den Namen Friedrich als einen Namen aller Deutschen, und der Enthusiasmus machte das Große noch größer, als es war.“ Dann haben die großen Dichter und Denker Deutschlands, Klopstock und Lessing, Schiller und Goethe, Kant und Fichte und mit ihnen viele Andere, ihrem Volke ein geistiges Deutschland geschaffen, in dem es sich heimisch fühlte — noch ehe es ein politisches Deutschland gab.

Aber erst unter dem Druck und dem Elend der napoleonischen Zeit brachten Haß und Noth „zunächst bei den gebildeten Klassen Norddeutschlands eine gründliche Umstimmung zu Wege“, und Viele hätten mit dem alten Arndt sprechen können: Als Deutschland ganz am Boden lag, da habe ich es fest in mein Herz geschlossen.

So wurde der Druck der Zeit dem Volke zum Segen.

In jedem Hause fühlte man  
Der Zeiten Noth und Qual,  
Des Schicksals Schläge schmiedeten  
Der Männer Arm zu Stahl.

Ueber den Einfluß Friedrichs des Großen, jene Umstimmung der Geister und ihr Heranreifen zu den Freiheitskriegen, mag, wer sich das Herz erquickern will, doch in Freitag's Bildern aus der deutschen Vergangenheit und in der herrlichen Schilderung nachlesen, die Treitschke in seiner deutschen Geschichte von dem Einfluß des geistigen Deutschland auf das politische entwirft.

In der Zeit der Noth und Schmach — sagt er — erwuchs zuerst in Norddeutschland die Idee der deutschen Einheit, ein Kind poetischer Sehnsucht sowohl, wie politischer Begeisterung. Wenn Napoleon gestürzt sei, dann sollte, aus dem ureigenen Geiste des deutschen Volkes heraus, ein neues, mächtiges Deutschland erstehen.

Damit es erstehen könne, richtete der willensgewaltige Fichte seine die Geister packenden Reden nicht an Preußen, Baiern oder Schwaben — sondern an die deutsche Nation. Er sucht den freudigen Glauben an sich selbst in ihr wachzurufen, ihr zu zeigen, daß sie noch viel zu große Aufgaben habe, viel zu viel werth sei, um unterzugehen. Er mahnt sein Volk, sich selbst nur treu zu bleiben, sich selbst nur nicht wegzuworfen und sich nicht in Selbstbedauern gehen zu lassen.

„Besiegt sind wir — ob wir zugleich auch verachtet, und mit Recht verachtet sein wollen, das wird immer noch von uns abhängen. . . . Der Kampf mit Waffen ist beschlossen, es erhebt sich — so wir es wollen — der neue Kampf der Grundsätze, der Sitten, des Charakters. Ob es jemals

uns wieder wohlgehen soll, dies hängt ganz allein von uns ab, und es wird nie wieder irgend ein Wohlsein an uns kommen, wenn nicht jeder Einzelne von uns in seiner Weise thut und wirkt, als ob lediglich auf ihm das Heil der künftigen Geschlechter beruhe.“ Mit diesem Worte mahnt Fichte, und was hier ein gewaltiger Mann predigte, das sagte in ihrem Kreise eine verehrte und geliebte Frau — die Königin Louise: Sorgen wir nur dafür, daß wir mit jedem Tage reifer und besser werden.

Bald kam die Zeit, da sich zeigen konnte, ob diese Saat gediehen und das Volk zu Opfern für Staat und Vaterland bereit sei.

Napoleons Macht zerbrach in Rußland, der Flammenschein über der alten Zarenstadt, er wurde das Morgenroth der Völkerfreiheit, und die hoffnungsvolle, thatenfrohe Zeit des europäischen Freiheitskrieges brach an.

Was aber war, als diese große Zeit dahingezogen war, für Deutschland das Resultat des Kampfes und der Opfer?

Das alte Reich war zu Grabe getragen und ein neues war nicht erstanden. An seiner Stelle stand nur der machtlose deutsche Bund, vertreten durch den unfähigen Bundestag zu Frankfurt am Main, in welchem die Klein- und Mittelstaaten thörichtester Weise den Großmächten gegenüber ein ganz unverhältnismäßiges Gewicht erhalten hatten und der durch die Forderung der Stimmeneinheit für wichtigere Angelegenheiten von vornherein zum Tode geboren war. „Am Maße der Anforderungen eines realen Staatswesens gemessen,“ sagt Sybel von dieser Organisation, „besaß sie so ziemlich alle Mängel, durch welche eine Verfassung unbrauchbar werden kann.“ Für Preußen aber war dieser Bund, nach Bismarcks Urtheil, ein Alp, eine Schlinge um seinen Hals, ein Gebrechen, das mit Feuer und Schwert werde geheilt werden müssen. Dabei wurde Deutschland noch von den Nachbarn, vor Allem von Frankreich, das Recht bestritten, diese klägliche Verfassung nach Gutdünken zu ändern und seine Einheit zu schaffen.

„Kein politischer Satz“ — sagt Sybel einmal von den späteren Jahrzehnten — „war dem französischen Rationalgefühl geläufiger und wurde mit mehr Unbefangenheit für allgemein gültig und selbstverständlich erklärt, als die Anschauung, daß das europäische Gleichgewicht in der Stärke Frankreichs und der Ohnmacht Deutschlands beruhe.“

Den Einzelstaaten war durch den österreichischen Staatskanzler Metternich völlige Souveränität zugesichert, die jede reale Einigung unmöglich machte; ja, das Streben und Trachten nach Deutschlands Einheit wurde als revolutionär und als Criminalverbrechen verfolgt. „Es giebt keinen verrückteren Gedanken,“ äußerte Metternich einmal, „als den, die deutschen Völker in ein Deutschland zu vereinigen.“ Bei diesem Treiben ließ sich Preußen von Oesterreich ins Schlepptau nehmen, ließ sich in das österreichische Geleise

hinüberziehen, verscherzte dadurch die Sympathien in Deutschland und tilgte die Dankbarkeit für seine Leistungen in den Freiheitskriegen aus den Herzen.

Ein Menschenalter war seit den Freiheitskriegen und der Errichtung des Bundes verfloßen. — 1848! — Welch ein Anblick! Ganz Mitteleuropa, so weit das Auge schaut, Frankreich, Italien, Deutschland: ein sturm- bewegtes Meer. Die bisherigen Ministerien vielfach gestürzt, die nationalen Hoffnungen wieder lebendig geworden, die verpönten, verfolgten, schwarz-roth- goldenen Farben, das Symbol des einigen Deutschland, als Bundesfarben angenommen, dem deutschen Volke von den Regierungen die Wahl einer deutschen Nationalversammlung gestattet; leuchtend erhebt sich wieder die Gestalt eines starken einigen Deutschland vor den Blicken der Nation.

In Frankfurt am Main zogen unter dem Geläut aller Glocken, von heißen Wünschen und Hoffnungen geleitet, die 500 zu Gliedern des ersten deutschen Parlamentes vom deutschen Volke erwählten Männer aus dem alten frankfurter Kaisersaal in die Paulskirche hinüber, in der die Sitzungen dieses Nationalparlamentes von ganz Deutschland stattfanden. Hier suchte man ein neues Deutschland zu bauen, der Bundestag wurde aufgelöst, eine Reichsverfassung ausgearbeitet, ein deutscher Kaiser gewählt — aber, bald waren alle auf diese Versammlung gesetzten Hoffnungen gescheitert. Deutsche Einheit, deutsches Reich, deutsches Parlament, deutsches Kaiserthum, deutsche Heeresmacht, deutsche Flotte — wie ein Traumbild war das Alles vor den Augen des harrenden Deutschland aufgestiegen, und wie ein Traumbild war es wieder versunken.

Die Ueberzeugung aber war bei Vielen zum Durchbruch gekommen, daß unter der bisherigen Verfassung, unter der Herrschaft zweier Großstaaten, die nicht durch freiwillige Uebereinstimmung, sondern durch rechtliche Bande zusammengekoppelt — um ein Bismarcksches Bild zu gebrauchen — „auf einem Gefährt festgenagelt waren“, Deutschland nicht gesunden könne, daß die Vergangenheit unter den bestehenden Verhältnissen unerbittlich die bittere und schmerzliche Nothwendigkeit auferlege, auf den sogenannten „groß- deutschen“ Gedanken, d. h. auf die Zuziehung der deutschen Theile Oester- reichs beim Bau des künftigen deutschen Reiches zu verzichten — ein Verzicht, der von Vielen fast wie ein Verrath angesehen wurde; und diese Ueberzeugung wurde durch die andere ergänzt, daß die Führung des außerösterreichischen Deutschland nur der König von Preußen übernehmen könne. Ausschluß Oester- reichs und Einigung Deutschlands unter Preußens Führung war die Lösung.

Diese Lösung aber führte zum Kampfe, mußte zum Kampfe führen zwischen Oesterreich und Preußen, zum Kampfe um das Recht auf die Hegemonie in Deutschland. Unmittelbar nach dem Scheitern des frankfurter Parlamentes ist er ausgebrochen.

Preußen, das in aller Stille schon längst durch die große zukunftsvolle That der Gründung des deutschen Zollvereins die kleindeutschen Staaten wirthschaftlich mit sich verbunden und so auf dem wirthschaftlichen Gebiete die Einheit schon hergestellt hatte, suchte jetzt die kleinen Staaten in einem besonderen Bunde, in der sogenannten Union, auch politisch durch freiwillige Unterhandlung mit den Fürsten, von denen allein sein König die Kaiserkrone empfangen wollte, enger mit sich zu verbinden; dem trat Oesterreich, geleitet von dem klugen, energischen, rücksichtslosen Fürsten Felix Schwarzenberg entgegen.

Mit einem Theil der Kleinstaaten im Gefolge proclamirte Oesterreich, gegen den Einspruch Preußens, die Wiederherstellung des alten Bundestages. Oesterreich mit dem Bundestag und Preußen mit der Union standen einander gegenüber. In zwei Gebieten, in Kurhessen und Schleswig-Holstein, stießen sie auf einander. In beiden wollten Oesterreich und der Bund eine durch eigene Gewaltthat und Rechtsverletzung gefährdete landesherrliche Autorität wiederherstellen, dort die kurfürstliche, hier die dänische — und Preußen, das in Schleswig-Holstein gegen Dänemark gekämpft und zu dessen Unionsgebiet Kurhessen gehörte, wollte das nicht dulden, nicht etwa weil sein König die Niederwerfung des Widerstandes mißbilligte, sondern weil er selbst dabei theilhaftig sein und sie nicht dem von ihm gar nicht anerkannten und mit Verletzung Preußens wiederhergestellten Bunde überlassen wollte.

Mit großer Spannung sah man in Deutschland und Europa, wie der Conflict sich immer mehr verschärfte. Man sah in Preußen, als dem Leiter der Union, den Vertreter der Neugestaltung Deutschlands. In Hessen wurde sein Widerstand gegen Oesterreich unwillkürlich ein Eintreten für gebrochenes Verfassungsrecht; in Schleswig-Holstein erschien er doch noch als ein letztes Eintreten für deutsches Recht, und man glaubte, Preußen sei entschlossen, den Kampf aufzunehmen. Um so empfindlicher war hier ein Zurückweichen und eine Demüthigung vor Oesterreich, um so günstiger die Ausnutzung der Situation für den Fürsten Schwarzenberg. „Die Stärke Preußens,“ sagte er etwas später zu einer deutschen Fürstin, „besteht nur in der Achtung, deren es sich in Deutschland zu erfreuen hat; entzieht man ihm diese Achtung, so beraubt man es jeder Stärke, man muß es erniedrigen und dann zerstören (il faut l'avilir et après démolir)“. In diesem Sinne ist auch in den folgenden Jahren die österreichische Politik geleitet worden.

Für den heraufziehenden Kampf hatte Oesterreich auf einen gewaltigen Bundesgenossen zu hoffen, den damals mächtigsten Monarchen Europas, den Kaiser Nicolaus von Rußland, den geschworenen Feind jeder Auflehnung gegen landesherrliche Autorität.

Er erklärte in Warschau, wo der Kaiser von Oesterreich und der preußische Ministerpräsident Graf Brandenburg ihn auffuchten und wo er fast als Schiedsrichter zwischen Oesterreich und Preußen dastand, auch er werde, wenn Preußen sich widerseze, in den Krieg eintreten.

In Böhmen und Süddeutschland hatte Oesterreich (wie der preußische Kriegsminister berechnete) schon 150,000 Mann beisammen, in Süddeutschland rüstete man eifrig — auch aus Rußland wurden schon Rüstungen gemeldet. In Kurhessen standen bereits österreichisch-bairische und preußische Truppen einander gegenüber. Noch unterhandelte man. Das Blut der Patrioten in Preußen wallte auf. „Unterhandlung, es sei!“ soll der Prinz von Preußen, der spätere Kaiser Wilhelm gerufen haben — „aber so, wie sich's geziemt, mit dem Helm auf dem Kopf und dem Schwert in der Hand!“ nur so werde Preußens Ehre unverlezt bleiben. Die Ordre zur Mobilmachung erfolgte, „ein heller Jubel durchbrauste die Presse, das Land, die Armee, die Landwehrmänner strömten voll Begeisterung zu den Fahnen“ — bei dem Dorfe Bronzell, nicht weit von Fulda, kam es schon zu einem leichten Zusammenstoß, bei dem preußischerseits ein Schimmel fiel und fünf österreichische Soldaten verwundet wurden. — Wird der Entscheidungskampf ausbrechen? Der König Friedrich Wilhelm IV. wollte den Krieg durchaus nicht, und ebenso wollten weder der wackere Graf Brandenburg, den die historische Legende zum Vertreter der Kriegspolitik macht, der aber, wie Sybel zeigt, entschieden für Nachgiebigkeit und Frieden eintrat, noch der an des kriegsentschlossenen Radowiz Stelle tretende neue Minister des Auswärtigen Manteuffel und die Majorität des Ministeriums die Verantwortung für einen Krieg übernehmen, der ein Krieg, nicht nur gegen Oesterreich und Süddeutschland, sondern auch gegen Rußland zu werden drohte; sie wollten es um so weniger, als König Friedrich Wilhelm von der Hilfe des lauernden, gleichfalls rüstenden Napoleon, die er hätte erlangen oder erkaufen können, absolut nichts wissen mochte.

Die Rüstung Preußens war nicht, wie der Prinz Wilhelm es gewollt, ernstlich gemeint, im Grunde war sie nur ein Blendwerk, ein Mittel gewesen, den Rückzug zu verdecken. Mit klarem Blicke hatte Schwarzenberg das durchschaut, und so erfolgte die bekannte tiefe Demüthigung, die Unterwerfung Preußens unter Oesterreich. Auf Befehl des Königs, nach mehrmaliger Anfrage, erlangte Manteuffel eine persönliche Zusammenkunft mit Schwarzenberg in Olmük. Es war ein Gang nach Canossa. Durch die Ueberlegenheit Schwarzenbergs überwunden, ging Manteuffel in seiner Nachgiebigkeit noch weiter, als seine Instructionen es zuließen — Nov. 1850.

Nur den ausdrücklichen Befehlen Kaiser Franz Josephs war es, wie es scheint, zu danken, daß Schwarzenberg es überhaupt zu einer Einigung

kommen ließ und Preußen nicht in einen Krieg gedrängt wurde, dem es wohl kaum gewachsen war. — Die Niederlage Preußens war schwer und die Demüthigung dabei noch schwerer als die Niederlage, „denn vor der Kriegsdrohung Rußlands und Oesterreichs hatte die Regierung gethan, was sie im Grunde selbst wollte“.

Die Union, durch die Preußen Deutschland zu einigen gedacht, wurde aufgelöst und der alte Bundestag schließlich auch von Preußen wieder beschickt.

In Oesterreich triumphirte man.

„Wir haben Ursache,“ durfte ein Vertreter Oesterreichs (Prokesch) lachenden Mundes sagen, „diesen Frieden jedem Kriege, auch dem siegreichsten vorzuziehen; er bringt Preußen zum Gehorsam, verleiht uns hohen Ruhm und verseindet die preußische Regierung mit dem deutschen Volke, ein Besseres können wir uns gar nicht wünschen.“ Um so tiefer war der Kummer in Preußen. „Der Schlag ist gefallen,“ schrieb ein preußischer Patriot (Camphausen) an Bunsen, den preußischen Gesandten in London, den Freund des Königs, „ein großer Staat, wehrhaftig wie keiner in Europa, leckt den Staub von den Füßen seiner Gegner, ohne auch nur den Versuch zu einem Widerstande zu machen.“

„Unsere Geschichte kann nichts aufweisen,“ schrieb demselben ein anderer preußischer Diplomat<sup>1</sup>, „was mit der Niederlage von Olmütz zu vergleichen wäre. Unsere Kammern und unser Heer zusammenzutrommeln, um in Gala geohrfeigt zu werden, von Concessionen zu sprechen, weil wir in Hessen dem Henker Rechberg einen Schinderknecht stellen dürfen. Mit Pauken und Trompeten, Protokollen und Urkunden unsere Schande verbrieften lassen, das ist so niederschmetternd, daß ich keinen Ausdruck dafür finde.“

Und dennoch! „Vom militärischen Standpunkte,“ so spricht Sybel sein zusammenfassendes Urtheil aus, „wird sich die Schlußfolgerung kaum vermeiden lassen, es war gut, daß sich ein Manteuffel fand, um einen Frieden wie den Olmützer auf sich zu nehmen.“

War das aber so — werden wir hinzufügen müssen — so wird dem vielgescholtenen Minister zwar der schwere Vorwurf über die Art seiner Verhandlung bleiben — aber auch die Ehre, daß er ebenso wie der wackere Graf Brandenburg durch Erkennen des Nothwendigen und durch den Entschluß, den Hohn zu tragen und nach Olmütz zu gehen, seinem Vaterlande einen Dienst leistete.

Wie aber haben die Ueberwinder Oesterreichs in der Politik und auf dem Schlachtfelde, die Rächer für Olmütz, Prinz Wilhelm und Bismarck, sich zu dieser tiefen Demüthigung gestellt? Bismarck übernahm die schwere

<sup>1</sup> Siehe Biedermann. Dreißig Jahre deutscher Geschichte.

Aufgabe, diesen Vertrag zu rechtfertigen, so sehr die Niederlage seines Staates sein stark und leidenschaftlich empfindendes Preußenherz verletzen mußte, ihn verletzen mußte, dem „Unversehrtheit der preussischen Krone um jeden Preis“ die Parole war. Er lud so, unbesorgt um Feindschaft, wie immer, zu dem Haß gegen den Junker auch den gegen den Vertheidiger von Olmütz muthig auf sich: Dieser Krieg, sagte er, wäre keine militärische Promenade, sondern ein Krieg in großem Maßstabe gegen zwei unter den drei großen Continentalmächten geworden (Rußland und Oesterreich), während die dritte (Frankreich) beute- lustig an unserer Grenze rüste und sehr wohl wisse, daß im Dom zu Köln das Kleinod zu finden sei, welches geeignet wäre, den französischen Macht- haber zu befestigen — nämlich die französische Kaiserkrone. „Es ist eines großen Staates nicht würdig, für eine Sache zu streiten, die nicht seinen eigenen Interessen angehört. Zeigen Sie mir ein des Krieges würdiges Ziel, und ich will Ihnen beistimmen. Ich suche die preussische Ehre darin, daß Preußen vor Allem sich von jeder schwachvollen Verbindung mit der Demokratie fernhalte, daß Preußen in der vorliegenden wie in allen Fragen nicht zugebe, daß in Deutschland etwas geschehe ohne Preußens Einwilligung und daß dasjenige, was Preußen und Oesterreich nach gemeinschaftlicher, unabhängiger Erwägung für vernünftig und politisch halten, durch die beiden gleichberechtigten Schutzmächte Deutschlands ausgeführt werde.“

Preußen und Oesterreich sind ihm also beide gleichberechtigte Schutz- mächte Deutschlands.

„Es ist eine seltsame Bescheidenheit,“ sagt er, „daß man sich nicht entschließen kann, Oesterreich für eine deutsche Macht zu halten . . . ich erkenne in Oesterreich den Repräsentanten und Erben einer alten deutschen Macht, die oft und glorreich das deutsche Schwert geführt hat.“

Anders als Bismarck hier urtheilte Prinz Wilhelm.

„Nimmermehr“ — sagt Sybel vom Prinzen — „wäre er nach Olmütz gegangen, nimmermehr hätte er preussische Truppen ohne scharfen Schwertschlag das Feld räumen lassen.“ Einige Monate später — am 4. April 1851 — schrieb der Prinz von jener Zeit des freudigen Aufwallens preussischer Begeisterung vor Olmütz:

„Ja wohl! es war ein zweites 1813 und vielleicht noch erhebender, weil nicht ein 7jähriger fremdherrlicher Druck diese Erhebung hervorgerufen hatte; es war ein allgemeines Gefühl, daß der Moment gekommen sei, wo Preußen die ihm durch die Geschichte angewiesene Stellung erobern sollte! Es sollte noch nicht sein. Aber so bald sehe ich dazu keine Aussicht; es muß wohl verfrüht gewesen sein, und ich glaube — wir sehen die gehoffte Stellung für Preußen nicht mehr.“

Damals war er 53 Jahre alt — und als er 90 war?

Zehn Jahre waren seit den Tagen von Olmütz verflossen; am 18. Jan. 1861 hatte der Prinz-Regent Wilhelm sich die Königskrone aufs Haupt gesetzt, bereits 63 Jahre alt, in den Jahren, in denen die Meisten die Hauptarbeit ihres Lebens schon hinter sich haben. Wer ahnte es damals, daß dieser greise Fürst fast noch ein Menschenalter die Krone tragen werde, wer ahnte es, eine wie reiche Lebensarbeit ihm noch bevorstand! Keine zwei Jahre später, im September 1862, trat der Mann als Minister an seine Seite, der als sein treuer Paladin seine große Lebensarbeit mit ihm theilte — Bismarck. Unter schweren inneren Kämpfen wurde das preußische Heer umgestaltet, so daß es fähig war, — jetzt erst fähig war, für Preußen und Deutschland auf den Plan zu treten, und alsbald hatte es seine Waffentüchtigkeit zu bewähren. Die Vergewaltigung Schleswig-Holsteins durch Dänemark im Jahre 1863, die widerrechtliche Einverleibung Schleswig-Holsteins in Dänemark ließ in ganz Deutschland das Nationalgefühl wieder aufflammen, das brennende Verlangen, alte Scharn auszuweken und zu beweisen, daß auch Deutschland fähig sei, sein Recht zu wahren. „Schleswig-Holstein stammverwandt, harre aus, mein Vaterland,“ so konnte man es überall hören, und von den Alpen bis zur Nordsee, in der Presse, in Vereinen und Versammlungen wurde der Kampf gegen Dänemark gefordert.

Und dieses Mal traten Preußen und Oesterreich, die Gegner von Olmütz, als Allirte gemeinsam auf den Plan; als Waffenbrüder befreiten sie Schleswig-Holstein von Dänemark.

Beide hatten nun gemeinsam über ihre Eroberung zu verfügen. Verschiedene Ziele im Auge, hatten sich die früheren Gegner die Hand zum Bunde gereicht, gegenseitiges Bedürfnis hatte sie zusammengeführt, beide brauchten einander — aber die Allianz barg in ihrem Schoße den Keim der Zwietracht. Das habe in Deutschland zu geschehen, hatte Bismarck bei der Verteidigung des Olmüzer Vertrages gesagt, was Oesterreich und Preußen nach gemeinschaftlicher, unabhängiger Erwägung für vernünftig und politisch richtig hielten. Wie aber, wenn sie beide ganz etwas Anderes für richtig hielten? Wem gehörte dann das Recht, seine Pläne durchzuführen, Oesterreich oder Preußen?

Wohl hatten die österreichischen Habsburger oft siegreich das deutsche Schwert geschwungen, Jahrhunderte hatten sie die deutsche Kaiserkrone getragen, sie sahen die Leitung Deutschlands als ein Erbe ihrer Ahnen an.

Wie viel Gestalten aber schwebten aus dem Dunkel der Vergangenheit heran, die Oesterreich verflagten, weil es Interessen des deutschen Reiches den eigenen geopfert, sich der Pflichten gegen das Reich entledigt, weil es im Bunde mit Jesuiten die Glaubenseinheit aufzuzwingen, durch erzwungene Glaubenseinheit die Glaubensfreiheit und mit ihr die Geistesfreiheit in

Deutschland zu vernichten versucht hatte. — Durch seinen buntscheckigen conglomeraten Charakter, durch seine vielen außerdeutschen Interessen und außerdeutschen Länder, die es in Conflict hineinzogen, an denen Deutschland kein Interesse hatte, schien es zur Führung und Einigung Deutschlands wenig geeignet. — Auch gegen Preußen legt manche Stimme aus der Vorzeit Zeugniß ab, aber wie so viele seiner Thaten wurden ihm bei seinem Rechtsanspruch auf die Führung Deutschlands Eideshelfer! — Wie war es einst der Fahnenträger Deutschlands in der Verbreitung deutscher Cultur nach Osten gewesen, wie der Vorkämpfer Deutschlands in den Zeiten des großen Churfürsten, des alten Fritz und zuletzt in den Freiheitskriegen vom Tage von Tautroggen an bis zu dem von Belle-Alliance; fast alle seine Länder waren deutsch, „es gab kaum ein deutsches Interesse, das nicht auch ein preussisches gewesen wäre“.

Sybel faßt einmal schlagend und den Kern der Sache bezeichnend das Verhältniß beider zu einander in die Worte zusammen: „Kein Mensch und kein Staat kann seine Vergangenheit auslöschen, und wie seit hundert Jahren die Dinge gewachsen waren, fand Oesterreich das Gedeihen seiner Macht in der Zersplitterung Italiens und Deutschlands — Preußen aber das seine (wie Italien) in der Einheit des großen Vaterlandes“ (Syb. IV, 128). So lagen die Dinge.

Darin lag Preußens Recht und Oesterreichs Unrecht bei der ganzen Frage, aber in den ersten Worten dieses Satzes „kein Mensch und kein Staat kann seine Vergangenheit auslöschen“ — liegt auch die Aufforderung an den Darsteller, darin gerecht zu sein, daß er das von keinem der beiden Gegner, auch nicht von demjenigen, gegen den ihm Herz und Interesse Partei nimmt, verlangt.

Preußen, der stärkste protestantische Staat Deutschlands, hatte eine zu große Vergangenheit und eine zu ruhmvolle Geschichte gehabt, es hatte eine zu selbständige Stellung in der Welt eingenommen und war seiner ganzen Vergangenheit nach zur Lösung viel zu großer Aufgaben, deren es sich bewußt war, berufen, als daß es sich den Interessen und der Leitung eines anderen Staates überlassen, als daß es sich Oesterreich unterordnen konnte. Es konnte das nicht, ohne seine ganze Vergangenheit zu verleugnen, es durfte das nicht, wenn es sich selbst und seinen Aufgaben in der Welt getreu bleiben wollte.

Hierin liegt auch die Berechtigung des öfters gebrauchten, aber, wenn er so leicht hin ausgesprochen wird, für Jeden, der vor einmal gemeinsam aufgerichteten Rechtsformen und übernommenen Verpflichtungen Achtung besitzt, verlegenden Satzes: Preußen könne sich nicht majorisiren lassen. — Dort, wo es sich nicht um Lebensfragen handelte, mußte es sich majorisiren

lassen, so lange der einmal auch von ihm anerkannte Bund bestand, so lange es sich nicht von ihm lossagte; dort aber durfte es das nicht, wo es sich um Lebensfragen handelte, um seine erkannten eigentlichen Lebensaufgaben. Preußen war in der glücklichen Lage desjenigen, der durch seine Vergangenheit und die ihm innewohnende Kraft berechtigt ist, in eine große Zukunft hinauszublicken, es war in der That nicht nur in der glücklichen Lage, daß sein eigener Fortschritt und sein Gedeihen zugleich ein Fortschritt in der Einigung Deutschlands, ein Gewinn für Deutschland war, und daß, was Preußen auf seiner Bahn hinderte, meist zugleich ein Hemmniß war für Deutschlands Erstarkung, sondern noch mehr, es war in der günstigen Lage, daß es nur dadurch seiner Vergangenheit und seinen Aufgaben gerecht werden konnte, wenn es sich die größten Ziele setzte, wenn es die große deutsche Frage zu lösen und die Zukunft Deutschlands zu gestalten unternahm. Es hatte darum ein Recht, an Deutschland Forderungen zu stellen, wo es nicht nur für sich, sondern auch für Deutschland zu fordern sich bewußt war, und es hatte das Recht und die Pflicht, entschlossen und, wenn es sein mußte, rücksichtslos auf seinem Wege vorwärts zu gehen, das Recht, durch eine rücksichtslos preußische Politik, da diese zugleich eine deutsche war, emporzusteigen und Deutschland mit sich zur Größe emporzuheben. Es mußte, so wie sich die Gelegenheit bot und der Gegner es ihm möglich machte, die Bande zerreißen, die es hemmten, und, wenn es nicht anders ging, in einem Kampf auf Leben und Tod den Gegner niederwerfen, der sich ihm auf dieser Bahn in den Weg stellte.

Unverbrüchlich blieb denn auch die preußische Politik, seit sie sich ihrer Aufgabe thatkräftig bewußt war, sei es im Frieden oder durch Krieg, auf die Erreichung ihres Zieles gerichtet, und dieses Ziel war: ein Fortschreiten Preußens, das zugleich mehr und mehr zu einem allmählichen oder plötzlichen Hinausdrängen Oesterreichs wurde aus der Stellung, die es besaß. Allerdings lag ein offensives Auftreten gegen Oesterreich Preußen fern — so lange als Oesterreich Preußen gewähren ließ; die preußische Politik ist auch nicht von jener Feindseligkeit, gar Gehässigkeit erfüllt, wie sie unter Schwarzenberg den Charakterzug der österreichischen bildete; sie geht nur ohne Rücksicht und Schonung für Oesterreich ihren Weg weiter. Aber Oesterreich wollte behalten, was es hatte und den bestehenden Zustand erhalten. Preußen wollte ändern und trieb durch sein rücksichtsloses Vorwärtsdrängen Oesterreich schließlich zum formellen Bruch des bestehenden Rechtes, und in so fern hatten die Gegner Preußens Recht, wenn sie beim Ausbruch des Krieges nicht die Rüstungen Oesterreichs, sondern die offensive (revolutionäre) — oder sagen wir auch im preußischen Sinne reformatorische — Politik

Preußens als den eigentlichen Grund zum Kriege bezeichneten. Es hieße die Thatfachen auf den Kopf stellen, wenn man das leugnen wollte, obgleich zugestanden werden muß, daß Oesterreich in der Empfindung, daß es sonst seine deutsche Stellung aufgeben und den Frieden eben als Frieden um jeden Preis bewahren müsse, schließlich aggressiv vorging und dem Fuß den Boden ausschlug.

Fürst Bismarck hat vor einiger Zeit der Deputation des konservativen Vereins in Kiel gegenüber gesagt: Die Zertrümmerung alter Formen im Jahre 1866 im Kriege mit Oesterreich sei im Grunde mehr konservativ gewesen, als dies Verharren bei den Zuständen der Zerrissenheit; es sei der Werth des Alten, welcher vernichtet, und des Neuen, welcher errichtet werden sollte, abzumägen gewesen — und es hätte sich darum gehandelt, den Rest deutschen Nationalgefühls, also etwas ganz Altes zu bewahren. „Die Einigung Deutschlands war eine konservative That, und ich stehe mit reinem Gewissen vor jedem Examen, das mir darüber aufgelegt werden könnte.“ Hier sind der „wahre“ und der „falsche“ Konservatismus, das heißt der innerlich berechnete und der unberechnete, einander gegenübergestellt — der wahre Konservatismus, der lebendige Kräfte, dem falschen Konservatismus, der überlebte Formen oder Sachen zu erhalten sucht.

Aber in diesem Sinne wird das Wort einmal nicht gebraucht, es ist eine sinnvolle und auch sachlich berechnete Bezeichnung, aber doch eine Umprägung der üblichen Bedeutung des Wortes. In diesem Sinne war im Grunde die französische Revolution in vieler Hinsicht auch konservativ.

Wenn dieser Konservatismus als ein wahrer anerkannt werden darf, so war er doch damals in seiner ganzen Haltung — mochte er auch, klug und maßvoll sich beherrschend, den schließlichen formellen Rechtsbruch dem Gegner überlassen — dem Bestehenden gegenüber aggressiv<sup>1</sup>. Daß aber Oesterreich, unfähig und unlustig, die tiefen nationalen Interessen Deutschlands zu befriedigen, nur das unhaltbare Bestehende zu konserviren oder es nur im eigenen Interesse umzugestalten gedachte, „mochte aus Deutschlands Zukunft werden, was da wollte“, das war ein weiterer Rechtsgrund für Preußen, den Ausbau Deutschlands auf seine Weise zu leiten; für Oesterreich aber konnte es kein sittliches Recht geben, Preußen die Lösung einer Aufgabe zu

<sup>1</sup> Anfang 1891. Citirt nach der „St. Petersburg. Zeitung“. Nähere Angaben in einem späteren Artikel. Anders freilich lauten Bismarcks Ausführungen über Reform und Revolution 17. December 1873 im Abgeordnetenhanse; doch handelt es sich hier um Vorgänge innerhalb eines und desselben Staates.

<sup>2</sup> Besonders billig und zutreffend würdigt die Sache Biedermann, Dreißig Jahre deutscher Geschichte II, 441; dort finde ich auch eine ähnliche Erwägung über die preussische Politik, S. 443.

verwehren, die der Lösung dringend bedurfte, die es selbst aber weder lösen konnte, noch überhaupt ernstlich lösen wollte.

Dem ganzen Verhältniß Oesterreichs zu Deutschland mußte bei dieser Lage der Dinge die innere sittlich politische Berechtigung fehlen. Dadurch war Oesterreich, weil es das Nothwendige und Berechtigte hindern wollte, im tiefsten Grunde unzweifelhaft der moralische Urheber des Krieges. Aber die Einigung Deutschlands unter Preußens Führung zulassen und zunächst Preußen zu dieser Führerschaft in Deutschland heranwachsen lassen, bedeutete für Oesterreich ein endgiltiges Verzichten, ein Zurücktreten von der historischen Stellung des Kaiserstaates, von der großen leitenden Stellung, die es bisher in Deutschland, damit auch von der Stellung, die es bisher in Europa eingenommen, und zwar ein Verzichten zu Gunsten des alten Feindes und Rivalen. — Es kann das gar nicht scharf genug hervorgehoben werden: „kein Mensch und kein Staat kann seine Vergangenheit auslöschen“, auch nicht frühere Größe und früheres Ansehen. — Nur dann aber wird man das Verhalten Oesterreichs und seine Politik billig beurtheilen, wenn man dessen eingedenk bleibt, daß ein solcher Verzicht auf das Erbe der Väter schwer ist, daß es eine schmerzliche Zumuthung ist, von einer Aufgabe (hier zwar nicht der Einigung — aber der Leitung Deutschlands), auf die man Gewicht gelegt und die als eine Ehre galt, zurückzutreten, in der Erkenntniß, ihr nicht mehr gewachsen zu sein, um sie in die Hände eines Anderen, und zwar des Rivalen, niederzulegen; nur dann wird man sie billig beurtheilen, wenn man es anerkennt, daß das Zugeständniß: ich habe meine Rolle in einer Jahrhunderte langen Entwicklung a u s gespielt und v e r spielt, bitter ist, daß die klare Erkenntniß einer solchen Thatsache, die freiwillige, aufrichtige und durch die That bewiesene Anerkennung derselben im Leben der Staaten nicht häufig, sondern selten und etwas Großes ist. Es liegt etwas Großes, Herzbewegendes darin, und es war nicht etwas Selbstverständliches, wenn König Konrad I., der Franke, auf dem Sterbebette die Krone des Reiches in die Hände seines Gegners Heinrich legte und bekannte: „Die Zukunft des Reiches steht bei den Sachsen“ — und Konrad I. starb kinderlos und dennoch bewundern wir seine Handlung Alle. Es wäre eine sittlich große und dabei weit blickende Politik gewesen, wenn Oesterreich, in Anerkennung der Sachlage und klarer Selbstbescheidung, freiwillig von seiner bisherigen Stellung zurückgetreten und dadurch den bisherigen Rivalen, diesen Pfahl in seinem Fleisch, in einen Freund verwandelt hätte, indem es seine leitende Stellung in Deutschland dem Gegner überlassen und aufrichtig anerkannt hätte: die Zukunft Deutschlands steht bei Preußen.

Steht es aber so, dann wird doch das Billigkeitsgefühl zum Wider-

spruch herausgefordert, wenn man es — und das geschieht auch durch das große v. Sybelsche Werk — als selbstverständlich behandelt, daß Preußen seine Forderungen, seine ja im Interesse Deutschlands liegenden Forderungen durchsetzte und Oesterreich das Nachsehen hatte. Ja, das war selbstverständlich, nothwendig und selbstverständlich, in demselben Sinne, in dem es selbstverständlich ist, daß das sittlich Berechtigte siegt und das Unberechtigte unterliegt, selbstverständlich in dem Sinne, in dem „der Lebende Recht hat“ und in dem: von dem, der da nicht hat, noch genommen werden soll, das er hat, in dem es selbstverständlich ist, daß eine junge kraftvolle Generation den Anschauungen der alten gegenüber ihre Wege geht, ihre bessere Erkenntniß zur That macht und dabei wohl auch den Bau des scheidenden Geschlechtes zertrümmert. Es mag der jungen Generation, die sich zu ihren Zielen durchzuringen und ihren Streit zu kämpfen hat, verziehen werden, wenn sie im Kampfe für die Schmerzen der alten, über die sie hinwegzieht, wenig Empfindung hat; von der rückschauenden Geschichtsbetrachtung aber kann und muß verlangt werden, daß sie derselben eingedenk bleibt, und die Empfindung dafür läßt die Darstellung Sybels doch zu sehr vermissen, und so wird sein Urtheil über das Verhalten Oesterreichs mitunter unbillig und hart, obgleich wir in den Charakter schilderungen auch Persönlichkeiten der Gegenpartei mit Wohlwollen und wohlthuender Anerkennung gezeichnet sehen und der Verfasser bei seiner ganzen Darstellung sich bestrebt hat, „die im eigenen Lager vorgekommenen Fehler und Mißgriffe ohne Beschönigung einzugestehen, das Verhalten der Gegner aber gerecht und billig zu beurtheilen, oder mit anderen Worten: die Motive ihres Thuns nicht aus Thorheit oder Schlechtigkeit abzuleiten, sondern nach den historischen Voraussetzungen ihrer Stellung zu begreifen,“ weil „die Kämpfe von 1866 nicht ein willkürlich gemachtes Ergebnis persönlicher Leidenschaften waren, vielmehr aus dem unvermeidlichen Conflict alter, durch Jahrhunderte herangewachsener Rechte mit den immer stärker heranwachsenden nationalen Bedürfnissen entsprangen“. Da das Buch aber „hauptsächlich nach preußischen Staatsacten“ gearbeitet ist und dem Verfasser die Acten der einen Partei in reicher Fülle, die der anderen nicht entfernt in gleicher Weise zu Gebote standen und ihm daher aus seinem Material die Gedanken und Anschauungen der einen Partei immer wieder lebendig entgegen traten, so konnte er dabei leicht in ihre Empfindungen und ihre Auffassung hineingezogen werden, um so mehr, als er sich mit ihr völlig auf einem Boden fühlte, von ihrem guten Recht durchdrungen und von der Freude an den großen Thaten erfüllt war, die sein Vaterland von Erfolg zu Erfolgen führte und aus politischem Elend zur Größe emporhob; es konnte ihn leicht der Ingrimm erfassen über eine Politik, die eigensüchtig

immer darauf aus war, diese große Entwicklung zu stören. Aber gerade um der Größe dieses ausgezeichneten Werkes willen, um der Unparteilichkeit willen, mit der der Verfasser die Thatfachen berichtet und meist für sich selber reden läßt, möchte man wünschen, daß er auch in seiner Beurtheilung der Empfindung des Gegners mehr Rechnung getragen hätte, und daß das Buch dadurch jene friedewirkende, das Gemüth überwindende Macht üben könnte, mit welcher die Gerechtigkeit geschichtlicher Darstellung nicht erbittert, sondern versöhnt. Es würde dann in noch höherem Grade den Charakter eines Siegels tragen, das die historische Wissenschaft mit ihrem *suum cuique* (Jedem das Seine) unter die Thaten der Vergangenheit setzt.

— Kehren wir nun zu dem Conflict zwischen Oesterreich und Preußen zurück.

Zum Bruche zwischen den beiden gegen Dänemark allirten Großmächten führte bekanntlich die Frage, was aus dem gemeinsam eroberten Schleswig-Holstein werden sollte.

Das Urtheil wird hier, glaube ich, ähnlich ausfallen müssen, wie über das Gesamtverhältniß zwischen Oesterreich und Preußen. Durch gemeinsame Kämpfe beider Großmächte, durch von beiden gebrachte Opfer war Schleswig-Holstein befreit, ihnen beiden war es von Dänemark abgetreten, so erscheint es natürlich, daß die Eroberung auch ihnen beiden zu gute kam. Schleswig-Holstein, dessen Untheilbarkeit in den Streitigkeiten mit Dänemark eine solche Bedeutung gehabt, zu theilen, war nicht wohl möglich, wenn man sich auch später in der Verlegenheit diesem Auswege provisorisch zugewendet hat; eine so fern abliegende Provinz konnte Oesterreich nicht recht gebrauchen, eine Abtretung preußischen Landes aber, wie Oesterreich es wünschte, etwa der Grafschaft Glatz, als Entschädigung hielt König Wilhelm „mit Pflicht und Ehre unvereinbar“; und mag man über eine solche Rückgabe einst österreichischen Landes, die freilich unwahrscheinliche Zustimmung der Betroffenen vorausgesetzt, auch anders urtheilen, man wird „die Ehrenhaftigkeit dieser Gesinnung anerkennen müssen“. Eine andere, Oesterreich genehme Entschädigung war schwer zu finden. Die Oesterreich erwünschte Erhaltung des bisherigen Bundesrechtes zuzusagen, das zu zerreißen Preußen sehulichst wünschen mußte — war unmöglich; es wäre selbstmörderisch gewesen, und eine Garantie für die außerdeutschen Länder Oesterreichs, eine Garantie für dessen italienischen Besitz zu übernehmen, hätte die gefährlichsten Conflicte, an denen Preußen gar kein Interesse hatte, über dasselbe heraufbeschworen. Geld aber anzunehmen, fand man wieder in Oesterreich der Würde des Staates nicht entsprechend.

<sup>1</sup> mit Kaiser Napoleon III., der diese Worte in Bezug auf die Verweigerung der Abtretung deutschen Landes an Frankreich brachte.

Konnte nun Oesterreich für sein Anrecht an den Provinzen keinen directen Ersatz erhalten, so wollte es doch so über den neuen Erwerb verfügen, wie es dem österreichischen Interesse entsprach. Da nun die Annexion oder der enge Anschluß des neuen Staates an Preußen eine Stärkung Preußens und damit, wie die Dinge damals lagen, eine Schädigung der deutschen Stellung Oesterreichs bedeutete, so wurde Oesterreichs Politik wesentlich von der eifersüchtigen Sorge bestimmt, daß Preußen die Provinzen nicht bekam und sie nicht von Preußen abhängig wurden<sup>1</sup>.

Oesterreich wünschte daher die Errichtung eines neuen souveränen Kleinstaates unter dem von Oesterreich und Preußen bisher verworfenen, in der öffentlichen Meinung Deutschlands für berechtigt geltenden Herzog von Augustenburg, den die Schleswig-Holsteiner selbst mit jubelnder Anhänglichkeit als ihren rechtmäßigen Landesherrn ansahen.

Wenn das sich mit dem preußisch-deutschen Bedürfniß vereinigen ließ, wenn der Herzog auf eine Beschränkung seiner Souveränität, auf ein Verhältniß zu Preußen eingegangen wäre, wie Preußen es vorschlug, oder ein solches, wie es heute die deutschen Fürsten acceptirt haben<sup>2</sup>, so wäre das die sympathischste und, wie mir scheint, die für Deutschland günstigste Lösung der Frage gewesen. Obgleich der Herzog durch die stillschweigende Zustimmung zu dem von seinem Vater gegen Geld geleisteten Verzicht meiner Meinung nach — mag juristisch das deutsche Fürstenrecht vielleicht eine andere Entscheidung fordern — jedes moralische Anrecht auf sein Erbe verloren hatte, so wäre eine solche Einrichtung dem Interesse Deutschlands, die Individualität der einzelnen Volksstämme zu conserviren, viel dienlicher gewesen, als die Aufsaugung dieser eigenartig entwickelten Bevölkerung in der preußischen Annexion, die doch als selbstjüchtige Gewaltthat von Unzähligen empfunden wurde und als solche noch in so manchem Herzen nachzittert, viel mehr geeignet, das Vertrauen zu wecken und zu stärken, das Vertrauen dazu, daß das *suum cuique* überall gewahrt werden solle. In finanzieller Hinsicht allerdings war, wie Sybel zeigt, die Annexion sowohl für die Herzogthümer selbst, wie für Deutschland, das bei Weitem Vortheilhafteste (Syb. IV, 81 ff.). Der eben erwähnte von Preußen geforderte enge militärisch-politische Anschluß dieses Kleinstaates an Preußen, eine solche Unterordnung desselben

<sup>1</sup> Auf preußischer Seite kannte man solche Erwägungen auch: „Wir können also,“ hatte Bismarck 10 Jahre vorher geschrieben, „abgesehen von allen übrigen in der orientalischen Frage liegenden Motiven für unsere Entscheidungen, eine Vergrößerung Oesterreichs nur zugeben, wenn wir mindestens in demselben Maße wachsen“ (25. Juli 1854).

<sup>2</sup> Das war doch wohl nicht, wie Duden, Zeitalter des Kaisers Wilhelm, I, S. 508 meint, „genau“ daselbe. Vgl. auch die Forderungen, die 1866 an Sachsen gestellt und dann ermäßigt wurden.

unter Preußen wäre nun aber ein Fortschritt, ein bahnweisender Fortschritt zu einer Einigung Deutschlands unter preußischer Führung, wäre der Anfang einer neuen Union, ein wichtiger Schritt zur Lösung der deutschen Frage in preußischem Sinne gewesen, und so wollte Oesterreich nichts von einem solchen Verhältniß wissen und lehnte es entschieden ab, auf eine solche Einrichtung einzugehen, da das der Bundesverfassung, welche Souveränität aller Bundesglieder fordert, widerspreche. Da nun auch der neue Herzog, ebenso wie Oesterreich, eine solche Beschränkung seiner Souveränität entschieden verwarf, so zerstörte er damit seine Aussichten auf Einsetzung in Schleswig-Holstein. Unter den obwaltenden Umständen war es fast unzweifelhaft, daß der neue Herzog, von Oesterreich geschirmt, von Preußen sich in seiner Selbständigkeit bedroht fühlend, am Bunde österreichische — d. h. gegen Preußen gerichtete Politik getrieben hätte, und da waren nun König Wilhelm und sein großer Minister mit gutem Fug und Recht felsenfest entschlossen, eine preußenfeindliche Politik des neuen, durch seine geographische Lage für Preußen so wichtigen, feindlichen Angriffen so exponirten Staates, dessen Vertheidigung bei einem Kriege in erster Linie Preußen obgelegen hätte, auf keinen Fall zuzulassen. Die zukünftige Stellung dieses unter Opfern und bei der drohenden Einmischung des Auslandes unter großen Gefahren errungenen Gebietes, das in völliger Selbständigkeit für Militär und Marine nur wenig leisten konnte, das aber in der Hand eines Großstaates für die maritime und damit politische Stellung Deutschlands von ganz anderer Bedeutung werden mußte, denn als machtloser Kleinstaat, sollte eine solche sein, daß sie eine Stärkung Deutschlands und Preußens bedeutete und keine Schwächung. Das mußte die preußische Regierung, wenn auch Minderung ihrer Forderungen wohl möglich erscheint, verlangen; sie that nur ihre Pflicht damit. Entweder trat derjenige, der das Land erhielt, in ein festes, klar bestimmtes Verhältniß zu Preußen, oder er erhielt es überhaupt nicht, und dann erschien die Annexion durch Preußen — die den Gedanken König Wilhelms bei dem Kriege völlig fern gelegen — als die sich von selbst darbietende, ihm von verschiedenen Seiten, wie Sybel zeigt, zuerst von Napoleon, nahegelegte Lösung, und Bismarck erklärte diese auch für das wünschenswertheste Resultat.

Sollte aber Oesterreich, das gleichfalls für die Herzogthümer Opfer gebracht, ganz leer ausgehen, und wollte ihm Preußen nichts dafür bieten? Eines doch! eine dauernde, feste und loyale Allianz, wie sie sich soeben noch für beide Mächte bewährt hatte, aber — auf die preußischen Bedingungen hin, und diese waren: Gewährlassen Preußens in den Herzogthümern, dann in Deutschland und für die fernere Zukunft, wie Bismarck in einer höchst interessanten persönlichen Correspondenz unter dem Schleier in bildlicher Redewendung dem österreichischen Minister Rechberg andeutet,

der Verzicht auf die Zusammengehörigkeit Oesterreichs mit Deutschland, deren Anerkennung Reehberg gerade als die Grundbedingung bezeichnet hatte, unter der allein Oesterreich sich in der Allianz wohl fühlen könne. Das war die Basis, auf der Oesterreich und Preußen demalst gute Freunde werden konnten und es geworden sind, aber zunächst wurde damit als Lohn für einen Verzicht im Grunde die Forderung eines noch größeren Verzichtes geboten.

Es war natürlich, wenn sich das Herz der Oesterreicher dagegen empörte, daß nicht nur der Rivale den Preis der gemeinsamen Anstrengung allein verschlang, sondern daß die Eroberung Schleswig-Holsteins auch durch Oesterreichs Waffen dazu führen sollte, schließlich Oesterreich aus Deutschland hinauszudrängen, und das eben sollte man billiger Weise nicht verkennen. Diese Empörung war um so begreiflicher, als preußischerseits bei den Verhandlungen auch nach der Sybelschen Darstellung fast nirgends die Empfindung durchblickt, daß man dem Rivalen etwas zumuthe, wohl aber gelegentlich die eigenen Forderungen fast höhnisch als Concessionen hingestellt werden. Es ist aber doch kein sittlich berechtigtes Thun, das Gedeihen des Anderen zu hindern, weil man fürchtet, er könne Einem den Platz im Leben enger machen, und darauf ist die österreichische Politik gerichtet, geleitet von dem Gedanken, „daß Oesterreich schade, was Preußen nütze“, und so war man auch in Preußen, wo man einherschritt, getragen von dem freudig stolzen Bewußtsein, große patriotische Aufgaben zu lösen, schwer gereizt durch die Feindseligkeit und die Winkelzüge einer um Deutschlands Wohl unbekümmerten selbstfüchtigen Politik.

Und dennoch, gerade um der politesse du coeur willen, welche die Gestalt des alten Kaisers Wilhelm so ehrwürdig macht, müßte man wünschen, daß hier in der preußischen Politik trotz alledem der Wunsch, auch dem Empfinden des Allirten gerecht zu werden, mehr hervorgetreten wäre.

Aber es giebt noch ein Etwas, das stark für Preußen und gegen Oesterreich ins Gewicht fällt: Die preußische Krone hatte den Kampf geführt für Preußens Ehre und Deutschlands Recht, in dem Bewußtsein, daß sie Beides zu wahren habe, in dem Gefühle dessen, was sie sich selbst und was sie Deutschland schuldig sei, sie hatte ihn geführt, um Schleswig-Holstein von Dänemark zu befreien. Oesterreich war mitgegangen, zwar auch um dänischem Unrecht entgegen zu treten, aber zugleich doch mit der Absicht, zu extreme Beschlüsse des Bundes und ein volles Resultat unmöglich zu machen, im Grunde auch, um die Provinzen dem Dänenkönig zu erhalten und Preußen daran zu hindern, daß es allein an der Spitze Deutschlands die Herzogthümer befreie. Der eine der beiden Rivale hatte zwar für sich, aber zugleich für ein großes nationales Interesse gekämpft, der andere im

Grunde dagegen — jetzt erntete Jeder, was seine Thaten werth waren, ein Jeder erntete seine Saat.

Preußen trug die Beute davon zu Deutschlands Bestem, mit gutem Zug und Recht; Oesterreich hatte das Nachsehen auch mit gutem Zug und Recht. Wieder einmal die berufene Ironie der Geschichte, oder sagen wir lieber die ernsteste geschichtliche Nemesis, die hier als Themis mit gerechter Waage nicht den Schein, sondern den wahren Werth wägt, wieder einmal einer von jenen Momenten der geschichtlichen Entwicklung, die uns das Walten einer solchen durch die Geschichte schreitenden Gerechtigkeit ahnen lassen, jener Gerechtigkeit, die unsere Thaten oft in das Gegentheil dessen umschlagen läßt, was mit ihnen beabsichtigt war, und uns so zwingt, dem zu dienen, das wir nicht wollten, das aber ein gutes Recht hatte zu werden und zu bestehen. Es ging Oesterreich wie dem römischen Könige mit den sibyllinischen Büchern; der Preis, den es zu zahlen hatte, blieb immer derselbe, ob es viel, ob es wenig dafür erlangte: der unvermeidliche Verzicht auf die alte Stellung in Deutschland. Aber nirgends in der Welt war es vielleicht schwerer einzusehen, daß dieser Verzicht nothwendig sei, wenigstens forderte diese Erkenntniß nirgends so viel Selbstverleugnung als dort, wo man der unliebsamen Wahrheit fest ins Auge sehen und in klarer Selbstbescheidung die Buße für die Vergangenheit zahlen mußte. — Wo die Lage der Dinge, wie hier im Streite Oesterreichs und Preußens, es erheischt, daß Opfer gebracht werden, zumal solche, die größtentheils durch das eigene frühere Verhalten auferlegt sind, da müssen sie verlangt und im Nothfalle erzwungen werden. Das Versöhnende liegt dann darin, daß das Opfer als solches anerkannt und als solches gewerthet wird.





## II. Bismarcks Politik Oesterreich gegenüber.

Eine feste und einheitliche Gestaltung, eine politische Genesung Deutschlands war ohne eine Sprengung des Bundes, ohne ein Hinausdrängen Oesterreichs aus Deutschland nicht zu erhoffen.

Durch eine von Patriotismus getragene, nationale Bedürfnisse befriedigende, entschlossen und aggressiv vorwärts drängende, dabei alte Formen gewaltfam zerstörende Politik, durch eine der Form nach mitunter unnötig rücksichtslose, der Sache nach nothwendige und politisch-sittlich gerechtfertigte Politik trieb Preußen die Dinge zur Entscheidung und schließlich den Gegner zum formellen Rechtsbruch.

Da Oesterreich nun die ihm von der Nemesis auferlegte Buße für Jahrhunderte lange Sünden an Deutschland, für alle seine selbstsüchtige Aufopferung deutscher Interessen nicht zahlen wollte, da es den unvermeidlichen Verzicht auf seine alte Stellung in Deutschland freiwillig nicht leisten wollte, so mußte es zum Kriege kommen. Der Krieg war, wie Biedermann, der in seinem Buche: 30 Jahre deutscher Geschichte diese Verhältnisse gerecht und billig darstellt, sagt: „eine durch die Gesamtlage Deutschlands und dessen ganze geschichtliche Entwicklung herbeigeführte Krisis, und Bismarck erscheint in dem, was er 1866 that, als der bewußte Vollstrecker einer harten, aber unvermeidlich gewordenen geschichtlichen Nothwendigkeit.“ Bald nach dem Kriege von 1866 soll Bismarck<sup>1</sup> zu einem Gegner seiner Politik gesagt haben: „Wenn Sie wüßten, welche Kämpfe es mich gekostet hat, Seine Majestät zu der Ueberzeugung zu bringen, daß wir schlagen müssen, so

<sup>1</sup> Wilhelm Müller: Fürst Bismarck S. 117; ich sage „soll“, weil es mir bei den mir hier zugänglichen Hilfsmitteln nicht gelungen ist, die Quelle für diese Aeußerung festzustellen.

würden Sie begreifen, daß ich nur dem eisernen Gesetz der Nothwendigkeit gehorche.“ — Gesetz der Nothwendigkeit! Das griechische Wort dafür: *ἀνάγκη* — bezeichnet tiefsinnig sowohl das physische und moralische Naturgesetz, als das Schicksal und zugleich den inneren Drang und Trieb. Die in den Dingen liegende und klar erkannte Nothwendigkeit kann aber, ja muß wohl in festen einheitlichen Charakteren, und namentlich bei solchen aus der Tiefe ihrer Persönlichkeit heraus handelnden und auf die That gerichteten Menschen, wie unter den Staatsmännern z. B. Cromwell und Bismarck, mit ihren Leidenschaften und ihrem Wollen sich verschmelzend, zu einer inneren, sie gleichsam mit Naturgewalt vorwärts treibenden oder ziehenden Nothwendigkeit werden, mit der sich, wie mir scheint, der hellblickendste und nüchternste Opportunismus verbinden kann.

Auf ein Gedenkblatt an den Krieg von 1870 hat Bismarck einmal das Wort geschrieben:

«fert unda nec regitur»

„Sich von der Welle tragen lassen“ —

das heißt doch auch: der inneren Nothwendigkeit der Dinge zu folgen wissen, wohin sie auch führen mag. Ja, wo hinaus?

Es wird ein merkwürdiges Wort Cromwells angeführt: „Der kommt am weitesten, der nicht weiß, wohin er geht,“ und Luther bekannte beim Beginn seines großen Werkes: „Selten wird ein gutes Werk aus Weisheit und Vorsichtigkeit unternommen, es muß Alles in Unwissenheit geschehen, Gott hat mich hinangeführt wie einen Gaul, dem die Augen geblendet sind.“ Die Nothwendigkeit, das Werk anzugreifen, trug er im Herzen.

„Ich kann nicht anders!“ das ist, wie schön gesagt worden<sup>1</sup>, das Wort, das aus allen Heldeneseelen und Kinderaugen spricht.

Das nächste Ziel: die Vernichtung eines unerträglichen Mißstandes, lag ihm klar vor Augen, die Richtung — die Richtung kannte er, das Wohinaus, das überließ er dem, auf den er vertraute.

Die Welle, von der Bismarck sich tragen ließ, führte ihn auf das neue deutsche Kaiserreich. Hat er es von vornherein gewollt?

In einer sehr lehrreichen und interessanten Besprechung des Sybelschen Buches<sup>2</sup>, an die sich die obigen Betrachtungen anlehnen, und auf die ich noch wiederholt zurückkomme, sagt Delbrück, der Redacteur der „Preussischen Jahrbücher“: „Das Deutsche Reich,“ wie es heute besteht, „erscheint den Meisten ein Naturproduct von solcher Selbstverständlichkeit zu sein, daß sie es sich nicht nur kaum vorzustellen vermögen, wie es auch anders hätte kommen können, sondern

<sup>1</sup> Max Beyer, Rembrandt und Bismarck S. 67.

<sup>2</sup> Preuß. Jahrb. 1890 I, 433 ff. „Die Anfänge des Bismarckschen Ministeriums“, und 1890 II, 83 ff. „Die Fortführung des Sybelschen Werkes“. a. a. O. S. 436 ff.

auch im Grunde verlangen, daß jeder verständige Mann und ein Bismarck allermeist schon vor 30 Jahren solches voraussehen und auf dieses politische Ziel hinstreben mußte.

Hatte doch „von den Freiheitskriegen an das deutsche Nationalbewußtsein sein glühendes Begehren nach neuer staatlicher Einheit eingekleidet in die Form, daß ihm wieder ein Kaiser werden möge“. „War es doch ein Theil des deutschen Seins, daß die Sachsen-, Franken- und Staufenkaiser deutsche Kaiser gewesen sind.“ Und dennoch sagt er über Bismarcks Stellung zu dieser Sache: „Bismarck setzte sich kein bestimmtes Ziel, sondern schlug nur eine bestimmte Richtung ein. Sein Ziel nahm er nicht aus der Zukunft, sondern aus der Gegenwart, aus klarer Berechnung und Fortentwicklung des Momentes, der gegebenen Situation.“

Gerade bei dem alt-preussischen Particularismus, der für Bismarck der Ausgangspunkt seiner Politik gewesen und den König Wilhelm bis 1870 vertrat, war keine Neigung für, sondern eher eine Abneigung gegen die Kaiseridee vorhanden, und wohl dürfte neben der nationalen darauf gerichteten Strömung die Begeisterung des Kronprinzen für die Kaiseridee, in der er mit Recht die Verkörperung der nationalen Idee sah, mit dafür bestimmend gewesen sein, daß das Einigungswerk auch in der Kaiserkrönung seinen Abschluß fand<sup>1</sup>.

Seit wann Bismarck jedoch gerade dieses Ziel als Abschluß erstrebt, wie lange schon er dieser Ausgestaltung der deutschen Einheit den Vorzug gegeben und bis zu welchem Zeitpunkte ihm 1870 noch diese Frage eine offene blieb, muß ich dahingestellt sein lassen<sup>2</sup>.

Wie aber dachte er über die große Entscheidung, durch welche die Ereignisse von 1870 erst möglich wurden?

<sup>1</sup> G. Freitag: Der Kronprinz und die deutsche Kaiserkrone, S. 2, behauptet sogar, daß die herrschende Meinung in Norddeutschland der Kaiserkrone abgeneigt gegenübergestanden. Es sei gegenüber dieser Schrift Freitags auf die beachtenswerthe und scharfe Replik Delbrücks und seine Zurückweisung dieser Behauptung in dem Artikel: „Gustav Freitag über Kaiser Friedrich“, in den Preuß. Jahrb. 1889 II. S. 587 ff. nachdrücklich hingewiesen, auf seine Darlegung, worin des Kronprinzen Verdienst in der Sache bestand, hieraus oben Citat 2 und 3, und auf desselben Verfassers Aufsatz a. a. O.: „Das Tagebuch Kaiser Friedrichs“ 1888 II, S. 406 ff.

<sup>2</sup> Eine offene, möchte ich glauben, so lange, als ihm ein Zweifel blieb, ob dieses Ziel ohne PreSSION sich erreichen lasse; den Vorzug für den Fall, daß sie sich ohne Aufopferung realer Machtverhältnisse oder Gefährdung guten Willens durchführen lasse, dürfte er der Kaiseridee doch wohl schon lange gegeben haben. Die jüngst in Jena gehaltene Rede, in der er sagt, daß er bei dem Eintritt in das Universitätsleben mehr burschenschaftlich als landsmannschaftlich empfunden und von dem Zauber redet, der in dem Titel des Kaisers liege, machen wohl den Eindruck, daß er diesen Zauber doch selbst schon früher als unmittelbar vor den Tagen der Erfüllung empfunden.

Den Krieg mit Oesterreich — hat er den von vornherein gewollt, ist er, wie Viele glauben, „mit der fertigen Kriegsidee in das Ministerium getreten“? Sybel mag uns auf diese Frage die Antwort geben. „Eine bestimmte Entschlieſung über die Art und Form der für die Zukunft anzustrebenden deutschen Verfassung hatte Bismarck damals schwerlich schon gefaßt. Fest stand ihm die Thatsache,“ sagt er, „daß die jetzige Stellung Preußens im Deutschen Bunde unerträglich sei . . . und nicht minder gewiß war die weitere Thatsache, daß für die Entscheidung dieser Frage Alles auf die realen Mächte in Deutschland, auf das Verhältniß zwischen Oesterreich und Preußen ankam. Eine friedliche Umgestaltung desselben hielt er für äußerst unwahrscheinlich: jeder andere Krieg, sagte er wohl, welchen Preußen vor diesem österreichischen führte, wäre die reine Munitionsvergeudung. Er war bereit, in den Kampf einzutreten, verkannte aber die Gefahren desselben nicht und hätte, wenn sich ein Einvernehmen möglich zeigte, ein solches Friedenswerk gern begrüßt“, und wäre sehr bereit gewesen, so viel an ihm lag, den friedlichen Bürgern die Calamität eines Krieges zu ersparen. — „Der Entschluß stand in ihm fest, Preußen von den Fesseln des bisherigen Bundesrechts und dem österreichischen Drucke zu befreien, und die Unabhängigkeit und Sicherheit seines Vaterlandes auf neue, unerschütterliche Grundlagen zu stellen. Dieses Ziel also lag unverrückt vor seinem Auge. Der Wege aber, welche dahin führen mochten, sah er viele, und war mehrere Jahre hindurch bemüht, sich keinen derselben zu verschließen, sondern in jedem Zeitpunkte die Richtung seiner Schritte und den Umfang seines Begehrens den jedes Mal gegebenen Verhältnissen anzupassen.“ — „In voller Klarheit lagen die verschiedenen, in Krieg oder Frieden denkbaren Systeme vor seinem unvergleichlich scharfen und weiten Blick“: gemeinsame Beherrschung Deutschlands durch die beiden Großmächte, oder Theilung Deutschlands (wenigstens der deutschen Militärkräfte) unter dieselben nach der Mainlinie (also geographische Theilung), „oder gänzlicher Ausschluß Oesterreichs aus Deutschland, und in diesem letzten Falle wieder die mehr föderative oder unitarische Gestaltung des neuen Bundes, die engere oder weitere Competenz der von Preußen zu leitenden Reichsgewalt und der nationalen Volksvertretung. Ohne eine doctrinäre Vorliebe für irgend eines dieser Systeme wog er ihre Aussichten und Vortheile, sowie ihre Kosten und Gefahren, und vor Allem ihre Erreichbarkeit trotz der Eifersucht der fremden Großmächte ab, stets bereit, je nach der Lage der Dinge das Verfahren oder auch das Ziel zu wechseln: nur unter dem unverbrüchlichen Gefes, daß Preußen immer vorwärts schreite, niemals zurückweiche, niemals den gewonnenen Boden und niemals den eigenen Muth verliere. Ohne Frage, der Ausgangspunkt all seines Thuns war nicht ein nur in der

Phantasie vorhandenes Deutschland, sondern das in greifbarer Wirklichkeit heranwachsende Preußen, aber es ist nicht minder gewiß, daß dieser Mann, der nur mit Realitäten rechnete, eben deshalb den Weg fand, um Deutschlands Ideale zu verwirklichen.“ — „Ein neues Preußen aber war nicht denkbar ohne ein neues Deutschland: Die Kräftigung Preußens also hing eng zusammen mit der Lösung der deutschen Frage.“ Unter den verschiedenen Systemen, die sich hier dem Streben eines preußischen Staatsmannes boten, war das Hinausdrängen Oesterreichs aus dem Bunde und Vereinigung des übrigen Deutschland unter preußischer Leitung ohne Zweifel die glänzendste und gründlichste Lösung der Frage. Aber klarer als seine Vorgänger erkannte Bismarck die Unmöglichkeit des Gelingens ohne einen Kampf auf Leben und Tod mit Oesterreich, die Unabsehbarkeit der Folgen eines solchen Zusammenstoßes. „Bei ihm fielen Vorsicht und Kühnheit, Vorwärtsdrängen und Mäßigung untrennbar zusammen, und so war er bereit, wenn ein großes Ergebnis sich im Frieden erreichen ließ, auf die kriegerische Erringung des Größten zu verzichten.“ — „Als ich diesen Passus“, sagt Delbrück, „zum ersten Mal im Sybel las, hatte ich das Gefühl, hier auf den eigentlichen Mittelpunkt des Werkes, auf den Schlüssel aller Bismarckschen Politik gestoßen zu sein.“ — . . . „Mit der letzten Faser reißt er aus der Vorstellungswelt seiner Leser das vorbedachte deutsche Kaiserreich heraus.“ — „Zimmer von Neuem ertönt aus seinem Werke jene Melodie in den entscheidenden Momenten: Bismarck wollte in erster Linie nicht den Krieg mit Oesterreich, sondern die Allianz“ — Delbrück fügt das Zweifelwort hinzu: so daß man zuletzt fast stutzig wird, ob nicht doch ein Stück oder ein Stückchen echten Lebens daran hängen geblieben, und mit verloren ist. . . . Wenn auch die positive Neugestaltung als außer aller Berechnung liegend angesehen werden mag, „ist wirklich auch der Krieg selbst, das Zerreißen der Kette unerträglicher Institutionen, welche die preußische und deutsche Jugendkraft fesselten, . . . nicht von Anfang an mit Bestimmtheit ins Auge gefaßt worden“? Er wirft dabei auch die Frage auf, ob nicht bei Sybel Manches, worauf wir später kommen, zu sehr zurückgetreten sei.

Delbrück sagt: er spreche das eigentlich nicht aus, um einen solchen Zweifel zu statuieren, noch weniger um ihn durchzusechten, denn dazu fehle es an Material, sondern nur um die Tragweite des Gegensatzes klar zu machen, aber man merkt ihm an, daß er den Zweifel hegt, und ich meinerseits

---

Da hier zwei verschiedene Stellen des Sybelschen Werkes: II, 447 ff. und IV, 260 f. verbunden und zum Theil in einander gehoben sind, so ist in den der Verbindung dienenden, nicht in Anführungszeichen gesetzten Worten der Sybelsche Text, um den Zusammenhang herzustellen, im Ausdruck ein wenig verändert. Delbrücks Aeußerung bezieht sich auf den ersten größeren Theil des angeführten Citats. Bei . . . stehen bei Delbrück die oben zuerst citirten Worte seines Artikels.

hege ihn, bis zu einem gewissen Grade, mit ihm, insofern als ich — so weit ich bei meiner beschränkten Kenntniß des Materials zu urtheilen vermag — glauben möchte, daß Bismarck in höherem Grade auf den Krieg hingearbeitet, und ferner die wahrscheinlich doch unvermeidliche kriegerische Entscheidung seiner kampfesfreudigen Natur nach persönlich oft mehr, vielleicht viel mehr, gewünscht hat, als aus der Sybelschen Darstellung ersichtlich wird. Uebrigens gewinnt man aus derselben eigentlich nur für die erste<sup>1</sup>, nicht aber auch für die späteren Perioden des Conflictes, den Eindruck, daß Bismarck noch von sich aus eine Lösung des Conflictes gesucht habe, nur den, daß er auf ein ernstliches Entgegenkommen des Gegners hin auch seinerseits daran zu arbeiten beginnt, daß er immer wieder bereit ist, auf eine sich bietende Lösung einzugehen und sie nicht abschneiden will; für die Zeiten, in denen er ein solches Entgegenkommen vermißte, scheint mir Sybel dem Urtheil eines Franzosen<sup>2</sup>: „er bemühte sich nicht, die sich mehrenden Conflictte und Zwistigkeiten zu ebnen, sondern zog es vor, sie zur Beschleunigung des Bruches sich weiter entwickeln zu lassen“ nicht zu widersprechen — wie Sybel selbst einmal (bei den Verhandlungen vom Mai 1865) sagt: „Bismarck sah den Zusammenstoß näher und näher rücken und hätte es, so weit gedrängt<sup>1</sup> aus hundert Gründen vorgezogen, das Unausweichliche in möglichst rascher Entwicklung abzuthun.“

<sup>1</sup> d. h. die Zeit bis zum Sturze Rechbergs und die erste Zeit Mensdorffs. Sehr charakteristisch erscheint mir sein energisches Bemühen, den Sturz Rechbergs, des Vertreters der Allianz mit Preußen, zu verhindern. Als Rechberg nach dem dänischen Kriege durchaus das Versprechen will, daß Preußen später über eine Handelsvereinigung mit Oesterreich verhandeln wolle, erklärte Bismarck, er könne die Verantwortung für eine Politik, die das verweigere, nicht übernehmen. Die Zusage wurde verweigert und das führte zum Sturze Rechbergs. — Bismarck erklärte später, diese Verweigerung sei durchaus verkehrt gewesen, „Rechberg hätte Alles aufgeboten, den Krieg zu verhüten“, freilich setzte er hinzu: einmal hätte es doch zum Kriege kommen müssen, und da war es vielleicht ein Glück, daß es damals unter verhältnißmäßig günstigen Constellationen dazu kam.“ Syb. III., Schluß. Darüber, in wie weit Bismarck auch Mensdorff, dem Nachfolger Rechbergs, „anfangs den Gedanken einer Zweiherrschaft ans Herz gelegt“ — also ein friedliches Zusammenleben mit Oesterreich gesucht habe, siehe: Syb. IV, 129; dazu die Depesche vom 13. Februar 1864, Syb. IV, 48; f. auch Bismarcks Denkschrift vom 9. Mai 1865 (Bismarcks polit. Briefe, 3. Sammlung S. 208); die Depesche vom 26. Januar 1865, Syb. IV, 56. Die Erlasse vom 12. Mai 1865, Syb. IV, 116, sind wohl kaum noch hier heranzuziehen. — Besonders bezeichnend für Bismarcks Bereitwilligkeit, auch mit einem geringeren Resultat sich zu begnügen, wenn es ohne die blutige Entscheidung zu haben sei, ist auch die Verhandlung über die Gablenzischen Vorschläge kurz vor dem Ausbruch des Krieges. Für ein Suchen eines Ausgleiches auch in späterer Zeit noch könnten etwa die am 23. Juli 1865 in Salzburg dem Freiherrn von der Pfordten gemachten Andeutungen in Betracht kommen, Syb. IV, 156. Siehe Anhang.

<sup>2</sup> Simon: Geschichte des Fürsten Bismarck, deutsch von Alexander, S. 161.

„Die Sybelsche Darstellung läßt,“ sagt Delbrück mit Recht, „am meisten den Verstand, den wunderbaren Scharfblick,“ die geistige Beherrschung jeder neuen Situation, die Besonnenheit und Selbstbeherrschung Bismarcks erkennen, weniger die dämonische Gewalt und Tiefe des Charakters und der Persönlichkeit, „aus dem furchtbaren Königstiger sei“ — nach einem französischen Kritiker — „eine zahme Hauskatze gemacht“; dabei ist jedenfalls „ein Stück echten Lebens hängen geblieben“.

Es ist richtig, wenn Delbrück sagt: Sybel lege dar, wie Bismarck in erster Linie nicht den Krieg, sondern die Allianz mit Oesterreich gewollt, und doch kann diese Gegenüberstellung von Allianz und Krieg irreführen. Man muß im Auge behalten, daß es sich hier um zwei verschiedenwerthige Allianzen handelt, und daß die eine derselben ebenso wie der Krieg nur Mittel sein sollte für etwas Drittes.

Bismarck wollte — das wird sich doch wohl mit Bestimmtheit sagen lassen — von vornherein, mit vollster Entschiedenheit, wie wir schon soeben aus Sybel erfahren haben<sup>1</sup>, die Anerkennung der Gleichberechtigung Preußens und Oesterreichs und die Durchführung der aus der augenblicklichen Situation sich ergebenden, von ihm als berechtigt angesehenen Forderungen Preußens, insbesondere später der preussischen Ansprüche auf Schleswig-Holstein, 2) die Zerreißung „der Kette unerträglicher Institutionen“, die Sprengung der Bundeschlinge, die Begründung eines den nationalen Bedürfnissen entsprechenden, Wehrhaftigkeit und Unabhängigkeit sichernden Zustandes in Deutschland und 3) ein neues, gutes, auf natürlichen Beziehungen beruhendes Verhältniß zu Oesterreich. — Diese Ziele wollte er erreichen, wo möglich in Freundschaft, durch eine Allianz mit Oesterreich; diese sollte nicht nur zu einer gemeinsamen Sprengung der unerträglichen Kette, sondern auch allmählich dazu führen, daß Oesterreich Preußen in Deutschland gewähren ließ, ihm damit schließlich auch die Führung und die Neugestaltung Deutschlands überließ und selbst ein neues Verhältniß zu Deutschland acceptirte, wie ein solches ja nach 1866 eingetreten ist. Einen Einblick in diese Anschauung Bismarcks, gleichsam einen Schlüssel zu seinen Gedanken über die freundschaftliche Umprägung des alten Verhältnisses zu Oesterreich zu dem späteren neuen, giebt die oben erwähnte private Correspondenz zwischen Bismarck und Rechberg, die andeutet, wo hinaus Bismarck mit der Allianz wollte, und zeigt, daß er damit den Versuch machte, ob sich nicht Oesterreich durch die Vortheile einer fortgesetzten gemeinsamen „activen Politik“, wie er sagt, schließlich selbst überzeugen werde, daß eine auf solcher Umgestaltung seines Verhältnisses zu Deutschland beruhende Allianz mit Preußen-Deutschland doch vortheilhafter sei, als die Behauptung der alten Position. Doch

<sup>1</sup> Siehe Sybel III, 395 ff. und Anhang.

muß hier freilich gelten, was Sybel an anderer Stelle von Bismarck sagt: daß die Ausgestaltung eines solchen Planes in seinem rastlos arbeitenden Geiste damals noch flüchtig und in jedem Augenblick von den Verhältnissen abhängig war.

Falls, so lange, ja wohl gar so bald wieder Oesterreich sich ernstlich auf diesem Geleise halten ließ, in einer Verbindung auf die preussischen Bedingungen hin — denn das war die *conditio sine qua non* dabei — wollte Bismarck die Allianz, wenn nicht mehr, dann wollte er von vornherein den Krieg. Die Allianz, die er zunächst schloß, sah er im Grunde von Anfang an als wahrscheinlich aussichtslos an, wie er es später dem italienischen General Govone gegenüber aussprach; sie war ihm ein Versuch, ein letzter Versuch, in Gemeinschaft mit Oesterreich eine Neugestaltung Deutschlands durchzuführen, ein Mittel, die vorliegende dänische Frage zu lösen, ja wohl auch ein Mittel, gute Geschäfte zu machen<sup>1</sup>, vielleicht selbst ein Mittel, es, wenn es sein müsse, zum Kriege zu bringen<sup>2</sup>; die Allianz, die er von vornherein fest und unwandelbar im Auge behielt, in der, wie er hoffte, Preußen „unzweideutige Vereinbarungen mit Oesterreich gewinnen könne, auf deren Basis sie dermaleinst ehrliche Bundesgenossen sein könnten“<sup>3</sup>, die lag ihm wahrscheinlich erst jenseits der blutigen Entscheidung.

Delbrück macht, indem er die oben erwähnte Zweifelfrage ausspricht, noch auf zwei, wie mir scheint, sehr wichtige Gesichtspunkte aufmerksam.

„Sybels Werk ist gearbeitet, „vornehmlich nach preussischen Staatsacten“, sollte es etwa zu sehr „nach den Acten“ gearbeitet und das Letzte, das nicht in den Acten steht, darüber nicht zu seinem Recht gekommen sein?“ Und weiter: „Es gehört wahrlich nicht geringe Gewandtheit dazu, die „Begründung des deutschen Reiches durch Wilhelm I.“ zu schreiben und doch das, was der Titel sagt, nur in einem gewissen Halbdunkel erscheinen zu lassen. — Das war nothwendig, denn sonst hätte das Werk überhaupt nicht geschrieben werden können. Aber welche Lücken, welche Verschiebungen, welche Ueberkleidungen dieses Manco nöthig gemacht hat, kann man sich leicht vorstellen und muß es sich auch schon bei der Lectüre des Werkes vorzustellen suchen.“ . . . „Das führt uns auf denjenigen Faden in den Ereignissen, der in der Sybelschen Darstellung kaum hin und her berührt, öfter durchschimmernd, einmal direct, als für seine Aufgabe nicht erforderlich bei Seite geschoben wird: das

<sup>1</sup> Schreiben an Goltz. Syb. IV, 78. Näheres weiter unten in einer Anmerkung.

<sup>2</sup> Zeitung „Post“ 1890, 25. April. Näheres weiter unten in einer Anmerkung.

<sup>3</sup> Brief an Manteuffel vom 23. Februar 1854. Darüber aber, wie er über die Allianz vor Klärung der Verhältnisse dachte, siehe den Brief vom 26. April 1856 an denselben, der weiter unten auszugsweise mitgetheilt ist.

Verhältniß des Königs zu seinem Minister“ und, fügen wir hinzu: das Verhältniß Bismarcks zu den übrigen Gliedern des königlichen Hauses. — „Das Einzigartige der Erscheinung Kaiser Wilhelms des Alten, in der Weltgeschichte ist ja, daß er neben seinem ungeheuren Minister, neben seinem genialen Feldherrn, doch seine volle königliche Persönlichkeit gewahrt hat.“ — Es muß unendlich schwer gewesen sein, neben einem Bismarck König zu sein, und es freut Einen darüber ein so enthusiastisches Wort zu vernehmen, wie das Bowers: „Gleiches kann nur von Gleichem erkannt werden, das schlichte: *Niemals* des alten Kaisers, mit dem er das Entlassungsgesuch Bismarcks beantwortete, wird als eines der herrschgewaltigsten und seelenschönsten, die je geschrieben wurden, ewig in der Geschichte fortleben.“ — Dieses „Niemals“ aber schloß den Kampf nicht aus. „Es ist weder Bismarck noch Moltke je gelungen — sie haben auch nie danach gestrebt, es ist bloß dem objectiven Resultat nach gemeint — den König in den Schatten zu stellen, obgleich Jedermann wußte, daß der Eine der leitende Staatsmann, der Andere der leitende Feldherr sei. Wenn die persönliche Pietät, welche unser Geschlecht dem Kaiser gezollt hat und zollt, einmal dahingeschwunden sein wird, auch dann wird die kühl betrachtende Historie in der Fähigkeit, die königliche Würde neben solchen Rivalen zu behaupten, stets eine der großartigsten Erscheinungen sehen. Aber auch ein solcher Adler wird nicht geschenkt. Kaiser Wilhelms staatsmännische Anlage und Politik war weder ein Duplicat zu der Bismarckschen, noch bloßes Werkzeug. Die naive populäre Auffassung ist wohl, daß vermöge einer Art von prästabilirter Harmonie der König immer das, was seine genialen Rathgeber ihm vorzuschlugen, auch gerade wollte. Hier und da habe es wohl mal eine Friction und eine schärfere Auseinandersetzung gegeben, aber die seien doch immer bald und ohne gar zu große Schwierigkeiten überwunden worden. Es gehört nur wenig Nachdenken dazu, um zu erkennen, daß ein solches Verhältniß eine psychologische Unmöglichkeit ist. Kaiser Wilhelm war eine in sich geschlossene Persönlichkeit, die nicht ohne herzerreißende und nervenstörende Kämpfe in Bahnen gelenkt werden konnte, die seinen 50 Jahre lang heilig gehaltenen Grundsätzen direct entgegenliefen.“

„Wäre es leichter gewesen, Bismarck hätte es gewiß viel bequemer, Deutschland aber keinen Mann, sondern einen bloßen Schemen zum Kaiser gehabt“ — so weit Delbrück.

Auch auf die Darstellung der uns vorliegenden Frage, in der der König und sein Minister verschieden empfanden, mußten die von Delbrück berührten Umstände Einfluß haben. Die Angabe auf dem Titelblatt bei Sybel, daß das Buch vornehmlich nach Staatsacten geschrieben sei vindicirt vielleicht dem Verfasser sogar ein gewisses Recht, Dinge, die nicht in den Acten

stehen, mehr bei Seite zu lassen, — und so Vieles, was man hier wissen möchte, stand gerade in den Acten gewiß nicht. — Da Bismarck nicht nur mit seinen Gegnern, sondern auch mit seinem Könige und dessen Ueberzeugungen zu ringen hatte, so mußte er eben auch dort, wo er selbst nicht mehr zum Nachgeben bereit gewesen wäre, doch noch nachgeben, und da ist schwer, ja unmöglich zu bestimmen, wie weit seine mitunter geradezu erstaunliche Bereitwilligkeit dazu eine freiwillige oder eine aufgezwungene war, eingegeben zum Theil von der Hoffnung, daß sie doch vergeblich sein werde und an den Tag gelegt, um den König überzeugen zu können, daß der Krieg dennoch unvermeidlich sei. Nach Sybels Darlegung wäre diese Bereitwilligkeit Bismarcks nun doch viel größer gewesen, als man sonst zu glauben geneigt wäre. Das Bewußtsein der Unvermeidlichkeit des Krieges bedurfte Bismarck aber nicht nur dem Könige, sondern auch seinem eigenen Gewissen gegenüber.

„Es ist leicht für einen Staatsmann,“ . . . so hatte er einstmals bei der Vertheidigung des Olmützer Vertrages ausgerufen, „in die Kriegstrompete zu stoßen . . . oder donnernde Reden zu halten und es dem Musketier, der auf dem Schnee verblutet, zu überlassen, ob sein System Sieg und Ruhm verwirklicht oder nicht — aber wehe dem Staatsmanne, der sich in dieser Zeit nicht nach einem Grunde zum Kriege umsieht, der auch nach dem Kriege noch stichhaltig ist“ (3. Dec. 1850).

Wiederholt hat er in späterer Zeit sich dahin ausgesprochen, daß ein Krieg, der unternommen werde, weil er später doch einmal ausbrechen müsse, und weil man sich zur Zeit dem Gegner überlegen fühle — nicht zu verantworten sei<sup>1</sup>. Diese Aeußerungen stammen aus der Zeit nach 1866, aber auch damals, vor dem Kriege mit Oesterreich, war er sich seiner ungeheuren Verantwortung und dessen bewußt, daß er sich in seiner Politik von seinem Gewissen leiten lasse. Es giebt wenig so schöne Zeugnisse für ihn als sein eigenes Wort: Was ich als meine Pflicht erkenne, sehe ich wie eine Pistole auf meine Brust gerichtet. Und nicht nur aus seiner Klugheit, sondern auch aus diesem Bronnen wird jene Bereitwilligkeit, „auf das größte Resultat zu verzichten, wenn das geringere im Frieden zu erreichen sei“, geflossen sein. Man denke dabei, was es für eine Feuer- und Kampffeele, wie die seine bedeutete: den Wunsch nach Entscheidung im Herzen, bei manchen Gelegenheiten auch wohl den Glauben an den Sieg im Herzen; sich doch zu bescheiden, nicht eigenwillig nach dem Größten zu greifen, sondern zu empfangen, was das Leben gewährt, und der Ernte zu harren<sup>2</sup>. Auch deshalb ist sie gerade ihm gereift.

<sup>1</sup> Ganz anders lautet seine weiter unten angeführte Aeußerung im Ministerath vom 28. Febr. 1866; hier bezeichne: er den Bruch eben als (schon) vorhanden.

<sup>2</sup> Sehr bezeichnend dafür ist der Brief, den er kurz vor dem Ausbruch des

Sich von der Welle tragen lassen!

„Ich bin ein den Gesamtbefürfnissen und Forderungen des Staates im Interesse des Friedens und Gedeihens meines Vaterlandes gegenüber disciplinirter und sich unterordnender Staatsmann,“ wie Bismarck am 17. December 1873 im Abgeordnetenhaus, und: *La patrie veut être servie et pas dominée*, wie er bei den Friedensverhandlungen von Versailles gesagt hat. Diese Worte passen auch hierher.

Gern sehen wir ein wohlbekanntes Antlitz, wenn eines Meisters Hand es in einem neuen Bilde fixirt hat; wir freuen uns die oft geschauten Züge darin wiederzufinden. . . . So setze ich denn einen Theil der Sybelschen Charakteristik Bismarcks bei dem Beginn seiner diplomatischen Laufbahn in Frankfurt am Main hierher<sup>1</sup>.

„Schon in jugendlichen Jahren hatte er sich, wie nach einem Vorgefühl des künftigen Wirkens vor Allem historischen Studien gewidmet. Nach der eigenen weiteren Erfahrung sprach er den Grundsatz aus, für jeden Staatslenker sei ein richtig geleitetes Studium der Geschichte die wesentliche Grund-

Krieges unter Mittheilung des damals von Preußen vorgelegten Reformprogramms dem Herzog Ernst von Coburg schrieb:

„Die Vorschläge sind nach keiner Seite erschöpfend, sondern das Resultat der Rücksicht auf die verschiedenen Einflüsse, mit denen compromittirt werden mußte, *intra muros et extra*. Können wir sie aber zur Wirklichkeit bringen, so ist damit immer ein gutes Stück der Aufgabe, das historische Grenzgeß, welches Deutschland durchzieht, unschädlich zu machen, erreicht, und es ist unbillig zu verlangen, daß Eine Generation, oder sogar Ein Mann, sei es auch mein allergnädigster Herr, an Einem Tage gut machen soll, was Generationen unserer Vorfahren Jahrhunderte hindurch verpfuscht haben. — Erreichen wir jetzt, was in der Anlage steht, oder Besseres, so mögen unsere Kinder und Enkel den Block handlicher ausdrechseln und poliren.“

Das hier erwähnte Programm enthält: Ausschluß Oesterreichs und Theilung des militärischen Oberbefehls zwischen Preußen und Baiern, doch muß hervorgehoben werden, daß Preußen zunächst Anfang Mai viel gemäßigtere Vorschläge gemacht hatte: Parlament und Reform der Wehrverfassung noch ohne Ausschluß Oesterreichs. Ehe man damit ins Reine gekommen war, war der Krieg durch verschiedene Verhältnisse in unmittelbare Nähe gerückt, und jetzt wurde der neue Vorschlag gemacht.

Am 12. Sept. 1866 jagte Bismarck im Abgeordnetenhaus in Bezug auf diesen neuen Vorschlag: der militärische Dualismus in dem preussischen Reformentwurf vor dem Kriege war geboten, da der Anspruch Preußens auf die Führung des ganzen Bundesheeres damals friedlich nicht durchzusetzen gewesen wäre.

Nachträglich füge ich noch die Worte aus der jüngst (30. Juli 1892) in Jena gehaltenen Rede bei: „Ich bin von früh auf Jäger und Fischer gewesen, und das Abwarten des rechten Momentes ist in beiden Situationen die Regel gewesen, die ich auf die Politik übertragen habe.“

<sup>1</sup> Syb. II, 145 ff., wo man die ganze Schilderung nachlesen mag.

lage des Wissens; hier allein sei zu lernen, was in der Verhandlung mit anderen Staaten in jeder Frage erreichbar sei; in der Fähigkeit aber, die Grenzen des Erreichbaren zu erkennen, sah er selbst die höchste Aufgabe der diplomatischen Kunst bezeichnet. Sein ganzes späteres Leben bildet einen praktischen Commentar zu diesem Sage. Hier hat er sowohl die Kühnheit geschöpft, die Ziele seiner Action sich möglichst hoch zu setzen, als die Besonnenheit, niemals im Siegesrausch über die Grenze des Erreichbaren hinaus zu schweifen<sup>1</sup>“.

„Im Sinne des Königs hat man oft von Bismarcks Frankfurter Lehrjahren geredet, ungefähr ebenso passend, wie wenn man von der Schwimmschule eines jungen Fisches sprechen wollte.“

„Gewiß, er, der bisher niemals im diplomatischen Dienste sich geübt hatte, trat hier in Frankfurt in eine ihm fremde Welt, und hatte manche Kenntniß von Personen und Sachen sich erst anzueignen. Aber nachdem er sich binnen wenigen Wochen auf dem neuen Boden orientirt hatte, entwickelte er seit den ersten Schritten seine politische Meisterschaft. Er war ein Staatsmann von Geburt. Eine freigebige Natur hatte ihn mit allen Erfordernissen des Herrscherberufes ausgestattet, mit rascher, durchdringender Auffassung aller Verhältnisse, mit scharfer Erkenntniß der Stärken und Schwächen jeder Position, mit sicherem Blick für die Brauchbarkeit der verschiedensten Menschen zur Förderung seiner Zwecke. Mit einer unerschütterlichen Willenskraft in der Verfolgung seiner Absichten verband er eine niemals versagende Elasticität des Geistes in der wechselnden Anwendung des jedes Mal zweckmäßigen Verfahrens; ohne jemals einen systematischen Unterricht durchgemacht zu haben, besaß er die Fähigkeit, welche Thukydides von Themistokles rühmt, durch die Macht seiner Natur in kurzem Nachdenken das Erforderliche sofort zu treffen.“ In manchen einzelnen Zügen „durch die Frühreise des Talentes und die indirecte Beherrschung seines Vorgesetzten<sup>1</sup> erinnert er lebhaft an das Auftreten des Generals Bonaparte 1796. In allem Uebrigen aber erscheint neben der Aehnlichkeit der tiefste Gegensatz der Charaktere zwischen beiden Männern. Statt der kolossalen, jedes andere Gefühl erdrückenden Selbstsucht des corsischen Imperators zeigt sich bei dem preussischen Beamten die patriotische Hingabe an den Staat, die unbedingte Pflichttreue gegen König und Vaterland. Seine Seele war erfüllt von dem Verufe, Preußen zu Macht und Blüthe emporzuheben; jeder Schritt seines Wirkens war abhängig von dieser einzigen und beherrschenden Aufgabe.“

„War er früher Parteimann gewesen, so wurde er jetzt im prägnantesten

<sup>1</sup> Da Sybels Darstellung nicht vollständig gegeben wird, ist Einzelnes des Zusammenhanges wegen umgestellt.

<sup>2</sup> Das Nähere bei Sybel a. a. D.

Sinne des Wortes Diener des Staates. Gegen dessen Anforderung trat jede andere Rücksicht in den Hintergrund. Fragen höchster Bedeutung, Freihandel oder Schutz Zoll, feudale oder demokratische Einrichtungen, Religionsfreiheit oder Hierarchie, Fragen also, die für viele tausend Menschen als bestimmende Principien des ganzen Daseins gelten, waren für ihn nichts als je nach den Umständen gebrauchte Mittel für Preußens ferneres Emporwachsen, so daß ihn nicht selten seine Gegner den grundlossten Opportunisten aller Zeiten schalteten.“

„Wenn ferner Friedrich der Große, der ein langes Leben dem harten Dienst des Staatsinteresses widmete, im innersten Herzen der Ueberzeugung war, daß der Staat nur ein Mittel zur Erhaltung und Pflege der idealen Güter, der Schönheit und Wahrheit, der Kunst und der Wissenschaft sei: so war umgekehrt Bismarck auch hier Utilitarier, und so sehr er jene Güter zu schätzen verstand, so war doch stets seine erste und letzte Frage, in wie weit diese Kunst oder jene Wissenschaft dem preußischen Staatszweck nütze!“

„Nicht als principieller Gegner Oesterreichs war Bismarck nach Frankfurt gekommen; im Gegentheil, bei seinem ganzen bisherigen Verhalten war er stets von der Nothwendigkeit eines festen Zusammenhaltens von Preußen und Oesterreich ausgegangen und hat sein Leben lang an dieser Ueberzeugung festgehalten. . . . Aber nur zu bald mußte er erkennen, daß die wesentliche Voraussetzung dieses Strebens, die Gegenseitigkeit, fehle, daß an eine Anerkennung der preußischen Gleichberechtigung durch Oesterreich nicht zu denken und bei der Stellung der beiden Höfe zu den deutschen Verhältnissen auch nie zu erhoffen sei. Damit war seine fernere Haltung entschieden, er war zum Widerstand bis auf die äußerste Grenze, ja über diese hinaus, bis zum Bruche des Bundes entschlossen, ehe er eine Schädigung an Preußens Würde und gutem Rechte gestatte.“

Aber lassen wir alle diese mehr allgemeinen Erwägungen und machen wir den Versuch, uns in der Erinnerung an sehr bekannte oder auch etwas weniger bekannte Aeußerungen des großen Mannes, in seine Seele hineinzudenken und ihn auf dem Wege, den er in dieser Sache zu durchmessen hatte, zu begleiten<sup>2</sup>.

\* \* \*

<sup>1</sup> Es sei hier, wo manche Citate aus Bismarcks Briefen und Reden angeführt werden, auf eine höchst dankenswerthe Arbeit hingewiesen, ein Buch treuesten Fleißes, das in chronologischer Folge jedes Erlebnis Bismarcks, jeden Aufenthalt desselben, alle amtlichen Berathungen, alle seine Reden, Briefe, Unterhaltungen, so weit es möglich ist, nach Zeit, Ort und Inhalt zu verzeichnen sucht, nebst Auszügen aus seinen wichtigsten Aeußerungen, mit Angabe der Quellen, wo Näheres darüber zu finden ist.

Gerade weil es mir nicht ganz leicht geworden ist, mich dem Opportunismus Bismarcks gegenüber innerlich zurechtzufinden, so möchte ich noch einige Bemerkungen darüber hinzuzufügen mir gestatten. Nie wird man sich mit jener Scrupellosigkeit versöhnen können, der der Zweck jedes Mittel heiligt und die als Jesuitismus und Machiavellismus so viel Unheil über die Welt gebracht hat. Aber es kann das Entsetzen vor dem unstreitig heillosen Satze, „daß der Zweck das Mittel heilige“, auch ein ganz unaufrichtiges sein, da in der That sehr Vieles, was unter anderen Umständen unverantwortlich wäre, gethan werden darf und muß, wo es im Dienst einer wichtigen Sache nothwendig ist. Wenn in der Politik angeblich eine andere Moral zur Geltung kommt, als im Privatleben, so geschieht das eben, weil hier die Handelnden nicht nur für ihre Person, sondern für ein anvertrautes Ganze die Verantwortung tragen und weil oft Gesichtspunkte in Betracht kommen und Größen in die Rechnung eingestellt werden müssen, die im Privatleben fortfallen, weil hier die Conflicte der Pflichten sich mehren. Ich möchte hier ein Wort anführen, das ich in einer Vorlesung Lokes gehört habe und das etwa so lautete: „Mancher will leugnen, daß es solche Conflicte giebt. Wer sie wegschaffen kann, der soll doch herkommen, er wäre ein wahrer Heiland!“ Einem Worte, das mir ein Freund sagte: aus solchen Kämpfen könne man nicht mit ganz fleckenlosem Schilde hervorgehen, es komme darauf an, wer der relativ Ehrlichste sei, muß ich beipflichten. Keineswegs möchte ich von vornherein alle Schritte Bismarcks<sup>1</sup> als zu rechtfertigende hingestellt sehen, und z. B. bei einzelnen Momenten seiner „dilatorischen Behandlung der Dinge“ Frankreich gegenüber, noch mehr vielleicht bei der pariser Verhandlung während der londoner Conferenz taucht Einem wohl die Frage auf: mußte das wirklich sein? Deutsche Biederkeit ist dem Germanen lieber, als welsche List — ungern sieht er die Helden, die

Es ist ein ausgezeichnetes Hilfsmittel und Orientirungsbuch beim Studium der neuesten deutschen Geschichte, es soll nach dem Wunsche des Verfassers ein Zeugniß der unauslöschlichen Liebe und Dankbarkeit des deutschen Volkes Bismarck gegenüber sein und es ist ein monumentales Zeugniß dafür geworden: Horst Kohl, Regesten zu einer wissenschaftlichen Biographie des ersten deutschen Reichskanzlers. 2 Bände. Gr. 8. 1891 u. 1892. — Das Buch ist mir erst zugegangen, als mein Artikel schon so ziemlich vollendet war. Ein Auszug daraus — oder der Kern dieses Werkes ist das früher erschienene Bismarck-Gedenkbuch desselben Verfassers, das in Kürze ähnliche Regesten (aber ohne nähere Inhaltsangabe und Quellenachweis) enthält, dazu ein Verzeichniß der Bismarckliteratur bis 15. Febr. 1890 und, wie das größere Werk, Auszüge aus Bismarcks Reden und Briefen. 1 Bd. 8. 311 S. 1889.

<sup>1</sup> Auch ganz abgesehen von seinem Verhalten Gegnern im eigenen Lande gegenüber.

er bewundert, „das Löwenfell mit dem Fuchspelz vertauschen“, es ist ihm sympathisch, wenn sie nur schwer und wo möglich nie sich entschließen, sich auf den Standpunkt der Kriegslist zu stellen, bei welchem Ueberlisten und Täuschen des Gegners in sein Recht tritt; wo aber, wie oft — nicht immer — in der Politik zwischen den Staaten thatsächlich kein Friede, sondern „Krieg im Frieden“ herrscht, wo die Politik Krieg mit anderen Mitteln und gegenseitiges Mißtrauen die Grundlage des Verkehrs ist, und dieser Verkehr der undeclarirte Krieg, so daß man gegenseitig gar nicht volle Wahrheit erwartet und erwarten kann; wo man sich unberechtigten gefährlichen Ansprüchen gegenüber befindet, wo ein offenes, das eigene Wollen enthüllende oder den Gegner auch nur nicht aus seinem Irrthum reißende, ja selbst seinen Irrthum nicht mehr nährendes Wort das Land, dessen Sache man vertritt, in die äußerste Gefahr wirft (man denke an Friedrich Wilhelm III. und Scharnhorst beim Beginne der Freiheitskriege) — da tritt das Wort Bismarcks in sein Recht: „Wer mich einen gewissenlosen Politiker schilt — er soll sein Gewissen auf diesem Kampfplatze erst selbst einmal versuchen“ (26. Dec. 1865). Wo man keine Wahl hat, als einen listigen Feind, oder das Vertrauen des eigenen Landes — berechtigtes Vertrauen derjenigen, die auf Einem angewiesen sind und Einem den Schutz ihrer höchsten Güter anvertraut haben — zu täuschen, wo man einen Feind täuschen oder anvertrautes Gut preisgeben muß, da kann das „Offensein“ zur Schwäche werden, ja gerade aus Zuverlässigkeit und Kraft wird man zur List greifen und greifen dürfen, ja unter Umständen „herzhaft lügen“ müssen, — so lange als man dabei doch das Recht hat, mit gutem Gewissen zu sagen: „Wer mich einen gewissenlosen Politiker schilt, der thut mir Unrecht“, und dabei nicht gegen sich selbst unwahr ist, so lange man sagen darf: „Ich kann nicht anders.“

Aber es ist das ein gefährlicher Boden, und die Wahrheit läßt ihrer nicht spotten. Der sittliche Adel eines Staatsmannes wird mit bedingt sein von dem Grade, in dem er danach strebt, an die Stelle der Kniffe Offenheit zu setzen. Bismarck ging dabei bekanntermaßen mitunter so weit, daß selbst der Eindruck entstand, man könne ihn nicht ernst nehmen.

Zu denjenigen Dingen, die Bismarck besonders vorgeworfen sind und die Einem in der That stutzig machen können, gehört seine Verbindung mit der Revolution, trotz seiner ausgeprägt monarchischen, die Revolution verurtheilenden Gesinnung (z. B. in Ungarn 1866; hat er doch wiederholt gedroht, im Nothfalle die nationalen, antidynastischen, revolutionären Kräfte zu entfesseln). Die Frage ist hier eine ähnliche wie oben. Wo es sich um die „eigenste Einem anvertraute Aufgabe“ handelt, für ihn: „um den der Krone Preußens von Gott übertragenen Schutz Preußens gegen Unrecht, von außen oder innen kommend“, da n i m m t, ja ruft er eben in einem

Kampfe auf Leben und Tod, in dem einmal die Gewalt entscheidet, die Bundesgenossen, wo er sie findet: mag da ein Jeder sich mit seinem Gewissen abfinden und seinem Richter stehen; da ist ihm ferner das System der conservativen Interessen aller Länder eine gefährliche Fiction, so lange nicht die vollste ehrlichste Gegenseitigkeit in aller Herren Ländern obwaltet. Isoliert von Preußen durchgeführt, erscheint es ihm als „Donquixoterie“, da verurtheilt er es, „fremde Kronrechte mit mehr Beharrlichkeit zu schützen als die eigenen“ (Brief vom 18. Sept. 1861); endlich kommt hier noch ein anderer Gesichtspunkt zur Geltung, der, welcher berührt ist, wenn Fürst Bismarck, wie oben gesagt, erklärt: die Einigung Deutschlands wäre eine conservative That gewesen. Si duo faciunt idem, non est idem. Revolution und Revolution ist ihm auch nicht etwas Gleiches, Revolution gegen das preussische Königthum, dessen nationale, politisch-sittliche Berechtigung und Nothwendigkeit er bis in das Innerste seiner Seele hinein empfand, war ihm etwas total anderes als Auslehnung etwa der Ungarn oder Italiener gegen Oesterreich, oder auch der Deutschen gegen die von Napoleon geschaffenen von Metternich sanctionirten kleinstaatlichen Souveränitäten, gegen den ganzen unhistorischen Gott und rechtlosen Souveränitätsschwindel der deutschen Fürsten, „die europäische Macht spielen“ wollen. — Gewaltthätiger Umsturz des innerlich Existenzberechtigten und des innerlich Unberechtigten oder in seiner Berechtigung Fraglichen, wenn auch durch das formelle und bestehende Recht legitimirt ist ihm — ich möchte lieber sagen, seiner natürlichen und durch Studium, Amts- und Lebenserfahrung geschulten Empfindung, als seinen Grundsätzen nach, etwas ganz Verschiedenes, und wo zur Erhaltung des Ersteren die Zertrümmerung des Letzteren nöthig ist, da ist ihm eben diese Erhaltung und Zertrümmerung, mag sie auch für gewöhnlich revolutionär heißen, eine conservative That. — „Den Grundsatz, daß ein Compromiß mit der Revolution unzulässig sei,“ schreibt er, „ist es nicht möglich in der Weise durchzuführen, daß die letzten davon abgeleiteten Consequenzen noch immer jede andere Rücksicht durchbrechen sollen.“ Diese legitimirten Gewalten sind ja selbst oft revolutionär, „wann und nach welchen Kennzeichen haben sie aufgehört revolutionär zu heißen?“ . . . „Ein Princip kann man nur so weit als ein allgemein durchgreifendes anerkennen, wenn es sich unter allen Umständen und zu allen Zeiten bewahrheitet.“ (Wer sich über Bismarcks Ueberzeugungen hierüber orientiren will, lese diesen Brief an Mantuffel vom 4. Februar 1857 neben dem oben citirten vom 18. Sept. 1861.)

Ich möchte hier wegen des Bismarckschen Opportunismus auf den schönen, herzbewegenden Artikel „Fürst Bismarck“ in Whitman: Das kaiserliche Deutschland (deutsch von Alexander) verweisen. „So ungewöhnlich

sein Charakter auch ist," heißt es hier, „im Ganzen genommen ist er doch in vielen Beziehungen durchaus typisch für sein Land bis hinab zu den leidenschaftlichen Ausbrüchen seiner Reizbarkeit. Seine Ehrerbietung für die Krone entspringt ehrlicher Ueberzeugung, denn in seinem ganzen Wesen liegt nicht die Spur des Höflings oder selbstfüchtigen Opportunisten. Die starre Ehrlichkeit seiner Natur schließt jede Möglichkeit davon aus.“<sup>1</sup> Wie diese, so führt die obige Sybelsche Charakteristik zum richtigen Verständniß des Bismarckschen Opportunismus. Wenn eine große Leidenschaft die Seele erfüllt, dem haben neben der Hauptfrage die anderen Fragen nur ein relatives Interesse. Auch bei dem Opportunismus kommt es, wie bei so vielen sittlichen Fragen, zunächst darauf an, ob man die Welt und die Dinge in seinen Dienst hineinreißt oder sich in den Dienst der Sache stellt. Das große Interesse, dem Bismarck diente, war ein ideales, aber nicht ein theoretisches, sondern ein ideales praktisches Interesse; jenes Interesse, von dem die Sybelsche Schilderung spricht: Preußen-Deutschland; „Dem Vaterland die ganze Kraft“. „Für mich“ — sagt er — „hat immer nur ein einziger Compaß, ein einziger Polarstern, nach dem ich steuere, bestanden: *salus publica*. . . . Doctrinär bin ich in meinem Leben nicht gewesen; alle Systeme, durch die die Parteien sich getrennt und gebunden fühlen, kommen für mich in zweiter Linie. . . . Die Doctrin gebe ich außerordentlich wohlfeil. . . . Es giebt Zeiten, wo man liberal regieren muß und Zeiten, wo man dictatorisch regieren muß; es wechselt Alles, hier giebt es keine Ewigkeit“ (24. Febr. 1881 im Reichstage).

Weiter entscheidet über die Sittlichkeit, d. h. die subjective Sittlichkeit oder Unsittlichkeit des Opportunismus bei dem Einzelnen die Frage, ob er, bei der relativen Werthung dessen, was Andere als absolut ansehen, in seinem Handeln gebunden ist durch höhere, ewige Mächte, die er in sich wirksam sein läßt, unter die er sich beugt und an denen er sich erhebt. Hier verweise ich auf Bismarcks oben schon citirten Brief vom 26. Dec. 1865. Darauf kommt es an, wovor man dennoch Halt macht.

Endlich kommt noch Eins in Betracht: Wenn Jemand einer großen

<sup>1</sup> . . . Während die Parteiregierung überall eine erbärmliche Aengstlichkeit beweist, nur die eigenen Parteigänger zu verwenden . . . hat Fürst Bismarck die Mitarbeit von Männern jeder politischen Meinung gesucht, bis zu derjenigen ehemals verbannter Republikaner. Er selbst hat es ausgesprochen: Ich heiße die Mitwirkung von jeder Seite dankbar willkommen und frage nicht, von welcher Partei sie kommt.“ Das aber geschieht keineswegs aus bloßer Bequemlichkeit für das eigene Interesse. Jede seiner Handlungen soll das nationale Gefühl erwecken und kräftigen, und auch diese Verjöhnlichkeit ist ihm nur ein Mittel zum Zweck. Wie er es nie verschmäht hat, den kleinsten Vortheil in der auswärtigen Politik zu benutzen, so sind ihm auch keine Mittel zu gering, sein Ziel im eigenen Lande zu erreichen, denn der Zweck rechtfertigt sie.

Sache vielleicht zu wenig scrupulös in den Mitteln dient, da werden wir verschieden urtheilen, je nachdem es der Fanatismus des Kopfes oder die heiße Leidenschaft des Herzens ist, aus der die Action hervorbricht, und Bismarck ist nicht Kopfmensch, sondern Herzmensch; es ist nicht Theorie, es ist innerstes Wesen, aus dem heraus er handelt — oft mit verzehrender Leidenschaft.

Bei einem Vergleiche Emin Paschas mit Wislmann meinte Bismarck: Es würde sich an Emins Profil wohl herausstellen, daß ihm der Hinterkopf fehle, die volle thierische Energie, auf welche man in Afrika nicht ganz verzichten könne. Die besitzt er selbst reichlich; er beruft sich auf Emins Profil; da darf man sich wohl sein Profil darauf hin ansehen, in der bekannten Lenbachschen Kreidzeichnung z. B. — dieses Horn am Hinterkopfe!

Wie wenig er von Theorie und Doctrinen hält, zeigen die Aufzeichnungen Bewers bei seinem Bismarckbesuche: „Durch Kant,“ sagte der Fürst, „habe ich mich nicht völlig durchbringen können; was er über das Moralische sagt, zumal vom kategorischen Imperativ, ist sehr schön; aber ich lebe am liebsten ohne das Gefühl des Imperativs; ich habe überhaupt nie nach Grundsätzen gelebt; wenn ich zu handeln hatte, habe ich mich niemals gefragt, nach welchen Grundsätzen handelst du nun? sondern ich habe zugegriffen und gethan, was ich für gut hielt. Man hat mir ja oft vorgehalten, daß ich keine Grundsätze habe.“ . . . „In meiner Jugend pflog ich mit einer philosophisch angehauchten Cousine, die mich gern betanten wollte, oftmals ein Gespräch darüber, ob ich Grundsätze annehmen müsse oder nicht. Schließlich sagte ich ihr und damit waren alle unsere Streitigkeiten zu Ende: Wenn ich mit Grundsätzen durchs Leben gehen soll, so komme ich mir vor, als wenn ich durch einen engen Waldweg gehen sollte und müßte eine lange Stange im Munde halten!“ (Bei Bismarck, S. 48 ff.)

Da Bismarck, wie gesagt, bei seinem Thun nicht nach Grundsätzen, sondern aus seiner ganzen Persönlichkeit heraus, als voller und ganzer Mensch handelt, so wird er die Grenze für seinen Opportunismus, für Erlaubtes und Unerlaubtes in der Politik dort sehen, wo er fühlt, daß er sich selbst untreu werden müßte. Sein Ich, mit seiner Charaktergröße und seinen Charakterfehlern, weist ihm den Weg und zieht ihm die Grenze seines Thuns. Mit diesen Worten bewege ich mich freilich im Cirkel. Ich suche die Persönlichkeit Bismarcks aus seiner Politik zu erkennen und verweise zur Erkenntniß seiner Politik auf seine Persönlichkeit. Materiell ist damit also nichts gesagt, aber e i n g e s t a n d e n und hervorgehoben, daß eben nur aus einer solchen Kenntniß der ganzen Persönlichkeit heraus hier ein rechtes Urtheil gewonnen werden kann.





### III. Das Herannahen der Entscheidung.

Ende August 1851 trat Bismarck in die diplomatische Laufbahn ein, von König Friedrich Wilhelm IV. zum Gesandten am Frankfurter Bundestag ernannt (15. Juli). „Er hielt mich,“ sagte Bismarck später, „für ein Ei, aus dem er einen Minister ausbrüten wollte.“

Nicht als principieller Gegner Oesterreichs ist er, wie wir sahen, nach Frankfurt gekommen, vielmehr überzeugt von der Nothwendigkeit eines festen Zusammenhaltens von Preußen und Oesterreich, aber fest entschlossen, die Gleichberechtigung Preußens Oesterreich gegenüber zu behaupten oder — zu erkämpfen.

Schon nach einigen Jahren Erfahrung, während des Krimkrieges, meinte er: der König habe für die Sünden Oesterreichs so viel Nachsicht als ich mir vom Herrn des Himmels für die meinigen wünsche (8. Dec. 1854), und etwa ein Jahr vorher hat er das wichtige Wort niedergeschrieben: „Die Winkelzüge Oesterreichs werden uns nicht hindern, die Gelegenheiten, die uns Gott geben sollte, zu benutzen, um für unsere zukünftige Stellung zu Oesterreich unzweideutige Vereinbarungen zu gewinnen, auf deren Basis wir demaleinst ehrliche Bundesgenossen . . . sein können (23. Febr. 1854).

Diese Worte enthalten das Programm der Bismarckschen Politik Oesterreich gegenüber.

„Demaleinst ehrliche Bundesgenossen.“

Das ist sein Ziel. Ehe solche Beziehungen gewonnen seien, scheint ihm ein ernstliches Bündniß mit Oesterreich unmöglich.

„Die Seele eines preußisch=österreichischen Bündnisses,“ schreibt er zwei Jahre später, „würde auch in der größten gemeinsamen Gefahr das Gegentheil von alledem sein, was ein Bündniß fest macht. Gegenseitiges

politisches Mißtrauen, militärische und politische Eifersucht . . . das Alles würde zwischen uns jetzt stärker, lähmender sein, als in irgend einem schlecht assortirten Bündnisse der Vergangenheit“ . . . auch durch einen Personenwechsel „würde die traditionelle Politik Oesterreichs und seine Eifersucht gegen uns nicht beseitigt sein, und ich könnte dem alten Fuchse im neuen Pelze eben so wenig trauen, wie bisher im räudigen Sommerhaar. Nach der wiener Politik ist einmal Deutschland zu eng für uns beide; — so lange ein ehrliches Arrangement über den Einfluß eines jeden in Deutschland nicht getroffen und ausgeführt ist, pflügen wir beide denselben streitigen Acker, und so lange bleibt Oesterreich der einzige Staat, an den wir nachhaltig verlieren, von dem wir nur nachhaltig gewinnen können. . . . Der deutsche Dualismus hat seit 1000 Jahren in jedem Jahrhundert gelegentlich durch einen gründlichen inneren Krieg seine gegenseitigen Beziehungen regulirt, und auch in diesem Jahrhundert wird kein anderes, als dieses Mittel die Uhr der Entwicklung auf ihre richtige Stunde stellen können. Ich beabsichtige mit diesem Raisonnement keineswegs zu dem Schluß zu gelangen, daß wir jetzt unsere Politik darauf richten sollen, die Entscheidung zwischen uns und Oesterreich unter möglichst günstigen Umständen herbeizuführen. Ich will nur meine Ueberzeugung aussprechen, daß wir in nicht zu langer Zeit für unsere Existenz gegen Oesterreich werden fechten müssen, und daß es nicht in unserer Macht liegt, dem vorzubeugen, weil der Gang der Dinge in Deutschland keinen anderen Ausweg hat.“ Er fügt hinzu: daß das allerdings mehr Frage des Glaubens, als des Beweises bleibe<sup>1</sup>.

Was den Bund anlangt, so war Bismarck nicht nur von der inneren Morscheit desselben durchdrungen, sondern auch überzeugt, daß die Mittelstaaten bei ernstlicher Gefahr ihrerseits den Bund aufgeben, sich nicht allzu schwer in eine neue rheinbündische Abhängigkeit von Frankreich hineinfinden und bei einem Kriege die deutschen Großmächte nach Belieben sitzen lassen würden<sup>2</sup> — ja noch mehr: aus den 8 Jahren seiner „frankfurter Amtsführung“ hat er „als Ergebnis seiner Erfahrungen die Ueberzeugung mitgenommen, daß die dermaligen Bundeseinrichtungen für Preußen eine drückende, in kritischen Zeiten eine lebensgefährliche Fessel bilden“<sup>3</sup>. Bei der Durchführung der eigensten Aufgabe Preußens, bei dem „der Krone Preußen von Gott übertragenen Schutz Preußens gegen Unrecht, von außen oder innen kommend“, ist er durchaus nicht geneigt, „die Prätensionen der

<sup>1</sup> 26. April 1856. Ein lehrreicher Brief, in dem Bismarck die in Europa damals möglichen und zu erwartenden Allianzen bespricht.

<sup>2</sup> 26. April 1856. Vgl. auch den Brief vom 1. Juli 1859 u. 18. Sept. 1861.

<sup>3</sup> Brief vom 12. Mai 1859.

kleinstaatlichen Souverainetäten zu respectiren“, und am 12. Mai 1859 — bereits als Gesandter in Petersburg — schreibt er die bekannten Worte: „Ich sehe in unserem Bundesverhältniß ein Gebrechen Preußens, welches wir früher oder später ferro et igni (mit Feuer und Schwert) werden heilen müssen, wenn wir nicht bei Zeiten in günstiger Jahreszeit eine Cur dagegen vornehmen.“ Eben damals, 1859, schien ihm die Zeit zu einer solchen Cur da zu sein.

Oesterreich war im italienischen Kriege begriffen, und Bismarck, in der klaren Ueberzeugung, daß eine Umgestaltung und Aenderung der deutschen Verhältnisse unumgänglich sei, scheute vor der Folgerung nicht zurück, daß diese Nothlage Oesterreichs und die bei der Stellung der anderen Mächte günstige politische Situation von Preußen benutzt werden müsse, um zu der nothwendigen Revision der gegenwärtigen Beziehungen dem Bunde und Oesterreich gegenüber zu gelangen, weil eine solche Gelegenheit vielleicht nicht so bald wiederkehre. Bismarck war damals von seinem petersburger Gesandtschaftsposten auf längere Zeit nach Berlin gekommen und wohnte im Hotel Royal. Hier besuchte ihn Herr v. Unruh, ein hervorragender Parlamentarier von der Oppositionspartei. Bismarck lag, an einem franken Bein leidend, auf dem Bett, ließ ihn aber bitten, einzutreten; er hatte die „Neue preußische Zeitung“ in der Hand und warf dieselbe mit dem Bemerkten auf das Bett: das Blatt habe keinen Funken preußischen Patriotismus, es dringe auf die Unterstützung Oesterreichs gegen Frankreich und Italien durch Preußen. „Oesterreich in diesem Kriege beistehen, wäre ein politischer Selbstmord Preußens — er sei von seiner Sympathie für Oesterreich vollständig zurückgekommen. Oesterreich sinne nur darauf und warte auf eine gute Gelegenheit, Preußen zu ruiniren. . . . Viel dringender als die von Frankreich drohende Gefahr sei die, gegen Oesterreich zu unterliegen. Wenn es uns nicht gelänge, Oesterreich aus dem eigentlichen Deutschland zu entfernen und hier Oesterreich die Oberhand behielte, so würden unsere Könige wieder Kurfürsten, Vasallen Oesterreichs. Müsse es unser Ziel sein, dasselbe aus Deutschland auszuschließen, so könne es uns nur zu gut kommen, wenn Oesterreich zunächst durch Frankreich geschwächt werde<sup>1</sup>.“

Anfangs fand er die preußische Politik in Bezug auf den italienischen Krieg, wie er seiner Gemahlin schreibt, correct, dann aber sah er mit Besorgniß, daß sie „mehr und mehr in das österreichische Kielwasser hineingleite“, und er fürchtete, daß Preußen Oesterreich die Last von der Schulter

<sup>1</sup> v. Unruh, „Erinnerungen aus meinem Leben“. „Deutsche Revue“, Octoberheft 1881. S. 11 ff. Der Verfasser bemerkt, daß die Mittheilung dieses Gespräches nicht den Anspruch der wörtlichen Wiedergabe mache, daß er aber für dessen Richtigkeit dem Sinne nach einstehe.

nehmen und sich selbst in einen Krieg mit Frankreich stürzen werde, den es auch im Falle des Sieges, durch Oesterreich gehindert, nicht werde ausnützen können. „Wie Gott will! es ist hier Alles doch nur eine Zeitfrage, Völker und Menschen, Thorheit und Weisheit, Krieg und Frieden, sie kommen und gehen wie Wassermoggen und das Meer bleibt.“ (2. Juli 1859.) Seine Ansichten in Beschlüsse umzuwandeln war Bismarck damals noch nicht in der Lage; noch war er nicht in leitender Stellung. Zu einer Revision der gegenseitigen Beziehungen ist es damals nicht gekommen.

Einige Jahre später, auf der Durchreise durch Deutschland vom petersburger auf den pariser Gesandtschaftsposten, äußert Bismarck zu Graf Bernsdorff hinsichtlich eines damals vorliegenden Conflictes zwischen Preußen und Hessen, der zur Besetzung Hessens und zum Conflict mit Oesterreich und dem Bundestag hätte führen können: „Daß der Kurfürst einen königlichen Brief auf den Tisch geworfen hat, ist ein wenig geschickter casus belli — wollen Sie aber Krieg, so machen Sie mich zu ihrem Unterstaatssecretär, dann mache ich mich anheischig, Ihnen binnen vier Wochen einen deutschen Bürgerkrieg bester Qualität fertig zu liefern.“ — Bald darauf ist Bismarck für kurze Zeit Gesandter in Paris. — Hier konnte man wohl den Eindruck gewinnen, wie wir aus den Memoiren des Grafen Seherr-Thosz erfahren, daß Bismarck in kleineren Circeln unverhohlen seiner Oesterreich feindlichen Gesinnung Ausdruck gab. — Aus anderen Quellen glaubte der Graf zu wissen, daß Bismarck, der, wie er selbst schreibt, schon so gut wie eingefangen gewesen für das Ministerium, doch abgelehnt habe, weil der König ihm nicht „freie Hand gegen Oesterreich“ habe gewähren wollen<sup>1</sup>. Als dann bald darauf Bismarck wirklich zum Ministerpräsidenten und Minister des Auswärtigen ernannt ist und zu einem Abschiedsbesuche nach Paris zurückkehrt, schreibt ihm der ungarische Graf, der Feind des alten Oesterreich: „Wenn es wahr sei, daß er Oesterreich mit Krieg überziehen wolle, . . . dann könne er auf die redliche und nützliche Mitwirkung Ungarns rechnen“, für diesen Fall stelle er sich ihm zur Verfügung. Zwei Tage darauf, am 2. Nov. 1862, 5 Uhr früh, wird er zu 8 Uhr Morgens zu Bismarck bestellt, so früh, damit diese Zusammenkunft den Spähern des österreichischen Gesandten nicht bekannt werde. „Ihre Voraussetzungen sind richtig,“ sagte ihm Bismarck. „Ich habe mir zum Ziele gesetzt, die Schmach von Olmütz zu rächen, dieses Oesterreich niederzuwerfen, welches uns auf das Unwürdigste behandelt, uns zu seinem Vasallen erniedrigen möchte. — Ich will Preußen aufrichten, ihm die Stellung in Deutschland schaffen, die ihm als rein

<sup>1</sup> Seherr-Thosz sagt: Wir wissen, und meint, wie ich vermuthen möchte, die ungarischen Emigranten. „Deutsche Rundschau“ Bd. 28, S. 64.

deutschem Staate gebührt“ u. — Am folgenden Tage reiste er nach Berlin zurück, um des Amtes, das ihm anvertraut war, zu walten.

In einem Augenblicke hatte er es angetreten und die Leitung und Regierung übernommen, da der preussische Thron umtost war von der zornigen Erregung der Unterthanen, da es galt, seinem Könige zu helfen: im Widerspruch gegen das Abgeordnetenhaus die neue Heeresverfassung durchzuführen — Herbst 1862.

„Ich komme nicht zu Dir,“ hatte er seiner Gemahlin während der Reise auf den pariser Botschafterposten geschrieben, „weil ich erst in Paris Besitz ergreifen will, vielleicht entdecken sie einen anderen Ministerpräsidenten, wenn ich ihnen erst aus den Augen bin. Ich gehe auch nicht nach Schönhausen, alles in Sorge, daß man mich noch wieder festhält“ (23. Mai 1862). Es ist mehr ein Fluchtversuch, den ich mache, als ein neuer Wohnsitz, in den ich ziehe. „Ich bin zu Allem bereit, was Gott schickt.“ „Wenn meine Gegner wüßten,“ schrieb er ihr einige Tage später, „welche Wohlthat sie mir persönlich durch ihren Sieg erweisen würden, und wie aufrichtig ich ihn ihnen wünschte! . . . Du kannst nicht mehr Abneigung gegen die Wilhelmsstraße haben“ (dort lag seine künftige Amtswohnung), „als ich selbst, und wenn ich nicht überzeugt bin, daß es sein muß, so gehe ich nicht. Den König unter Krankheitsvorwänden im Stich lassen, halte ich für Feigheit und Untreue. . . . Soll es sein, dann voran! wie unsere Kutscher sagten, wenn sie die Leine nahmen“ (1. Juni).

Es ist immer ein erfreulicher Anblick, wenn man Jemanden in freudiger und vollendeter Sicherheit eine schwierige Aufgabe vollbringen sieht, — sei es auch einen Seiltänzer; wie anders noch, wo es sich um die große Werdegabe eines großen Volkes handelt, durchgeführt von einem Manne, dem die patriotische Hingabe an den Staat, die Treue gegen König und Vaterland die große Leidenschaft ist, die sein Leben adelt und die sein Leben verzehrt «*patriae inserviendo consumor*».

Mit Hängen und Würgen geht er daran, seine welthistorische Laufbahn zu beginnen. „Ich kann nicht anders!“ — Sich von der Welle tragen lassen!

Nun aber mochten sich seine Gegner hüten: *Take care of that man, he means what he says*<sup>1</sup>, so sagte einer von denen, die seine Größe am frühesten erkannten.

In einer großen Denkschrift vom März 1858, die wohl als sein politisches Testament an seine Nachfolger am Bundestag bezeichnet worden ist<sup>2</sup>, hatte er ausgesprochen: Preußen solle sich „mit Oesterreich in ein

<sup>1</sup> Disraeli (Lord Beaconsfield). Bemerkung Whitmans in: Das kaiserliche Deutschland.

<sup>2</sup> Busch: Unser Reichskanzler I, 342.

klares und sicheres Verhältniß“ setzen, „indem es dem Wiener Cabinet zu verstehen gebe, daß der Beistand Preußens bei eintretenden Gefahren der eines lauen und selbst bedenklichen Bundesgenossen sein werde, wenn Oesterreich sich in seiner deutschen Politik nicht mäßige und mit Preußen verständige“. Nur durch solche Sprache und dem entsprechendes Verhalten dürften sich ehrliche und haltbare Beziehungen zu Oesterreich und nach Umständen ein sicheres Bündniß mit demselben gewinnen lassen.

Jetzt konnte er selbst dieses Testament ausführen — und unmittelbar nach der Uebernahme seiner neuen Stellung macht er sich ans Werk. Schon wenige Tage nach seinem Eintritt ins Ministerium sprach er in einer Sitzung der Budgetcommission jenes berühmte Wort: daß die großen Fragen der Zeit — er meint hier insbesondere die deutsche Frage — nicht durch Parlamentsbeschlüsse gelöst würden, sondern durch Blut und Eisen.

Soll es sein, dann voran! Das galt zunächst für die innere Politik, aber bald auch für das Verhältniß zu Oesterreich. — „Als ich Minister wurde,“ sagte er 17 Jahre später (21. Febr. 1879) in Bezug auf unsere Frage im deutschen Reichstage, habe ich eine . . . politische Aufgabe gehabt . . . „über die ich mir beim Eintritt in den Ministerialdienst völlig klar war: die Auseinandersetzung mit Oesterreich um die Hegemonie in Deutschland. . .“

Anfang December hatte er mit dem österreichischen Gesandten, Grafen Karolyi, die bekannte Unterredung, in welcher er zum ersten Mal mit der großartigen Offenheit seine Pläne darlegte, durch die er wiederholt die Diplomatie verblüfft und die Welt in Erstaunen gesetzt hat — da „man die Schäden in den Beziehungen zwischen den beiden deutschen Großmächten nur durch rückhaltlose Offenheit zu heilen versuchen könne“. In dem gelassenen Tone, sagt Sybel von dieser Unterredung, in welchem ein Geschichtschreiber die Ereignisse alter Zeiten berichtet, erzählte hier Bismarck dem Grafen die Geschichte der deutschen Zukunft. „Unsere Beziehungen zu Oesterreich,“ sagte er, „müssen entweder besser oder schlechter werden“ — die erste Alternative sei sein aufrichtiger Wunsch. Es sei aber ein bedenklicher Irrthum, wenn Oesterreich meine, in einem für Oesterreich gefährlichen Kriege werde Preußen unter allen Umständen Oesterreichs Bundesgenosse sein; sollten sich alte intimere Verhältnisse nicht wieder anknüpfen lassen, so sei unter ähnlichen Verhältnissen wie 1859 im italienischen Kriege ein Bündniß Preußens mit einem Gegner Oesterreichs so wenig ausgeschlossen als im anderen Falle eine treue und feste Verbindung der beiden Großmächte gegen gemeinschaftliche Feinde. Oesterreich könne ja seinen Schwerpunkt nach Ofen verlegen<sup>1</sup>.

<sup>1</sup> Nur in dem österreichischen, nicht in dem preussischen officiellen Bericht stehen diese Worte, sie sind aber wohl nicht dementirt; Sybel nimmt sie als gesprochen an. Siehe Biedermann a. a. O. II, 357, Anm.

Oesterreich habe also die Wahl zwischen Fortsetzung seiner preußensfeindlichen Politik in Deutschland und ehrlicher Verbindung.

Ehrliche Allianz oder Krieg, so wie ihr in Gefahr seid!

Nur wenige Monate später, und es bot sich die Gelegenheit, den Krieg gegen Oesterreich mit mächtigster Bundesgenossenschaft aufzunehmen. Es war die Zeit des polnischen Aufstandes 1863, während dessen Bismarck trotz aller Anfeindung, die er dafür zu dulden hatte, fest mit Rußland zusammenhielt, wodurch er das gute Verhältniß zwischen Preußen und Rußland für die folgenden Jahre befestigte. Die russische Armee war in Folge der Einnischung Englands, Oesterreichs und Frankreichs gerüstet, und „heftig drängte,“ sagt Sybel, „der Strom der nationalen Begeisterung in Rußland darauf, das feste Dreinreden der Mächte mit dem Schwert in der Faust zu bestrafen.“ Da legte Kaiser Alexander II. in einem eigenhändigen Schreiben dem Könige Wilhelm den Antrag zu gemeinsamer Kriegserklärung gegen Frankreich und Oesterreich vor. In Oesterreich war keine Spur von Rüstung vorhanden, es konnte rasch niedergeworfen werden; aber freilich dann — dann wäre die Hauptlast des französischen Krieges auf Preußen gefallen, und dieses hätte schließlich einen Frieden annehmen müssen, wie es Rußland und Frankreich thaten. „Rußland würde,“ wie Bismarck sagte, „beim Friedensschluß am längeren Hebelarm sitzen.“

König Wilhelm war sofort für die Erhaltung des Friedens entschieden. Nach einem von Bismarck eigenhändig entworfenen Concept, welches die Gründe der Ablehnung mit voller Offenheit aussprach, schrieb er die Antwort. „Auf preußischer Seite hat damals, außer dem Könige und Bismarck, kein Mensch von dem Vorgange etwas erfahren.“ Es sei hier erwähnt, was Delbrück in dem oben citirten Artikel über diese Sache äußert: „Je sicherer Bismarck die Nothwendigkeit des österreichischen Krieges vor Augen sah, desto großartiger muß uns die Abweisung dieser wahrlich nicht wenig verführerischen Versuchung erscheinen. . . Ein Bund mit Rußland war an sich dem Könige etwas Sympathisches, wie viel mehr als später der italienische! und eine treffliche Handhabe ihn fortzureißen, wo er etwa Bedenken hatte. Wäre Bismarck damals noch der bloße Borusse gewesen, der aus Preußen ein Groß-Preußen machen wollte: das russische Anerbieten hätte ihm gewaltig in die Augen stechen müssen. Aber er war bereits mehr. Jene (innere) Umwandlung, die das Specificische seiner Größe ausmacht, das Herausbrechen des Staatsmannes einer werdenden großen Nation war längst vorbereitet, und in verschwiegenen Briefen waren jene Aussprüche niedergelegt: von dem Moment, wo das Wort „deutsch“ statt preußisch auf unsere Fahnen

<sup>1</sup> Sybel II, 519.

geschrieben werden sollte (12. Mai 1859), und: „Wenn ich einem Teufel verschrieben bin, so ist's ein teutonischer.“<sup>1</sup> Es mag in König Wilhelm, meint Sybel, doch eine Stimmung eigener Art wachgerufen haben, als er, wenige Wochen nachdem er das russische Bündniß gegen Oesterreich abgelehnt, bei einer Zusammenkunft mit Kaiser Franz Joseph durch eine ohne Vereinbarung mit Preußen, ohne Vorwissen Preußens vorbereitete Einladung zu einem Congreß deutscher Fürsten in Frankfurt am Main überrascht wurde, mit dem man Preußen gleichsam überrumpeln wollte, um hier Deutschland in österreichischem Sinne umzugestalten. Bei der Entschiedenheit Bismarcks in dieser Sache lehnte König Wilhelm die Einladung ab, und durch seine Weigerung, an diesem Congreß Theil zu nehmen, mußte die Versammlung resultatlos bleiben. — Die Spannung zwischen den Großmächten wuchs. Der Versuch Oesterreichs, Preußen durch eine solche Action unvermuthet auf das österreichische Geleise hinüberzuziehen, war gescheitert, und die Erinnerung daran trat bald zurück unter dem Rärm der Waffen.

Oesterreich und Preußen, die beiden seit 1848 gespannt einander gegenüberstehenden Gegner, ziehen Schulter an Schulter zu gemeinsamem Kampf in den Krieg gegen Dänemark aus. Es war der politischen Meisterschaft des gewaltigen preußischen, jetzt schon deutschen Staatsmannes gelungen, Oesterreich, das mißgünstige, soeben noch bei dem Fürstentage Preußen bei Seite schiebende Oesterreich, von den Mittelstaaten zu trennen und zur Allianz mit Preußen, zu einem gemeinsamen Vorgehen mit Preußen zu bewegen. Jetzt — jetzt hatte Bismarck „Oesterreich auf das preußische Geleise“, in die preußische Gefolgschaft hinübergezogen; es mußte Preußen helfen Deutschland zu beschirmen und sich damit an die Spitze Deutschlands zu schwingen, oder es mußte, nachdem einmal diese Bahn betreten war, seinerseits sich Preußen gerade dort, wo dieses deutsch-nationale Ziele verfolgte, entgegenwerfen, um Preußen zu hindern die Frucht gebrachter Opfer zu pflücken. Damit war vielleicht die einzig denkbare Situation geschaffen, in der König Wilhelm dazu gebracht werden konnte, den Krieg zu beginnen, und in der Erreichung dieser Möglichkeit, wie darin, daß Oesterreich jetzt leicht in die Lage kommen konnte, entweder Preußen die Führung Deutschlands überlassen zu müssen, oder sich als einen Gegner nicht nur Preußens, sondern auch Deutschlands zu offenbaren, lag der ungeheure Erfolg dieses Schachzuges. — Viele Jahre später sagte Bismarck von dem, was ihm da-

<sup>1</sup> Vollständig heißt die Stelle: „Uebrigens sind meine politischen Liebhabereien im Frühjahr bei Hof und Ministern so genau gesiebt worden, daß man klar weiß, was daran ist, und wie ich gerade im nationalen Aufschwung Abwehr und Kraft zu finden glaubte. Wenn ich einem Teufel verschrieben bin, so ist es ein teutonischer und kein gallischer“ (16. Juni 1860).

mals gelungen: „Das ist die diplomatische Action, auf die ich am meisten stolz bin. Gleich nach dem Tode des Königs von Dänemark dachte ich an die Eroberung Schleswig-Holsteins. Aber es war schwer zu vollziehen. Alles war gegen mich: Oesterreich, die Kleinstaaten, die Damen unseres Hofes, die Liberalen, die Engländer. Napoleon widersetzte sich nicht; er dachte uns dadurch zu verbinden. Selbst der König wollte lange nichts davon hören. Wir hielten damals einen Staatsrath, bei welchem ich die längste Rede losließ, die ich je gehalten habe, und meinen Zuhörern Dinge vortrug, die ihnen überspannt und unmöglich erschienen sein müssen. Nach ihren erstaunten Mienen zu schließen, vermutheten sie wirklich, daß ich beim Frühstück zu viel Wein getrunken hätte!.“ — Mit dem vollen Bewußtsein, daß diese Allianz den Keim der Zwietracht in sich berge, hatte Bismarck sie geschlossen. Er verbürge sich dafür, soll<sup>2</sup> er damals im Ministerrath geäußert haben, aus dieser Action die Mittel zu entnehmen, Oesterreich aus Deutschland hinauszubringen. — Man erschrickt über solche Absicht bei einer Allianz und söhnt sich erst damit etwas aus in dem Gedanken, daß ein Verdrängen Oesterreichs bedeutete: es dazu zu bringen, sei es in Freundschaft, sei es in Krieg, das Nothwendige endlich zuzugestehen und die Basis anzuerkennen, auf der die Gegner ehrliche Bundesgenossen werden könnten.

Eine Zeit lang gab Bismarck die Hoffnung noch nicht auf, daß die österreichische Regierung durch die gemeinsame Kriegführung, die Machtstellung, welche die Allianz den Verbündeten in Europa gab, und die Vortheile einer gemeinsamen „activen Politik“, wie er sich ausdrückt, vielleicht doch noch im Frieden bewogen werden könne, eine solche — neue Basis zu acceptiren und sich zu überzeugen, daß dieses Bündniß mit Preußen ihm schließlich mehr werth sei, als die Aufrechterhaltung seiner Ansprüche und

<sup>1</sup> Wilhelm Müller: Fürst Bismarck, S. 88. Eine andere Aeußerung Bismarcks darüber bei Busch: Unser Reichskanzler I, 400. Ueber die Bedeutung der Action s. Syb. III, 159 ff. aber auch Rechbergs Aussage III, 399. S. auch Duden, Zeitalter des Kaisers Wilhelm I. 492. Ueber Oesterreichs Ziele s. Syb. III, 161 ff., 174, 197 ff., 351 f., 375, 399. Biedermann a. a. D. II, 387.

<sup>2</sup> Ich hebe dieses soll nachdrücklich hervor. In einem Artikel Constantin Kößlers in der Zeitung „Post“ vom 25. April 1890 heißt es: „Alle Theilnehmer jener großen Ereignisse erinnern sich einer Tradition, welche sich schon zu Anfang 1864 verbreitete. Danach habe Bismarck auf den Einwand seiner Collegen, man werde durch die gemeinsame Action mit Oesterreich gegen Dänemark dessen Mitherrschaft in Deutschland befestigen, die man doch beseitigen möchte, erklärt: er verbürge sich, daß er aus dieser Action die Mittel entnehmen werde u. s. w. Also eine Tradition! ein Wort anders — etwa statt: entnehmen werde — entnehmen könne, und der Sinn wird schon ein viel weniger bedenklicher und milderer; so habe ich im Text die Aeußerung etwas abgeschwächt.“

seiner bisherigen Stellung in Deutschland. Freilich sah er das — wie schon früher gesagt — als einen wahrscheinlich vergeblichen Versuch an; und der Versuch mißglückte. Bei seinen alten Anschauungen beharrend, im Gefühl, von Preußen ausgenutzt zu werden, konnte Oesterreich sich in der Allianz nicht wohl fühlen und begann in ihr zu schwanken, und leider hat die preußische Regierung — so entschieden man in Berlin von Oesterreich Allianztreue verlangte und so empört man im Verlaufe des aus dieser Allianz hervorstrebenden schweren Conflictes über das unzuverlässige und schwankende Benehmen Oesterreichs war — sich auch ihrerseits, schon gleich im Anfang der gemeinsamen Action, nicht von Schritten freigehalten, die zwar in Wien nicht bekannt wurden, die aber gerade für diejenigen, die Preußens große Sache rein erhalten sehen möchten, höchst unbehaglich sein mußten und sich mit einer intimen Bundesgenossenschaft schlecht vertrugen<sup>1</sup> und in Wien hätten erbittern müssen.

Die in Deutschland heiß ersehnte Befreiung Schleswig-Holsteins von Dänemark aber, die wurde durch die gemeinsame Action der beiden deutschen Großmächte erreicht. So klug die Sache eingeleitet, so kühn und verwegen wurde sie Dänemark gegenüber geführt, indem Bismarck Alles auf die Karte dänischer Hartnäckigkeit setzte<sup>2</sup>, ohne die sein Spiel verloren war; er wußte doch auch hier, daß nicht er das Rad der Weltgeschichte leite und daß er von der Welle getragen ward.

„Sie sehen,“ schrieb er genau vier Monate später, in den Tagen einer wichtigen Entscheidung über Schleswig-Holsteins Zukunft und damit über den Erfolg seiner Politik, „wie ich nach Menschenwitz die Sache auffasse; im Uebrigen steigert sich bei mir das Gefühl des Dankes für Gottes bisherigen Beistand zu dem Vertrauen, daß der Herr auch unsere Irrthümer zu unserem Besten zu wenden weiß; das erahre ich täglich zu heilsamer Demüthigung.“ (16. Mai 1864.)

Als dann der Kampf gegen Dänemark zum Streit um das gemeinsam errungene Schleswig-Holstein und weiter zum Streit um die Neugestaltung Deutschlands führt, da ist es ein hartes Ringen; oft eine schwere Zeit im Leben des bestgehaßten Mannes in Deutschland, in der er dennoch, den Blick hinausgerichtet in die Zukunft und im Glauben an sie, „festgewurzelt in der Ueberzeugung von der inneren Güte und dem nationalen Werth seiner Sache“, wohl das prophetisch siegesfreudige Wort hinausgerufen hat, daß er dereinst der populärste Mann in ganz Deutschland sein werde. Mit-

<sup>1</sup> Ich meine hier die mit Frankreich während der Londoner Conferenz gepflogenen Verhandlungen, Sybel III, 294 ff. und S. 301—315, und den Befehl Bismarcks über Gewährlassen der augustenburger Agitation (Syb. III, 312). Näheres in Artikel IV.

<sup>2</sup> Siehe Biedermann im oben citirten Werke: II, 388, 401 f. u. Anm.

unter ist er aber auch furchtbar in seiner siegesgewissen Schonungslosigkeit gegen den Feind. — In kühl geschäftlicher Weise behandelt er die Allianz mit Oesterreich als ein Mittel für seine Zwecke: Er halte das österreichische Bündniß nicht für ausgenutzt, schreibt er dem Gesandten in Paris und glaube, daß Preußen, indem es in Wien die Regierung zwischen der Hoffnung auf Beistand und der Furcht vor dem Uebertritt auf Seite der Gegner Oesterreichs erhalte, bessere Geschäfte mache, als wenn es Oesterreich ohne Noth zwingt, sich auf einen unwiderruflichen Bruch einzurichten. — Preußen hat die Hand auf dem gemeinsam eroberten Schleswig-Holstein und ist entschlossen, was es dort braucht, sich nicht entreißen zu lassen. — „In dieser Schleswig-Holsteinschen Sache,“ klagt man in Oesterreich, „wollt ihr auch nie das Geringste nachgeben.“ Man hat bei dem Verhalten Bismarcks mitunter etwas von dem Gefühl, als ob man sähe, wie die Katze mit ihrem Opfer spielt. *Beati possidentes!* seht zu, wie ihr zu eurem Rechte kommt! Erfreut euch doch der Vortheile des gemeinsamen Besitzes, den wir vorläufig geordnet haben, von dem wir aber beide überzeugt sind, daß er euch schließlich aus den Herzogthümern hinauswirft. Von jenem Versöhnenden, das in der Anerkennung des vom Gegner zu bringenden Opfers liegt — keine Spur.

In den glatten Formen diplomatischen Verkehrs, dazwischen mit dem halb spöttischen Lächeln des flotten Scherzes, führt Bismarck wohl die Unterhaltung mit dem österreichischen Gesandten, führt er die tief verletzenden Hiebe des Kämpfers auf dem Schlachtfelde<sup>1</sup>.

Die Politik ist Krieg — nur mit anderen Waffen, Kampf auf Leben und Tod, und muß als solcher geführt werden. So ist Bismarck der Gewaltige! Hart, rücksichtslos, jeden Vortheil erspähend, jeden mit eisernem Griff haltend, unbarmherzig den widerstrebenden Feind niederringend — bis er ihn am Boden hat; hinter den feinen Formen — höflich gegen den Feind, bis an die Stufen des Schaffots — lauert wohl die Wildheit überwältigender Naturkraft. Da ist er der „Königstiger“, nicht die zahme „Hauskatze“ — da erinnert er an den altgermanischen Riesen, der dem Gegner in die Wunden greift und sie auseinanderreißt, aber — so wie er ihn am Boden hat, den Feind, sofort: maßvoll, großmüthig, schonend, wie bei der Verhandlung vor Sedan, wie auf dem Schlachtfelde von Königgrätz<sup>2</sup>. Gemildert wurde das Verletzende, das in diesem Verhalten liegt, dadurch, daß der Minister, wie sein König, von der tiefen, durch die Geschichte gerechtfertigten Ueberzeugung getragen sind: sie seien es ihrem Staate und Deutsch-

<sup>1</sup> Ich habe hier die Unterredung mit Karolvi im Auge, *Syb.* IV, 57 ff.

<sup>2</sup> Ob das inneren Feinden ebenso gilt? — Siehe darüber die Bemerkungen Whitmans: Das kaiserliche Deutschland Deutsch von Alexander S. 46 u. 47 und S. 107 ff.

land schuldig, vorwärts zu gehen und die bestehenden Schäden zu heilen, auch — durch Blut und Eisen.

Und endlich nahte die Entscheidung. Ein Glück für Deutschland, wenn sie kurz und wenn sie vollständig war.

Es war — wie Sybel sagt — „die entscheidende Epoche in Bismarcks mächtigem Lebensgang“.

Wie war er selbst ein anderer geworden im Laufe der Jahre! Vierzehn Jahre früher, da hatte er von Frankfurt am Main aus seiner Gemahlin geschrieben: „Vorgestern war ich zu Mittag in Wiesbaden . . . und habe mit einem Gemisch von Wehmuth und altfluger Weisheit die Stätten früherer Thorheit angesehen. Möchte es doch Gott gefallen, mit seinem klaren und starken Weine dies Gefäß zu füllen, in dem damals der Champagner ein- undzwanzigjähriger Jugend nutzlos verbrauchte und schale Reigen zurückließ. . . . Wie hat meine Weltanschauung doch in den 14 Jahren seitdem so viele Wandlungen durchgemacht, von denen ich immer gerade die gegenwärtige für die rechte Gestaltung hielt, und wie vieles ist mir jetzt klein, was damals groß erschien, wie vieles jetzt ehrwürdig, was ich damals verspottete! Wie manches Laub mag noch an unserem inneren Menschen ausgrünen, schatten, rauschen und werthlos welken, bis wieder 14 Jahre vorüber sind, bis 1865, wenn wir's erleben.“ (3. Juli 1851.)

Und gerade 14 Jahre später ist es — in der Zeit der reisenden großen Entscheidung, da schreibt er am zweiten Weihnachtstage 1865 jenen Herz und Vertrauen gewinnenden, bekannten, herrlichen Brief an André Roman; es mag ihn Jeder selbst nachlesen: „Als Staatsmann bin ich nicht einmal hinreichend rücksichtslos, meinem Gefühl nach eher feig, und das, weil es nicht leicht ist, in den Fragen, die an mich treten, immer die Klarheit zu gewinnen, auf deren Boden das Gottvertrauen wächst. Wer mich einen gewissenlosen Politiker schilt, thut mir Unrecht; er soll sein Gewissen auf diesem Kampfplatze erst selbst einmal versuchen.“ . . . „Wenn ich mein Leben an eine Sache setze, fährt er in anderem Zusammenhange fort, so thue ich es in demjenigen Glauben, den ich mir in langem und schwerem Kampfe, aber in ehrlichem und demüthigem Gebet vor Gott gestärkt habe und den mir Menschenwort, auch das eines Freundes im Herrn und eines Dieners seiner Kirche nicht umstößt.“

Eben jetzt brannte ihm der Boden unter den Füßen. Genau einen Monat nach diesem Briefe hatte er die peremptorische Frage an Oesterreich gerichtet, ob es auf seine bisherige Politik in Schleswig-Holstein, die aggressive Begünstigung der augustenburger Demonstrationen, oder auf die preußische Freundschaft verzichten wolle. Die Antwort war eine entschiedene Zurückweisung. „Der Depeschenwechsel über die bisherige Streitfrage war damit

zu Ende und ebenso die österreichisch-preußische Allianz.“ Der Versuch, durch eine Allianz mit Oesterreich die deutsche Frage zu lösen, war gescheitert, d. h. er war — wie Bismarck später dem italienischen General Gobone sagte — genau so ausgefallen, wie er es vorausgesehen. — Einige Wochen nach dem Empfang der erwähnten österreichischen Antwort — und es waren wohl heiße Wochen, am 28. Febr. 1866, war großer königlicher Ministerrath in Berlin. „Wir wollen,“ sagte König Wilhelm, der die Verhandlung mit einem kurzen Vortrag einleitete, „keinen Krieg provociren, aber wir müssen auf unserem Wege vorwärts gehen, ohne vor einem Krieg zu schaudern.“ — Jetzt erklärte Bismarck: der Krieg mit Oesterreich werde jedenfalls erfolgen müssen; es sei klüger, in der jetzigen vortheilhaften Lage ihn zu unternehmen, als es Oesterreich zu überlassen, sich die günstige Stunde auszusuchen. . . . „Der Bruch ist vorhanden.“ Die Minister stimmten alle, wenn auch nicht mit gleicher Entschiedenheit, bei.

Moltke erhielt das Wort: Die unerläßliche Bedingung für einen voraussichtlich sicheren Erfolg sei: daß Italien — mit dem man schon in Unterhandlung stand — ja das sehnsüchtig auf Preußens Vorgehen wartete, wirklich losschlage. Zuletzt stimmte der Kronprinz, — er beharrte bei seiner schon früher ausgesprochenen Ansicht: der Krieg sei ein Bruderkrieg und die Einmischung des Auslandes in denselben gewiß.

Der König entschied auch jetzt noch, daß zunächst nur diplomatische Einleitungen zu treffen seien. Seine Schlußworte waren — Moltke hat sie aufgezeichnet: Er wünsche den Frieden, sei aber, wenn es so sein müsse, zum Kriege entschlossen, welchen er, nachdem er Gott gebeten, ihm den rechten Weg zu zeigen, für einen gerechten halte<sup>1</sup>.

Also: Bündniß mit Italien gegen Oesterreich! Ich halte es für richtig, wenn Biedermaun davon sagt: Vor seinem eigenen Gewissen — als Preuze und als Deutscher — mochte sich Bismarck hierin wohl für gerechtfertigt halten, war doch Oesterreich eine . . . in seiner ganzen Politik durch außerdeutsche Interessen geleitete Macht<sup>2</sup>. — Er hatte es ja den Oesterreichern vor vier Jahren ganz ausdrücklich angekündigt: so werde er handeln!

Was der Entschluß zum Kriege bedeutete, versteht man nur recht, wenn man erwägt, welches Wagniß Preußen damit unternahm und wie gefährlich die Lage war, trotzdem daß Bismarck noch die Gunst der Situation glaubte hervorheben zu dürfen.

Wohl gelang es der energischen Staatskunst Bismarcks einen festen Vertrag mit Italien abzuschließen, der dieses nicht nur zwang, mit Preußen loszuschlagen, sondern auch bei Preußen auszuharren, und doch die

<sup>1</sup> Syb. IV, 280 ff.

<sup>2</sup> a. a. O. II, 420.

Entscheidung über Krieg und Frieden, die König Wilhelm nicht aus den Händen geben wollte, in dessen Händen ließ. Aber Napoleon, obgleich er zunächst Neutralität zugesagt, ja an Preußen mit Bündnißanerbietungen herantrat, stand lauernd und zum Kriege treibend an der Grenze. Bei der Ueberzeugung in Frankreich, „daß die Einigung Deutschlands ein Vergehen gegen Europa sei und daß Frankreich sie hindern müsse,“ eine Ueberzeugung, die Thiers, unter dem Beifallsturm aller Parteien, in der Kammer eben jetzt am 3. Mai aussprach, wollte Frankreich, und durfte Napoleon, unsicher auf seinem Thron, die Einigung Deutschlands ohne Concessionen an Frankreich nicht zulassen; und es ist ja bekannt, wie die französische Regierung mitten im Kriege mit Gebietsforderungen hervortrat. Nur Bismarcks augenblickliche Entschlossenheit, den Doppelkrieg aufzunehmen oder mit Oesterreich auf jede Bedingung Frieden abzuschließen und dann mit ihm vereinigt gegen Frankreich zu marschiren, sein entschiedenes Wort: daß das der Krieg sei, hat den Forderer zurückgeschreckt. Zimmer zweideutig, war Napoleon jetzt hinterlistiger denn je, und während er eine preußenfreundliche Miene annahm und Preußen vorwärts trieb, schloß er mit Oesterreich einen Geheimvertrag, der ihn in den Stand setzte, Venetien, den Preis des Kampfes für Italien, den Italienern ohne Kampf anzubieten, um Italien von Preußen loszureißen. Die Entscheidung schwebte mehrmals an einem dünnen Faden; nur die ehrenwerthe Vertragstreue und der Nationalstolz der italienischen Regierung vereitelte dieses Spiel. Aber wie, wenn es gelang! — Leicht hätte Preußen hier allein — ohne Italien — Oesterreich, Deutschland und Frankreich gegenüberstehen können und sich dann das Gesetz der Uebermacht gefallen lassen müssen. Es konnte auch jetzt, wie in dem großen Krieg der 7 Jahre, ein Kampf mit einer Uebermacht auf Leben und Tod sein. Siegte Preußen auch, so mußte es immer noch gefast sein, daß ihm die anderen Mächte in den Arm zu fallen und die Frucht des Sieges zu entreißen suchten, der in Frankreich verbreiteten und auch sonst gehegten Anschauung folgend, daß Deutschland nicht das Recht habe, seine Verfassung selbständig zu ändern. Der Ansat zu dazu ist auch gemacht worden, und nicht nur das Eingreifen Frankreichs, sondern auch ein Eingreifen Rußlands und Englands hat während des Krieges die preußischen Erfolge zu schmälern gedroht. — Wenn Bismarck trotz alledem den Entschluß zum Kriege nicht als Waghalsigkeit und die preußische Politik nicht für ein verwegenes gewagtes Spiel<sup>1</sup> ansah, die endgiltige Entscheidung stand nicht bei ihm, sondern bei seinem Könige. „Nach seinen Jugenderinnerungen“ — so zeichnet Sybel des Königs Stellung zur Kriegsfrage — „war er von Herzen zu einer warmen Freundschaft mit

<sup>1</sup> 6. April 1867 dem Abgeordneten Duncker gegenüber, Horst Kohl: Bismarck-Regesten.

dem österreichischen Herrscherhause geneigt. . . . nur forderte er dabei volle Gegenseitigkeit, die Gleichberechtigung Preußens und Oesterreichs.“ . . . „Einen Krieg gegen Deutsche nur im Falle rechtloser Angriffe auf Preußen — ich muß hier einschalten: oder dessen, was er so ansah — und nicht offensiv zur Neugestaltung des Bundes zu beginnen, dieser Beschluß stand in seiner Seele fest.“ — „Wenn nöthig, war er zum Kriege gegen Oesterreich so fest wie irgend ein Mensch entschlossen, aber es war für ihn ein eben so schwerer wie schmerzlicher Entschluß. Er sagte sich mit sicherer Deutlichkeit, daß er an einem Wendepunkte der preußischen Geschichte stehe und im Begriff sei, von dem bisherigen, vielfach eingeeengten, aber festen Boden hinweg einer hoffentlich glorreichen, einstweilen aber unsicheren und gefahrvollen Zukunft entgegenzuschreiten. Vor Allem aber hatte er in seinem tiefen Pflichtgefühl das Bewußtsein der unermesslichen Verantwortlichkeit, welche mit der Macht der Entscheidung auf sein königliches Haupt gelegt war.“ . . . „Unerbitterlich war sein Entschluß, lieber durch Verzögerung des Bruches es auf etwas schwerere Opfer zu wagen, als vor Erschöpfung des letzten friedbringenden Mittels zum Schwerte zu greifen“<sup>1</sup>. Nun aber stieß er in der Beurtheilung der Unausweichlichkeit der Entscheidung mit seinem Minister auf einander.

In diesem Zusammenhange, bei dem Bericht über die Verhältnisse vor dem großen Ministerrath, stehen die Worte bei Sybel „zwischen dem Könige und seinem ersten Rathgeber gab es oft harte Auseinandersetzungen und schwere Stunden“, Sybel deutet hier auch auf die sonstigen Einflüsse hin, welche in dem königlichen Palast nach der einen oder anderen Richtung thätig waren, weist es aber ab, darauf einzugehen. „Der Bruch ist vorhanden,“ hatte Bismarck im Ministerrath erklärt; er rang mit seinem Könige um die Entscheidung, die jetzt aufzunehmen und herbeizuführen er hier für geboten hielt. Wo er es für geeignet und die Miene des Vertrauens gegen den Angeredeten und des Hasses gegen Oesterreich für angebracht hielt, sprach er sich in unumwundener und schroffster Weise über seine Absichten, ja selbst über seinen Kampf mit dem Könige aus: Bismarck suche, berichtet am 3. April Benedetti, der französische Botschafter in Berlin, durch sein Verhalten in den inneren Angelegenheiten größere Kraft zu gewinnen, um „mit oder ohne die freiwillige Zustimmung seiner Majestät den Erfolg seiner äußeren Politik zu sichern“. „Gestern sagte er mir:“ schreibt er, „Es ist mir gelungen, einen König von Preußen dazu zu bringen, die intimen Beziehungen seines Hauses zum österreichischen Kaiserhause zu brechen, einen Allianzvertrag mit dem revolutionären Italien zu schließen<sup>2</sup>, sich auf eventuelle Arrangements mit dem kaiserlichen Frankreich einzulassen

<sup>1</sup> Sybel II, 285 f. und IV, 275.

<sup>2</sup> Der förmliche Abschluß erfolgte erst eine Woche später.

und in Frankfurt den Antrag auf Umgestaltung des Bundes unter Hinzuziehung einer Nationalversammlung zu stellen. Ich bin stolz auf einen solchen Erfolg; ich weiß nicht, ob es mir vergönnt sein wird, die Früchte davon zu pflücken; aber, wenn der König mich preisgibt, so werde ich doch den Boden vorbereitet haben, indem ich einen Abgrund zwischen Oesterreich und Preußen grabe, und die liberale Partei wird, wenn sie zur Macht gelangt, die Aufgabe vollenden, die ich mir gestellt hatte.“<sup>1</sup> Bismarck mag hier absichtlich die Farben stark aufgetragen haben — es ist doch nicht nur ein Schein, den er erweckte, es ist auch ein Zeugniß von dem, was er wollte. Es war die zuversichtliche, fast möchte man sagen triumphirende Ankündigung dessen, was unmittelbar bevorstand.

Unterdessen begannen von beiden Seiten die Rüstungen, Oesterreich ging voran, Preußen folgte langsam Schritt vor Schritt. Schon war es bitterer Ernst. Auch Italien hatte gerüstet, denn schon war gleich nach dem Beginne der Rüstungen das in Aussicht genommene Bündniß zwischen Preußen und Italien geschlossen worden, am 8. April. Gleich am Tage darauf, am 9. April, ward endlich der Vorhang aufgezo-gen und durch den Antrag Preußens auf Bundesreform und Berufung eines aus allgemeinen und directen Wahlen hervorgehenden deutschen Parlamentes jener Schritt gethan, der mit einem Schlage an Stelle der kleinen schleswig-holsteinischen Frage die große Frage um den Neubau Deutschlands treten ließ. Es war wieder ein großer Zug in Bismarcks Politik, daß er um diese, nicht um jene die Entscheidung eintreten ließ. Deutlich sollte es zu Tage treten, daß um Deutschlands Zukunft die eisernen Würfel fielen. Dem ersten Schritte folgte nach zwei Monaten der Rüstung, als Oesterreich seinen Streit mit Preußen vor den Bund gebracht hatte, am 10. Juni der zweite, in dem Antrage: die Neuordnung Deutschlands unter Ausschluß Oesterreichs zu vollziehen.

Bundesreform und ein deutsches Parlament! Erstaunen, ja „allgemeine Verblüffung“, besorgtes Mißtrauen war die erste Wirkung dieses Schrittes in Deutschland wie in Europa. „Wie? dieser Heros der Reaction, der Führer der extremsten Junkerpartei von 1848, der Vernichter und Unterdrücker des preußischen Landtags, er sollte die aufrichtige Absicht haben, dieses Ideal der liberalen Hoffnungen zu erfüllen! Man konnte sich nicht entschließen, den Antrag ernst zu nehmen, kein Mensch wollte es glauben“ — er erschien als ein „Danaergeschenk“, als elende Popularitätshascherei, als ein „Schelmenantrag“. „Ein tobender Ruf der Verwerfung erhob sich in allen deutschen Gauen.“ Besorgt erwog man an den deutschen Höfen, welche verderblichen Pläne hinter demselben lauern möchten. Einige hielten

<sup>1</sup> Benedetti: *Ma mission en Prusse* S. 95. S. auch S. 120.

ihn für gleichbedeutend mit einer Kriegserklärung gegen Oesterreich, in England und Rußland nahm man an dem allgemeinen Stimmrecht des Antrags schweren Anstoß, und wenn auch Kaiser Napoleon gerade durch diese Seite desselben erfreut war, so wurde er doch von allen Seiten bestürmt, dem ehrgeizigen, Frankreich gefährdenden Treiben Preußens entgegenzutreten'. „Dem Manne aber,“ sagt Sybel, „auf dessen Haupt sich alle diese Schmähungen und Drohungen häuften, war es, als wäre nichts geschehen. Seine Feinde jubelten über das Fiasco, welches sein Reformantrag gemacht hatte; er blieb unerschüttert in dem Entschlusse, entweder zu Grunde zu gehen, oder sein Vaterland zu neuer Größe emporzuführen.“

Außer des Königs Ueberzeugung und den Einflüssen des Hofes waren gegen Bismarck ein großer Theil seiner alten Parteigenossen, die Volksvertretung des eigenen Landes, die öffentliche Meinung von beinahe ganz Deutschland. Leider hatte Bismarck, sei es, weil er es verschmähte, sei es, daß er es nicht konnte, erst spät durch den Antrag einer Bundesreform dem Kriege den Charakter eines Kampfes um die höchsten Güter der Nation gegeben, zu spät, um das Vertrauen der Nation zu gewinnen und das Mißtrauen gegen ihn und seine ganze Politik zu überwinden, und so wurde der Krieg nicht als schmerzliche Nothwendigkeit angesehen und empfunden, sondern erschien den Meisten als bloßer Cabinetkrieg, angefaßt durch den Ehrgeiz einer einzelnen Dynastie oder eines einzelnen Staates, ja eines einzelnen Mannes. Das Abgeordnetenhaus verweigerte der Regierung die Mittel zur Kriegführung (so lange der Verfassungsconflict noch nicht beendet sei); in Preußen und außerhalb Preußens im übrigen Deutschland wurde laut gegen den Bruderkrieg protestirt, gegen den Bruch des Landfriedens, „dessen Schuld wie ein Fluch auf das Haupt seiner Urheber zurückfallen werde“. Mit Recht ist bei der Charakteristik dieser Verhältnisse gesagt worden<sup>1</sup>: „kaum weniger als Alles war gegen Bismarck . . . er stand mit seinen

<sup>1</sup> Nach Syb. IV, 323 ff., bei. 327.

<sup>2</sup> Schon 1859 in der oben erwähnten Unterredung mit Herrn von Unruh sagte Bismarck: Preußen sei vollständig isolirt. Es gäbe nur einen Allirten für Preußen, wenn es denselben zu erwerben und zu behandeln verstünde. „Ich fragte begierig,“ erzählt v. Unruh, „welchen Allirten Bismarck meine? Er antwortete: das deutsche Volk! — Ich mag wohl ein etwas verblüfftes Gesicht gemacht haben. Bismarck lachte; darauf sagte ich ihm, daß ich über den Ausspruch selbst nicht verwundert sei, sondern darüber, denselben aus seinem Munde zu hören. „Nun, was denken Sie denn,“ erwiderte Bismarck, „ich bin noch derselbe Junker, wie vor 10 Jahren, als wir in der Kammer uns kennen lernten, aber ich müßte kein Auge und keinen Verstand im Kopfe haben, wenn ich die wirkliche Lage der Verhältnisse nicht klar erkennen könnte.““ (Deutsche Revue, Octoberheft 1881, S. 12.)

<sup>3</sup> Von Biedermann a. a. O. II, 44 f., dem ich hier auch in den vorausgehenden Zeilen gefolgt bin.

Plänen und Rathschlägen fast allein, auf ihm lastete die ganze Verantwortlichkeit eines ungeheuren Krieges, in den er Preußen und Deutschland hineinzog; es läßt sich denken, wie erregt und bewegt Bismarcks Gemüth damals war.“ Wohl mochten, wie es bei starken leidenschaftlich-troztigen Naturen wohl zu sein pflegt, alle die Kämpfe, die er zu bestehen, die Angriffe, die er zu erfahren hatte, ihn reizen, mit um so ingrimmigern Eifer, ihnen zum Trozt, dem einmal ins Auge gefaßten, klar erkannten Ziele zuzustreben. So mögen sie sich denn an mir ärgern! Aber wie sehr mußte er dann wieder dessen bedürfen, von Herzen sprechen zu können, was er in dem oben erwähnten Briefe geschrieben: „ich hoffe, daß Gottes Gnade auch mir in den Gefahren und Zweifeln meines Berufes den Stab demüthigen Glaubens nicht nehmen werde, an dem ich meinen Weg zu finden suche.“ Er suchte diesen Weg und er hat ihn gefunden! „Es beweist sowohl seine staatsmännische, wie seine menschliche Größe“<sup>1</sup>, daß er ihn ging.

In der Darstellung Hesekiels, für die ich im Einzelnen nicht die Verantwortung übernehmen will, die aber, da dem Verfasser viele Materialien von Seiten der Bismarckschen Familie zugestellt worden sind und er also Beziehungen zu ihr gehabt haben muß — hier in manchen Zügen mehr enthalten könnte, als seine bloßen Vermuthungen, heißt es: „Der Frühling 1866 war wohl der schwerste im Leben Bismarcks . . . seine Stellung wurde bald offen bestürmt, bald heimlich untergraben, er fühlte mehr als ein Mal den Boden unter sich wanken, er kam nicht vorwärts, und dazu war er körperlich leidend; die rheumatischen Schmerzen nahmen in beängstigender Weise zu. Da kam wohl der Zweifel zuweilen auch über die starke Seele Bismarcks, in das unverzagte Herz fiel der gespenstige Strahl des Mißtrauens; der Mann, der für seinen König und sein Vaterland mit den Intriguen der Diplomaten, mit dem Abfall alter Freunde, mit der Verkehrtheit, dem Kleinmuth, der Gemeinheit Anderer übermenschlich zu ringen hatte, der geräth nun auch mehr und mehr in einen furchtbaren Kampf mit sich selbst.“

Unerwartet war in der Zeit zwischen dem Antrage auf Bundesreform vom April und dem vom Juni, in den ersten Tagen des Mai, von Seiten eines Privatmannes (Herrn v. Gablenz) die Anregung zu einem Ausgleich ausgegangen, der ein volles Resultat unmöglich machte, doch Ausichten auf einen friedlichen Ausgleich eröffnete. Unter diesen Verhältnissen ging Bismarck darauf ein. Er sagte später davon: Unter den damaligen Umständen wünschte ich den Krieg zu vermeiden oder den Beweis in die Hand zu bekommen, daß er unvermeidlich sei<sup>2</sup>. Während schon in starrender

<sup>1</sup> Frese, Lehrbuch der Geschichte. 2. Auflage, S. 167.

<sup>2</sup> Näheres Anhang.

Waffenrüstung die Gegner sich gegenüberstanden, ging am 7. Mai noch einmal eine versöhnliche Depesche nach Wien ab<sup>1</sup>. An eben diesem 7. Mai, um 5 Uhr Nachmittags, als Bismarck, der eben vom Könige kam, bei dem er Vortrag gehabt, die Linden entlang ging, erfolgte jenes bekannte Attentat auf ihn, bei dem aus unmittelbarer Nähe 5 Revolvergeschüsse auf ihn abgefeuert wurden, 2 während er den Verbrecher am Handgelenk hielt; 5 Schüsse, von denen 3 ihn trafen, einer so auf die Rippe, daß er sich dem Tode nahe glaubte. Fünf Schüsse — und doch gerettet und unverletzt!

Das war ein bewegter Nachmittag im Hause Bismarcks, als gleich darauf der König, die Prinzen, Moltke, Roon und andere bei ihm erschienen und vor Allen sein König, dem Bismarck allein, ohne Zeugen entgegencam, sein König, für den, sei es auf dem Straßenpflaster, sei es auf dem Schaffot oder auf dem Schlachtfelde zu sterben, er allezeit bereit war.

Der Attentäter hatte Bismarck erschießen wollen, um in ihm die Kriegsursache zu entfernen und den Frieden zu sichern.

Wer in der Seele des starken Mannes hätte lesen können bei dieser wunderbaren Errettung!

„Von dem Tage an“ — sagt Hefekiel — „war alles Schwanke in Bismarck vorüber, er hatte wieder das volle starke Bewußtsein seiner historischen Mission, er wußte, daß er die Schildwache war, die Gott auf einen Posten gestellt, von dem er allein ihn wieder ablösen konnte.“ Beim Könige wird der Eindruck derselbe gewesen sein.

„Ich glaube an den Sieg,“ schrieb Bismarck acht Tage darauf (14. Mai) dem Marquis Wielopolsky, der ihn zu seiner Rettung beglückwünschte, „ohne zu wissen, ob ich ihn sehen werde, aber manchmal überfällt mich eine Erschöpfung.“

Drei Wochen später, am 4. Juni, befand sich der französische Botschafter Benedetti bei Bismarck; da erhielt dieser eine Depesche aus Paris, daß Oesterreich den letzten Vermittelungsversuch, einen von Napoleon vorgeschlagenen Congreß, abgelehnt habe. Nachdem er sie gelesen — Benedetti berichtete es sogleich nach Paris — rief Bismarck aus: «Vive le roi!»<sup>2</sup>

Als der König vier Tage darauf den Grafen Barral, den italienischen

<sup>1</sup> Es wäre psychologisch interessant, ob am Vormittag oder am Nachmittag nach dem Attentat.

<sup>2</sup> Jubelnd soll er hinzugesagt haben: „Das ist der Krieg!“ Unden: Das Zeitalter Kaiser Wilhelms (I, S. 520) nach Rothan: la politique française. Die Nachricht müßte also wohl auf Benedetti zurückfallen, wenn sie richtig ist; sein Brief vom 4. Juni enthält aber nur die Worte: Vive le roi! So wird der Zusatz zweifelhaft. — Horst Kohl führt in seinen ausgezeichneten Bismarck-Regesten den Zusatz gleichfalls nicht an.

Gesandten, empfing, schien er demselben entschlossen, den Krieg nicht mehr lange zu verschieben. „In seiner Stimme lag ein gewisser schmerzlicher Ton, der erkennen ließ, daß das der Entschluß eines Mannes sei, der sich in seine Lage ergeben hat, weil er nicht anders zu können glaubt.“ „Das Leben und der Sieg“ — sagte er — „liegt in den Händen dessen, der droben ist!“ — An eben diesem Tage legte der König in einem ausführlichen Schreiben dem Erzbischof Paulus von Köln, der ihn vom „Bruderkrieg“ abgemahnt hatte, die Gründe dar, die ihn zum Kriege zwingen! „Ich habe mit meinem Gott im Gebet gerungen, um seinen Willen zu erkennen und nur so habe ich, Schritt vor Schritt Preußens Ehre im Auge haltend, nach meinem Gewissen gehandelt.“

Von der That Yorks zu Taurroggen hat Sybel in seiner Darstellung der Freiheitskriege einmal das schöne Wort gesprochen: Eine Fügung Gottes, daß ein Mann wie dieser gerade an dieser Stelle stand, als ewiges Denkzeichen, daß für den sittlichen Menschen damals keine Wahl blieb. — Wir dürfen dieses Wort wohl auch hier anwenden: Es war eine gnädige Fügung für Deutschland, daß an dieser Stelle gerade der loyale und gewissenhafte König Wilhelm stand, dem der Entschluß zum Kriege so unendlich schwer wurde.

Dritter Juli 1866 — früher Morgen. In der Nähe von Königgrätz steht fast eine halbe Million Soldaten zum Kampfe einander gegenüber.

In der nächsten Stunden Schooße

Ruht das Schicksal einer Welt,

Und es rollen schon die Loose

Und der ehr'ne Würfel — fällt.

Nach neunstündigem heißem Ringen kämpfen die tapferen Oesterreicher nicht mehr um den Sieg, nur um Rettung und um Rückzug. „Der Anblick des Schlachtfeldes bekundet unverkennbar die Niederlage der österreichischen Armee.“ König Wilhelm durchreitet die weite Wahlstatt, überall von seinen Soldaten mit begeistertem Hurrah begrüßt, neben ihm sehen wir Bismarck und Moltke. „Ev. Majestät,“ sagt Moltke zum Könige, „haben nicht bloß die Schlacht, sondern den Feldzug gewonnen.“ Da ergreift Bismarck das Wort: „Die Streitfrage ist also entschieden; jetzt gilt es, die alte Freundschaft mit Oesterreich wiederzugewinnen.“

„Wenn wir nicht übertrieben in unseren Ansprüchen sind und nicht glauben, die Welt erobert zu haben, so werden wir auch einen Frieden erlangen, welcher der Mühe werth ist,“ schrieb er wenige Tage danach an seine Gemahlin. „Aber wir sind eben so schnell berauscht wie verzagt, und ich habe die undankbare Aufgabe, Wasser in den brausenden Wein zu gießen und geltend zu machen, daß wir nicht allein in der Welt leben, sondern mit noch drei Nachbarn“ (9. Juli 1866).

Mitten im größten Erfolge unberauscht — besonnen das Erreichbare erwägend, dem überwundenen Gegner die Hand entgegenstreckend; es kann Einem wohl das Herz bewegen!

Mit dem Frieden, der Oesterreich aus Deutschland auszuschneiden zwang, waren, wie Bismarck es vor zwölf Jahren von einem „*Der mal ein st*“ gehofft, zwischen Oesterreich und Preußen unzweideutige Beziehungen gewonnen, auf deren Basis sie ehrliche Bundesgenossen werden konnten — und die Allianz vom Sept. 1879 hat das neue, auf natürliche Grundlagen gestellte Verhältniß besiegelt<sup>1</sup>. Zwischen der Schlacht von Königgrätz aber und der Allianz von 1879 liegt der große 18. Januar 1871, die Aufrichtung des neuen deutschen Reiches im Spiegelsaal Ludwigs XIV. zu Versailles — die Erfüllung des deutschen Einheitstraumes!

Im Rückblick auf dieses große Werk mochte Fürst Bismarck es wohl später aussprechen, daß er in gewissem Sinne sagen könne: die Arbeit seines Lebens sei gethan<sup>2</sup>.

Was war ihm noch Alles zu thun beschieden! Wie tief hatte er das Zeugniß dessen, „daß auch er einmal dagewesen“, seinem Volke eingegraben, sein Werk — ja er selbst, war demselben ein Stück seines Lebens geworden.

„Es kann die Spur von seinen Erdentagen  
Nicht in Aeonen untergeh'n!“

Es war etwa zwei Menschenalter vor jenem 18. Januar 1871, da schrieb die Königin Louise, die Mutter Kaiser Wilhelms: „Wenn gleich die Nachwelt meinen Namen nicht unter den berühmten Frauen nennen wird, so wird sie doch sagen: sie harrete aus im Dulden; möchte sie dann zugleich sagen, sie gab Kindern das Dasein, welche besserer Zeiten würdig waren, sie herbeizuführen gestrebt und sie endlich errungen haben.“ Wie war dieses Wort in Erfüllung gegangen, über Bitten und Verstehen! Jetzt stand ihr Sohn Wilhelm, den die Mutter in seiner Jugend mit den drei Worten: „einfach, bieder, verständig“ charakterisirt, als Kaiser des geeinigten Deutschland da, „an Ehren und an Siegen reich“; als der greise Patriarch unter den Fürsten Europas, geehrt um seiner Erfolge und seiner Stellung willen, so daß wohl die Empfindung wach geworden ist, durch ihn sei die

<sup>1</sup> Es mögen hier einige von den Worten stehen, die Bismarck jüngst in Kissingen bei dem Empfang der ihn besuchenden schwäbischen Gäste gesprochen: „Ich rechne unser heute bestehendes Bündniß mit Oesterreich zu denjenigen Reichsinstitutionen, an denen uns Allen liegt und die wir Alle zu pflegen entschlossen sind. . . . Ich rechne darauf, daß wir mit diesem Reiche alle Treue halten werden in jeder Noth und Gefahr, die es bedrohen könnten.“

<sup>2</sup> Ich erinnere mich eine solche Aeußerung gelesen zu haben, vermag die Quelle aber nicht nachzuweisen.

Monarchie mit einem neuen Lichtschimmer umwoben und in der Achtung der Völker gestiegen; nicht nur geehrt, sondern bewährt in seiner Treue bis zu jenem Augenblicke, da sein großer Kanzler zum letzten Male seine Unterschrift erbat und des sterbenden Greises zitternde Hand nicht ruhte, bis sie das letzte „Wilhelm“ bis zum letzten Striche vollendet, bis zu jenem ergreifenden Worte: „Ich habe keine Zeit müde zu sein!“

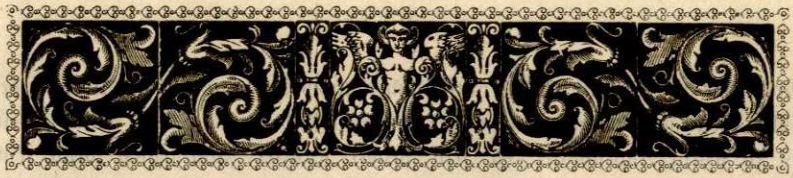
Und dann wurde er hinausgetragen.

Dort ruht er, in dem stillen Mausoleum des stillen Charlottenburger Parkes, wohl einer der weihvollsten Stätten, die in der geräuschvollen deutschen Reichshauptstadt der Fuß zu betreten vermag, neben dem Vater, neben der geliebten Mutter, an deren Sarg er in den großen Stunden seines Lebens so manches Mal getreten, deren Wünsche und Hoffnungen er mit denen seines Volkes zugleich erfüllt hat.

In wie viel Herzen ist sein Bild eingegraben, in wie vielen Gestalten ist es über die Erde verbreitet, das männliche Bild früherer Jahre, das tief durchfurchte Antlitz des greisen Kaisers, dessen sinnendes Auge uns mahnend die schlichte Summe seines großen Lebens ausspricht:

Getreu zu sein!





#### IV. Die Beurtheilung der österreichischen und preussischen Politik im Sybelschen Werke.

1863—1866.

In diesem Artikel soll versucht werden, die oben ausgesprochene Ansicht über die Sybelsche Darstellung des Streites zwischen Oesterreich und Preußen näher zu begründen.

Da dabei öfter früher Dargelegtes zu erwähnen oder zu ergänzen ist, ist manche Wiederholung dessen, was schon oben gesagt worden, nicht wohl zu vermeiden.

Die  
Februar-  
forderun-  
gen.

Sehr charakteristisch scheint mir, wie Sybel zu den preussischen Februarforderungen Stellung nimmt. Obgleich diese der Hauptsache nach so berechtigt waren, daß Preußen — welches dazu doppelt und drei Mal so viel Opfer gebracht — seine Pflicht versäumt hätte, wenn es dieselben nicht erhob, so confiscirten sie doch, wie wir sahen, den ganzen Gewinn des gemeinsamen Kampfes zu Gunsten Preußens und waren ein wichtiger, vorbereitender Schritt, Oesterreich aus Deutschland zu verdrängen. „Preussischerseits gab man,“ sagt Sybel, „diese Aufstellung als einen Beweis entgegenkommender Gesinnung, als eine erhebliche Einräumung im Vergleich zu der an sich naturgemäßen Lösung: der Verwandlung Schleswig-Holsteins in eine preussische Provinz“ (IV, 64 \*); er fügt die bezeichnenden Worte hinzu: „Selten aber ist eine nachgiebige Concession einer so einstimmigen Verwerfung begegnet als diese.“ Eine Concession? Bei diesem Urtheil ist doch wohl nicht recht gewerthet, was die preussischen Forderungen für Oesterreich bedeuteten. — Sybel findet mit gutem Recht, indem er erzählt, daß Oesterreich mißgünstig

\*) Die römische und arabische Ziffer der folgenden Citate giebt Band und Seitenzahl des Sybelschen Werkes an.

Preußen keinen Gewinn gönnen wollte, „daß doch der preußische Sieger ein Wort bei der Verfügung über sein neues Eigenthum mitzureden hätte“, wenn — wie man österreichischerseits hervorhob — Dänemark die Herzogthümer „an die beiden Sieger“ abgetreten habe. „Ehe Preußen noch eine Silbe über Militärconvention und Aehnliches (wie in den Februarforderungen) geäußert hatte, wurde ihm angekündigt, daß der einzige Lohn für seine Anstrengungen, daß Deutschlands einziger Gewinn aus dem gefahrenschwangeren Kriege die Errichtung eines neuen Mittelstaates sein würde, vorbehaltlich einer Wiederholung des Frankfurter Fürstentages . . .“ (III, 330). Nicht an diesen Sätzen an sich möchte ich etwas aussetzen; aber während Oesterreich hier — mit Recht — ein Vorwurf gemacht und es — mit Recht — als ganz selbstverständlich hingestellt wird, daß nicht nur Deutschland, sondern auch Preußen aus dem gefahrvollen Kriege Vortheile ziehe, erscheint es bei diesem Urtheil über die Februarforderungen als eben so selbstverständlich, daß der österreichische Sieger zulasse, daß über sein neues Eigenthum nur im Interesse Preußens und Deutschlands, aber zu seinen Ungunsten verfügt werde; es wird das sogar als Concession hingestellt.

„Allerdings,“ sagt Sybel (IV, 64) von der Note, welche die preußischen Februarforderungen enthielt, „sie war leider nicht nach dem Sinne des „intimen Allirten“ ausgefallen.“ Es ist mir nicht recht klar, was die „Anführungszeichen bei den Worten „intimen Allirten“ bezeichnen sollen; eine Verhöhnung der Allianz, der zum Troß man solche dem „intimen Allirten“ nothwendiger Weise so widerwärtige Forderungen stellte, kann von Sybel nicht beabsichtigt sein. Will man nun nicht annehmen — wozu man kein Recht hat — daß das dennoch der Fall sei, daß der Autor in einem unbedachten Ausdruck, ohne es zu wollen, im Grunde Preußen damit verhöhne — dann ist es eine übel angebrachte „ornamentale Phrase“ oder — wenn ernst gemeint — ein Hohn gegen Oesterreich, das sich, obgleich es ein „intimer Allirter“ sein wolle, doch durch diese Forderungen so verletzt fühle: ein bitterer, aber in diesem Zusammenhange nicht billiger Hohn<sup>1</sup>.

<sup>1</sup> Ein entsprechendes Gegenstück zu diesem Spott über den „intimen Allirten“ finde ich an einer anderen Stelle, wo Sybel erzählt, daß Mensdorff gelegentlich seinem Freunde Werther versichert: „er werde niemals den Erbprinzen einsehen und halte nur deshalb Holstein so fest, um für die dereinstige Abtretung Oesterreich volle Entschädigung zu sichern,“ und dann hinzufügt: „in Berlin vermochte man einen Ausdruck befreundeter Gesinnung in solchen Reden nicht zu entdecken.“ Manteuffel erklärte, man müsse energischer vorgehen, Bismarck war längst dieser Meinung und bereits seit einigen Tagen in der von Manteuffel angedeuteten Richtung thätig (IV, 260). Es wird ja nur erzählt, was man in Berlin nicht entdeckte, aber doch spricht sich, wie mir scheint, in der vom Verfasser gewählten Wendung sein eigenes Urtheil aus: „Das will befreundete Gesinnung sein!“ Gewiß war es kein Ausdruck befreundeter,

(Etwas Anderes ist ein Hohn darüber, daß Oesterreich deutsche Macht spielte und doch nach Deutschlands Zukunft nicht fragte.)

Es war nicht zu verwundern und war nur natürlich, wenn in der österreichischen Antwort Ton und Inhalt bezeugten, „mit wie tiefer Erregung das Actenstück verfaßt worden war“ (IV, 65). Es liegt eben eine große Ungerechtigkeit darin, und es hat etwas Empörendes — im Privatleben sowohl, wie im Leben der Staaten — und nicht nur für den unmittelbar Betroffenen, wenn man Zumuthungen an einen Anderen als selbstverständlich behandelt und verlangt, daß der Andere diese Forderung als selbstverständlich hinnehmen solle; wenn man dort, wo vom Gegner Concessionen verlangt werden, die Miene annimmt, als ob man selbst solche mache. Benedetti gegenüber (wobei freilich der Blick auf Frankreich die Erklärung absichtlich schroff gemacht haben dürfte) erklärte Bismarck ausdrücklich: Wenn Oesterreich nur das gewähre (was hier gefordert wurde), so sei man ihm keinen Dank schuldig; es werde noch Verstimmung zurückbleiben, daß man nicht mehr erlangt habe (IV, 70). Charakteristisch in diesem Zusammenhange ist die kurz vor Aufstellung der Februarforderungen stattfindende Unterredung zwischen Bismarck und dem Grafen Karolvi in Berlin am 8. Februar 1865, bei der vorauszuschicken ist, daß Beide überzeugt waren, eine längere Fortdauer des bestehenden Provisoriums müsse zur Annexion führen (IV, 57). „Graf Karolvi begann mit einer Verlesung seiner Instruction, wo der Ausdruck vorkam, Preußens Absicht scheine auf Verschleppung der Angelegenheit zu gehen. Bismarck unterbrach ihn sofort. Es zeige dies, wie falsch man in Wien die Lage auffasse. Oesterreich mache uns Vorwürfe, während wir Concessionen machten.“

„Concessionen?“ fragte Karolvi. „Wie so? Es sei ja schon eine Concession,“ erläutert Bismarck, „daß wir überhaupt über eine Veränderung des status quo unterhandelten, der für uns besser sei, als Alles, was uns Oesterreich bisher angeboten habe. Wir könnten erwarten, daß Oesterreich uns annehmbare Vorschläge machte über das, was an die Stelle dieses status quo zu setzen sei. Die Annexion sei etwas Annehmbares, aber Oesterreich schließe sie ja aus.“

„Aber,“ warf Karolvi ein, „dies Provisorium kann doch nicht ewig dauern; endlich muß doch einmal ein Definitivum eintreten.“ „Warum?“ fragte Bismarck zurück, „und weshalb könnte unser gemeinsamer Besitz nicht selbst dieses Definitivum sein? Uebrigens beruhigen Sie sich,“ setzte er hinzu, als sondern mißtrauischer Gesinnung, aber es war ein selbstverständliches, durch Preußens Verhalten naturgemäß gewecktes Mißtrauen, und einen Vorwurf daraus kann eigentlich nur der machen, der es von Oesterreich als selbstverständlich verlangt, es solle ohne volle Entschädigung oder ganz leer abziehen.

Karolji bei diesen Worten aufuhr; „wir halten unser Wort; wir werden unsere Bedingungen vorlegen. Aber wir bleiben dabei: es ist das eine Concession, und wir lassen uns keine Vorwürfe machen, wenn wir es nicht augenblicklich thun. Sehen Sie,“ fuhr er mit guter Laune fort, „wir stehen da vor der Frage der Herzogthümer wie zwei Gäste, die ein vortreffliches Gericht vor sich haben; der Eine aber, welcher keinen Appetit hat und es nicht verzehren will, verbietet energisch dem Anderen, welchen der Leckerbissen reizt, zuzulangen und zu schmausen. So warten wir denn, bis der Augenblick kommt; einstweilen befinden wir uns leidlich wohl in unserer Lage und werden sie erst ändern, wenn man uns befriedigende Bedingungen bietet.“

Scharf, klar und offen legt Bismarck dann dar, welches die Folgen der von Oesterreich in Aussicht gestellten Haltung sein, wie sie den von Oesterreich, aber nicht von Preußen gefürchteten Conflict Preußens mit dem Bunde heraufbeschwören müßten; er zeigt, daß ein Obliegen der antipreußischen Tendenzen in Oesterreich zum Bruche zwischen Oesterreich und Preußen führen werde, und fährt dann fort: „Wenn Oesterreich so eilig ist, möge es selbst doch uns Vorschläge machen, welche annehmbar genug sind, um eine Aenderung des status quo für uns zulässig zu machen.“

„Wir drängen,“ sagte Karolji, „aus dem einfachen Grunde, weil der europäische Friede bedroht ist, so lange die Frage offen bleibt.“

„Ein großer Irrthum!“ rief Bismarck. „So lange wir einig bleiben, rührt sich keine der Großmächte gegen den status quo. Nur die Mittelstaaten sind unzufrieden und möchten sich einmischen, so lange sie auf Oesterreichs Beistand hoffen.“

„Nein, nein,“ wiederholte Karolji. „Die offene Frage bringt Gefahr, und Oesterreich bedarf des gesicherten Friedens.“ „Die übereilte Entscheidung,“ entgegnete Bismarck, „birgt die größere Gefahr. Erfreut Euch doch der Vortheile, welche der gemeinsame Besitz auch für Oesterreich hat.“ — „Wir können das nicht,“ schloß Karolji. „Unsere Position zu der Lösung der Frage ist genommen, die Fortdauer aber des status quo wäre gleichbedeutend mit der Annexion<sup>1</sup>.“

<sup>1</sup> Daß Bismarck das gleichfalls glaubte, zeigt sein Brief an Goltz vom 20. Febr. (IV, 78). Erhellendes Licht wirft die Sybelsche Darstellung darauf, wie der Gedanke an Annexion, der König Wilhelm ja zunächst völlig fern lag, in ihm reifte. Als eine naheliegende Lösung, gleichsam in der Luft liegend, tauchte er, gerade in der Angst vor Preußen, auch bei den Gegnern seiner Politik auf, wurde der preußischen Regierung zuerst von Napoleon entgegengebracht (III, 299 ff.) und ihr bald, wie Bismarck sich ausdrückt, zwar nicht „der oberste und nothwendige Zweck, wohl aber das angenehmste Resultat“ (16. Mai); wurde schließlich auch durch Adressen aus Schleswig-Holstein und Preußen dem Könige nahe gelegt. Interessant ist auch, wie Oesterreich mit hilft, König Wilhelm von der Berücksichtigung Augustenburgs abzubringen; aber erst die

Dieses ist die Unterredung, die ich im Auge hatte, wenn ich (oben S. 52) sagte: man habe etwas von dem Gefühl, als ob man sähe, wie die Krone mit ihrem Opfer spielt, aus der mir das an jener Stelle gezeichnete Bild Bismarcks entgegentrat. Von der versöhnenden Anerkennung des Verzichtes, den man dem Gegner zuzumuthen im Begriff stand — keine Spur<sup>1</sup>, auch bei Sybel keine und kein Zeichen der Empfindung für das Verletzende in der Haltung Preußens<sup>2</sup>.

Beurthei-  
lung  
Rechberg's.

Das Urtheil Sybels über das Verhalten der österreichischen Politiker erscheint mitunter recht hart. Als der Gedanke an die preußische Annexion auftauchte und sich festzusetzen begann, sagte Rechberg am 27. April 1864 „im engsten Vertrauen“ zu Werther: er begreife, daß sich in Berlin die Ansicht geltend mache, die künftige Stellung Schleswig-Holsteins müsse sich möglichst vortheilhaft für Preußen gestalten; Oesterreich würde gern die Hand dazu bieten, aber die jetzigen Conjunctionen paßten zu einer territorialen Vergrößerung Preußens schlechterdings nicht. Man wird wegen dieses Wortes: Oesterreich würde gern u. — selbst wenn es sehr vertraulich gesprochen wurde — der österreichischen Diplomatie wohl keinen allzu großen Vorwurf dafür machen dürfen, daß dieses „gern“ nicht so ernstlich gemeint war; welcher Diplomat hat sie nicht in den Mund genommen, die Phrase:

abweisende Antwort des Erbprinzen auf einen Brief König Wilhelms und sein persönliches Verhalten, das den König entrüstete, dann das Gutachten des preußischen Kronsyndicats, „welches den König von seinen Rechtsbedenken befreite“ — erst dieser doppelte psychologische Einfluß auf den Monarchen machte das Februarprogramm für Preußen zu einem fortan (so ziemlich, doch immer noch nicht ganz) überwundenen Standpunkte (IV, 144). Die eingeklammerten Worte „so ziemlich u.“ schob ich in Rücksicht auf Bismarcks etwas spätere Unterredung mit von der Pfordten in das Citat aus Sybel ein (IV, 155).

<sup>1</sup> Das Recht, über die gemeinsame Eroberung mit zu verfügen, wurde ja anerkannt; das ist aber noch nicht die Zuerkennung eines Anrechtes auf Mitgewinn. Land wollte Preußen nicht geben. Geld ist geboten worden, und schließlich war man ja in Gastein auch zur Theilung Schleswig-Holsteins bereit — um einen Ausweg zu finden; von dem Wunsch oder Bestreben aber, auch Oesterreich zu entschädigen, ist in dem Sybelschen Buche wohl wenig bemerkbar; einmal fragt allerdings ein Unterhändler (Gespräch zwischen Gablenz und Mauteuffel, IV, 237, s. 257) an, was für eine Entschädigung denn Oesterreich begehre. Von Entschädigungen, die Oesterreich fordert, die aber nicht gewährt werden können (wie Garantie der außerdeutschen Gebiete, III, 382f.) ist natürlich wiederholt die Rede.

<sup>2</sup> Als Beuß eingesteht, daß die Execution gegen Dänemark eigentlich von vorn herein eine Occupation gewesen, wird das als „cynische Offenheit“ gebrandmarkt (IV, 36); die herausfordernde, man möchte fast sagen, höhnische Offenheit dieser Erklärungen, daß man die eigene günstige Situation in dem unzweifelhaft als Provisorium geschaffenen status quo gegen den Allirten ausnutzen könne, veranlaßt den Verfasser zu keiner Bemerkung.

Wir würden ja gern, aber etc. Als dann Werther am 23. Mai Bismarck's große Depesche vom 17. Mai, in welcher die Augustenburger Candidatur als die leichteste Lösung der Frage bezeichnet ist, aber auch andere Möglichkeiten erwogen werden, vorlas, rief der Minister (III, 328): „Sehen Sie hier diesen meinen soeben redigirten Erlaß nach Berlin: auch er beantragt die Erhebung des Erbprinzen von Augustenburg zum souveränen Herzog von Schleswig-Holstein; von den verschiedenen Auskunftsmitgliedern, welche Herr von Bismarck anführt, habe ich also bereits daselbe erwählt, welches auch er in die erste Linie gestellt hat; unsere Uebereinstimmung könnte zu meiner Freude nicht vollständiger sein; ich gehe nur noch einen Schritt weiter, indem ich den Erbprinzen sofort der Conferenz vorzuschlagen wünsche; daß derselbe conservative Politik treiben muß, versteht sich ganz von selbst. Was die anderen von Herrn v. Bismarck angedeuteten Möglichkeiten betrifft,“ fuhr Rechberg fort, „so wird Oldenburg beim Bundestage schwer durchzusetzen sein, und eine preussische Annexion, so gern wir uns darüber mit Berlin verständigten, ist doch zur Zeit wegen der europäischen Verhältnisse unthunlich.“ Der Minister schloß seine Auseinandersetzung mit der Bitte, Bismarck's Depesche in seinen Händen zu lassen, damit er dieselbe, die nach Form und Inhalt den günstigsten Eindruck machen würde, dem Kaiser vorlesen könnte. „So viel Freundschaft! so viel Biederkeit!“ setzt Sybel hinzu.

Es war eine Zeit, in der die österreichische Politik eine entschiedene Schwenkung machte; am Tage darauf schrieb Rechberg selbst, daß jetzt ein neuer (nämlich Preußen feindlicher) Abschnitt der österreichischen Politik beginne. „Bisher hatte man,“ sagt Sybel, „dem fremden Dänemark gegenüber Augustenburg für unberechtigt erklärt, jetzt dachte man, gegenüber dem deutschen Allirten, dem Prinzen das fehlende Recht zu verschaffen. Bisher hatte man zu Preußen gegen die Mittelstaaten gehalten, jetzt dachte man wieder mit den Mittelstaaten gegen Preußen zu gehen.“

Diese Darstellung enthält wohl nicht nur eine klare Charakteristik des in Wien eintretenden Umschlages und eine Analyse der österreichischen Politik, bei welcher dieselbe durch ihre Widersprüche gerichtet wird; durch den Anschluß an die Worte: „So viel Freundschaft! so viel Biederkeit!“ soll damit zugleich diese „Freundschaft“ und das Reden davon unter solchen Umständen gerichtet werden. Die Worte: „Unsere Uebereinstimmung könnte zu meiner Freude nicht vollständiger sein“, im Augenblicke dieser Preußen feindlichen Schwenkung, haben Sybel wohl zu seinem scharfen Urtheil bewogen, sie wecken den unwahren Schein, als bestehe die Allianz in voller Festigkeit; aber zunächst und unmittelbar beziehen sie sich doch auf die Uebereinstimmung, die scheinbare oder angenommene Uebereinstimmung in der schleswig-holsteinischen Frage, in der Rechberg in unverhoffter und überraschender Weise

sich in die Lage versetzt sah, ohne Bruch mit dem Allirten das thun zu können, was er für Oesterreich als erspriesslich ansah. Ein gewandtes, wenn man will, schlaues Ergreifen dessen ist es, was der allirte Gegner an erster Stelle nennt und als leichteste Lösung bezeichnet, obgleich ihm eine andere offenbar unendlich viel lieber ist, und er diese herbeizuführen sucht. Geheuchelte Biederkeit liegt nicht darin, und das scharfe Wort hätte um so eher gespart werden können, als Rechberg persönlich — wenn auch Andere, die hinter ihm standen, viel feindseliger vorwärts drängten — (nach Sybels Angabe auf der folgenden Seite, III, 329) immerhin dabei hoffte und wünschte — freilich nur durch schöne Anweisungen auf die Zukunft oder durch Entgegenkommen in dieser oder jener Einzelheit — jeden offenen Bruch mit Preußen zu vermeiden. Nach dem zu urtheilen, was Sybel von der Unterredung mittheilt, scheint mir jenes höhniische Wort über Rechbergs Verhalten auch hier unverdient zu sein; trotz aller Verehrung für den Fürsten Bismarck bekenne ich zu glauben, daß er an Rechbergs Stelle ebenso hätte reden können. Sonst übrigens schildert Sybel Rechberg in wohlwollender Weise.

Die  
Gasteiner  
Conven-  
tion.

Eine gewisse Incongruenz in der Beurtheilung Oesterreichs und Preußens tritt in der Besprechung des Gasteiner Vertrages hervor, doch handelt es sich hier, theilweise wenigstens, vielleicht mehr um die irrige Heranziehung nicht zutreffender Argumente zur Befräftigung auch anders zu begründender Vorwürfe, also nicht um eine Unbilligkeit. Die vom Grafen Goltz nach Bismarcks Instructionen in Paris gegebene Erklärung (IV, 203 f., 206): der Gasteiner Vertrag sei nicht als ein Definitivum, sondern als eine neue Form des Provisoriums aufzufassen, bei der es sich nicht um Theilung der Souveränität, sondern um eine Verbesserung, sagen wir lieber Theilung der Verwaltung handele, ist, soweit es sich um Schleswig-Holstein handelt, eine der Bedeutung des Vorganges entsprechende, und trifft nur in Bezug auf Lauenburg nicht zu. Demgemäß heißt es auch bei Sybel (IV, 184): Man wäre daran gegangen, „das bisher bestehende Condominium in einer beiden Theilen zusagenden Weise provisorisch neu zu ordnen“. Wäre es nicht so gewesen, so hätten die Pariser Zeitungen mit ihrem Hohn über die Convention vollständig Recht gehabt (IV, 203). Dem gegenüber scheint es nicht ganz gerechtfertigt, wenn Sybel, drei Seiten weiter unten, sagt: Oesterreich hätte, seitdem Preußen für die Genehmigung der Annexion eine Landabtretung verweigert, „stets bestritten, daß im Wiener Frieden die beiden Höfe eine wirkliche Souveränität in den Herzogthümern erlangt hätten; es hätte Schleswig-Holstein verwalten helfen als momentaner, so zu sagen, zufälliger Inhaber, bis der definitive Thronfolger einträte. Von solchen Scrupeln war nun in dem Vertragsentwurf keine Rede mehr. . . . Man erkannte damit wieder an, daß Christian IX. durch den Wiener Frieden

den deutschen Mächten nicht zweifelhafte Rechtsansprüche, sondern eine reale Souveränität abgetreten habe. Denn souveräne Rechte mußten es doch sein, kraft deren Oesterreich sich jetzt zur vollständigen Weitercession des einen Herzogthums (Lauenburg) an die Krone Preußen befugt hielt, oder in deren Ausübung es eine ganz neue Ordnung der gesammten Regierung in den beiden anderen auf unbestimmte Zeit verabredete. So verfahren konnte man nur, wenn man sich als den Rechtsnachfolger einer unbestreitbaren souveränen Gewalt ansah. . . .“

Sollte die Convention ein Provisorium sein, wie der preußische Gesandte es so nachdrücklich hervorhob und wie Sybel selbst es ausdrücklich sagt, so war es doch auch für Oesterreich ein solches, für Oesterreich, das die Herzogthümer gar nicht für sich wollte, doch nicht weniger als für Preußen, das darauf rechnete, dieses Provisorium werde schon von selbst zur Annexion werden, das damit für Schleswig-Holstein und Lauenburg (wie Sybel selbst IV, 189 sagt) die Annexion (also den definitiven Zustand) thatsächlich erreicht hatte. War es aber nur ein Provisorium, dann darf die österreichische Politik in Bezug auf diese Vereinbarung auch nicht so beurtheilt werden, als hätte sie hier etwas Anderes, als ein Provisorium geschaffen, dann lag in dieser Abmachung auch keine Anerkennung der souveränen Rechte Christians, also auch keine Schwankung Oesterreichs in der Auffassung der Herzogthümerfrage; und nicht mit dieser Abmachung in Betreff Schleswigs, nur mit der definitiven Cession Lauenburgs und mit dem Schwanken der preußischen Allianz gegenüber (die man hier allerdings wieder enger zog) konnten die Vorwürfe gegen die österreichische Politik begründet werden (IV, 187—189 und 267). Da nun aber die Dinge für Lauenburg, dessen Ritter- und Landschaft selbst um Anschluß an Preußen (freilich als eigenes Herzogthum) gebeten, doch ganz anders lagen, als für die beiden anderen Herzogthümer, da Dänemarks Rechte auf das früher hannoversche Lauenburg, das ihm 1815 von dem zeitweiligen Inhaber, Preußen, tauschweise überlassen wurde, ganz anderer Art waren, als seine Rechte auf Schleswig-Holstein, da hier unbestritten souveräne Rechte auf Oesterreich und Preußen übertragen worden, so involvirte die definitive Abtretung Lauenburgs keineswegs, daß Oesterreich sich auch in Betreff der beiden anderen Herzogthümer souveräne Rechte beilegte, und so ist die Inconsequenz und das Schwanken Oesterreichs zur Gasteiner Convention hin und von derselben hinweg überhaupt nicht ganz so schroff gewesen, als es nach der Sybelschen Darstellung erscheint.

Hinsichtlich der künftigen Verwaltung der Herzogthümer sagt Sybel mit Recht (IV, 188): „Als unmittelbare Folge ergab sich ohne Zweifel die Unterdrückung der Augustenburger Agitation. Wenn die beiden Monarchen die rechtmäßigen Eigenthümer der Landeshoheit in Schleswig-Holstein waren,

Oesterreich  
u. Preußen  
in den  
Herzog-  
thümern.

so mochte immerhin unter ihnen selbst die Frage der freiwilligen Cession derselben an einen Dritten verhandelt werden, aber jeder der beiden Mitbesitzer war zu der Forderung berechtigt, daß nicht diesem Dritten und seinen Genossen auf eigene Faust die bestehende Ordnung zu unterwählen und deren Berechtigung in Frage zu stellen gestattet würde.“ Die preußische Regierung durfte in der That die Abstellung der Augustenburger Demonstrationen verlangen, sie hatte Recht, wenn sie in Bezug auf diese Agitation erklärte (IV, 265): „Es sei selbstverständlich gewesen, daß nach Gastein ein jeder Theil in dem ihm überwiesenen Lande sich nach seiner Weise einrichte, stets aber unter voller Achtung der gemeinsam gebliebenen Souveränität, deren Depositär ein jeder von Beiden für den Anderen sei, also unter Abweisung aller gegen das Recht der beiden Souveräne auftretenden Ansprüche auf die Landeshoheit. . . Nach Gastein seien wir darauf gefaßt und einverstanden damit gewesen, daß Oesterreich in der Frage der Herzogthümer seine eigenen Rechte geltend mache und verwerthe. Aber nicht darauf hätten wir gefaßt sein können, daß es sein und unser gemeinsames Recht verletzen lasse“ und „Preußen könne nicht dulden, daß Holstein zum Heerde revolutionärer Bestrebungen gemacht, daß das durch den Gasteiner Vertrag Oesterreich anvertraute Pfand deteriorirt werde“ (IV, 268). Der österreichische Einwand gegen die preußischen Beschwerden: „Oesterreich erkenne seine Verpflichtungen an, das ihm anvertraute Pfand unverletzt zu bewahren, diese Verpflichtung aber könne sich nur auf die ungeschmälerte Substanz beziehen“ *ic.* (IV, 271), war hinfällig und findet in der Sybelschen Darstellung auch die verdiente Zurückweisung: „Wenn Oesterreich nur die Substanz der ihm anvertrauten Provinz nicht verringerte, also keine Stücke derselben an einen Dritten abtrat, so mochte im Uebrigen das preußische Condominium dort angefochten und unterwählt werden, wie es wollte: was Oesterreich in dieser Hinsicht unterließ oder that, fiel ebenso wie die Anstellung eines Schullehrers oder die Anlage eines Vicinalweges unter die Maßregeln der Landesverwaltung.“

Wenn aber Preußen berechtigt war, die Abstellung der Agitation für Augustenburg zu verlangen, so war es auch verpflichtet, eine Agitation für die preußische Annexion nicht zuzulassen.

Der Versuch, einer anderen landesherrlichen Gewalt als der preußisch-österreichischen in den Herzogthümern oder in einem derselben Geltung zu verschaffen, wurde in Schleswig durch königliche Verordnung vom 11. März 1866 mit 5—10 Jahren Zuchthaus bedroht, aber daß in den schleswigischen Zeitungen für die preußische Annexion gewirkt, also der Versuch gemacht wurde, nicht die österreichisch-preußische, sondern die einseitig preußische Landeshoheit zur Geltung zu bringen, das wird geduldet. Das war auch eine Deteriorirung des anvertrauten Pfandes, und die Erklärung, in welcher

Bismarck die österreichische Beschwerde darüber (IV, 259) mit den Worten zurückwies, „daß bei jedem preussischen Streben nach der Annexion die Zustimmung Oesterreichs die feste Voraussetzung bleibe“, war ein schlechter Trost, obgleich der König und mitunter auch Bismarck wirklich hofften, doch noch die freiwillige Zustimmung Oesterreichs zu gewinnen. Wenn man es dem Anderen zuerst unmöglich macht, die Zustimmung später zu verweigern, und wenn man so ziemlich entschlossen ist, ihn, wenn er seine Zustimmung (in der einen oder anderen Weise) nicht geben will, hinauszurwerfen — so ist die Erklärung, „seine Zustimmung bilde die feste Voraussetzung“, ziemlich werthlos, kann selbst wie ein Spott empfunden werden, um so mehr, als in den preussischen Depeschen und Erklärungen gelegentlich deutlich hindurchklingt, ja fast unumwunden ausgesprochen wird: Wir werden hier thun und werden behalten, das wir nöthig finden, Ihr mögt dazu sagen, was Ihr wollt (IV, 105 f., s. auch 57 ff.). Das geschah bei der Verlegung der preussischen Marinestation von Danzig nach Kiel, in der Zeit vor Gastein, die freilich eine Antwort Preußens auf einen der Allianz nicht entsprechenden Schritt Oesterreichs beim Bunde war. Von Seiten Oesterreichs wurde gegen jene, doch wohl wenig liebsame Verlegung zunächst nichts eingewendet, ja der österreichische Commissar war bereit, dabei behilflich zu sein, und erst durch Roons provocirende Worte im Abgeordnetenhause: „Da Preußen gegenwärtig im Besitze eines . . . wohlgeeigneten Hafens ist und zu gleicher Zeit entschlossen ist, im Besitze dieses Hafens zu bleiben (Bravo! rechts), so würde von der Begründung eines anderen Hafenetablissements Abstand genommen werden können“ — erhob Oesterreich Einspruch und traf demonstrative Gegenmaßregeln, die Sybel mit dem Zusatz, „anstatt darüber mit Bedacht (dem preussischen Commissar) sich ins Benehmen zu setzen“, erzählt. Das Verhalten Oesterreichs in dieser Sache bezeichnet Sybel — tadelnd<sup>1</sup>, wie mir scheint — „als eine weitere Probe der Gesinnung des wiener Miteigenthümers“ Preußen gegenüber (IV, 103 ff.), und doch erscheint die Einsprache Oesterreichs unter diesen Umständen eine natürliche, ja für die österreichische Politik nothwendige Erwiderung auf eine preussische Provocation, die Bismarck als österreichischer Minister gewiß nicht ruhig hingenommen hätte. Die Erläuterung Bismarcks: Roons Erklärung besage nichts, was nicht dem wiener Hofe seit langer Zeit aus zahlreichen Mittheilungen bekannt sei, konnte die Provocation nicht wegdeuten; Mittheilungen an den Allirten, dem Allirten gegenüber gestellte Forderungen, sind eben ganz etwas Anderes, als solche

<sup>1</sup> Diesen Eindruck machen die angeführten Worte auf mich, namentlich in dem Zusammenhange, in den sie mit einer höchst feindseligen und provocirenden Aeußerung des österreichischen Commissars (doch wohl als einer anderen Probe dieser Gesinnung) gestellt sind.

das Recht des Miteigenthümers nicht achtende öffentliche Erklärungen. Es ist hier ähnlich, wie bei den Februarforderungen; die Empfindung dafür vermißt man in der Sybelschen Darstellung, daß es natürlich, ja auch berechtigt ist, wenn der Gegner — dessen Verschuldungen nicht unvermerkt bleiben — durch Nichtachtung gereizt ist und demgemäß handelt. War aber die preußische Politik rücksichtslos, so war sie doch nicht feindselig gegen Oesterreich. Es wird anzuerkennen sein, daß die Feindseligkeiten von österreichischer Seite ausgingen<sup>1</sup>. Bei der Unlösbarkeit des Gegensatzes jedoch, der Verschiedenartigkeit der Ziele und bei den Erfolgen Preußens mußte es — so lange der große Verzicht nicht geleistet war — mit Nothwendigkeit Oesterreich sein, das sich aus der Umarmung loszuwinden suchte.

Wenn man die Situation Oesterreichs und die Politik Preußens, wie sie früher dargelegt worden, die Oesterreich das Festhalten an der Allianz mindestens nicht leicht machte, ins Auge faßt, so wird man die Schuld — so weit bei den sachlichen Gegensätzen hier menschliches Verschulden in Betracht kommt — die Schuld dafür, daß die Allianz nicht hielt, gewiß nicht im Verhalten Oesterreichs allein suchen. Das thut Sybel auch nicht, will er doch überhaupt „bei den Gegnern die Motive ihres Thuns nicht aus Thorheit oder Schlechtigkeit ableiten, sondern nach den historischen Voraussetzungen ihrer Stellung begreifen“; was den Bruch der Allianz anlangt, scheint vielmehr auch er anzuerkennen, daß Preußen es war, welches Oesterreich zum Kriege und zur Verletzung der Allianz trieb. An manchen Stellen seines Werkes wenigstens läßt sich diese Anschauung erkennen, so wenn er (IV, 129) es ausspricht: Preußen habe nur zwischen einem neuen Ulnüß oder dem Bruche des Bundes die Wahl gehabt; oder wenn er, von den letzten Verhandlungen vor dem Kriege redend, sagt: es hätte sonnenhell am Tage gelegen, daß Oesterreich durch die mannigfachen Schwankungen seiner Politik in den letzten drei Jahren es zu Stande gebracht hätte, dem auf allen Punkten vorwärts drängenden Rivalen gegenüber sich formell in jeder Weise ins Unrecht zu setzen (IV, 425)<sup>2</sup>.

Aber während an Oesterreich, das sich von Preußen rücksichtslos ausgenutzt fühlen mußte, bald mehr, bald weniger deutlich der Anspruch gestellt wird, daß es als Alliirter handeln, wohl gar, daß es selbstvergeßen als Alliirter empfinden solle (wie bei den Februarforderungen), kommt dieser

<sup>1</sup> So wie Preußen auf die Annexion hindeutete, schlugen die wiener Officiösen einen feindseligen Ton an (III, 329 f.).

<sup>2</sup> Die gesperrten Stellen sind von mir hervorgehoben. Mehr als scheint wage ich hier nicht zu sagen, da Sybel an dieser Stelle vielleicht doch nur das Siegreiche der preußischen Politik, nicht ein materielles Unrecht, das in ihr lag, im Auge hat.

Anspruch Preußen gegenüber nicht überall, wo man es erwarten möchte, deutlich zum Ausdruck, und man gewinnt bei der Lectüre des Werkes nicht so recht das Gefühl der Sicherheit, daß an die beiden Rivalen dieselben Ansprüche gestellt und sie mit ganz gleichem Maße gemessen werden.

Im Vertrage vom 16. Januar 1864, welcher die Allianz zwischen Oesterreich und Preußen begründet, war in Punkt 4 ausdrücklich festgesetzt worden: „Verhinderung aller dänischen, Augustenburgischen oder demokratischen Demonstrationen“, und doch ließ sich Bismarck während der Londoner Conferenz, also schon wenige Monate später, zu dem Befehl an Herrn v. Zedlitz hinreißen, in ganz Schleswig die Agitation gewähren zu lassen, ja zu begünstigen, auch wenn sie Augustenburg ausrufen sollte (III, 312). So hat Preußen hier, wo es ihm passte, zuerst die Augustenburger Demonstrationen begünstigt, über deren Begünstigung es sich später so sehr beschwerte. Kein Hinweis bei Sybel auf das Vertragswidrige eines solchen Verhaltens, nur die Worte, daß Bismarck in seiner drastischen Weise gerufen habe (16. Mai 1864): „Die ganze Meute wollen wir läuten lassen,“ und dann der Zusatz: „Und wie schlug sie an, als nun von den Alpen bis zum Meer der Ruf erschalle: „ein deutsches Schleswig-Holstein! los von Dänemark!“ Die Freude an der Kraft dieses aus dem Herzen des deutschen Volkes kommenden Rufes merkt man dem Verfasser an; den Gedanken, daß dieser Ruf an dieser Stelle durch ein vertragswidriges Verhalten Preußens gefördert sei, die Empfindung für das Unrecht, das in diesem Verhalten lag, fühlt man dieser Darstellung gewiß nicht ab.

In dem eben erwähnten Vertrage vom 16. Januar 1864 (Punkt 5) hatten Oesterreich und Preußen ausgemacht: die künftigen Verhältnisse der Herzogthümer nur in gegenseitigem Einverständnisse festzustellen und jedenfalls die Frage über die Erbfolge nicht anders als in gemeinsamem Einverständniß zu entscheiden (III, 212). Es war das geschehen mit zu dem Zwecke, „den Hekereien des Bundestages kräftig zuvorzukommen und ihm seine Incompetenz zur Regelung der Erbfolgefrage scharf zu Gemüthe zu führen.“ — In diesem Sinne hatte Rechberg sich dem preußischen Gesandten von Werther gegenüber kurz vor Abschluß des Vertrages ausgesprochen (III, 209); man wollte den Mittelstaaten, ihren Ansprüchen und ihrer Auffassung entgegenreten. Mit diesen Worten und der durch sie charakterisirten Tendenz, welche die Allianz nach der einen Seite hin hatte, steht es allerdings im Widerspruch, wenn Rechberg mehreren mittelstaatlichen Gesandten sehr bestimmt die Zusage gegeben, es würde bei der definitiven Regelung der schleswig-holsteinischen Angelegenheit der Deutsche Bund nicht ignoriert, nicht ausgeschlossen werden (III, 380 f.) Die Ueberweisung der Sache an den Bund war ja später der entscheidende Schritt Oesterreichs, in dem

Der Vertrag vom  
16. Jan.  
1864.

Preußen mit Recht die Aufhebung der Allianz sah. Ob diese hier berührte Zusage schon einen „offenen Bruch“ des Vertrages vom 16. Januar enthielt, wird nicht recht klar, da Sybel nicht näher angiebt, worin jene Zusagen bestanden. Nach den von ihm gebrauchten Ausdrücken können dieselben auch nur derartig gewesen sein, daß sie Oesterreich noch freie Hand ließen, die Sache mit Preußen dem Vertrage vom 16. Januar gemäß zu regeln. In Betreff des Inhaltes der Regulirung war mit dem „Nichtignoriren“ noch gar keine Verpflichtung übernommen, es hätte deshalb auch nur darin bestehen können, daß man an den Bund, ehe das zwischen den Großmächten Vereinbarte realisirt würde, das Ersuchen richtete, auch seinerseits dieses Arrangement gutheißen zu wollen, darin, daß man so seine nahe Betheiligung anerkannte. Immerhin war es, namentlich da solche Betheiligung auch für die materielle Entscheidung wichtig werden konnte, ein einseitiges Zugeständniß an einen Dritten, das hier — wie fast immer in solchen Fällen — sein Mißliches hatte; das konnte und mußte dabei allerdings von Oesterreich verlangt werden, daß die Erlangung der Zustimmung Preußens die Voraussetzung blieb. Es übernahm eben durch solche Zusage die Verpflichtung, dafür die Zustimmung des Alliirten zu gewinnen. Das zu erreichen, ist Oesterreich ja auch theilweise gelungen, als Bismarck sich am 3. Juni 1865 bereit erklärte, die militärische Organisation des holsteinschen Contingents zur Erörterung beim Bunde zu stellen, ja als er von sich aus dem Freiherrn von der Pfordten vertrauliche Mittheilung zukommen ließ, daß Preußen die Frage der schleswig-holsteinschen Militärhoheit dem Bunde zu unterbreiten bereit sei (IV, 155).

Incurrect war eine solche einseitig gemachte Zusage gewiß; als einen offenen Bruch des Vertrages vom 16. Januar möchte ich so, etwa wie oben angegeben, limitirte Zusagen Oesterreichs nicht bezeichnen. Bei der Bestimmung: die Höfe von Oesterreich und Preußen behalten sich vor, die künftigen Verhältnisse der Herzogthümer nur in gegenseitigem Einverständniß festzustellen (IV, 212), wird diesem nur doch kaum ein anderer Sinn beigelegt werden können, als in dem gleich folgenden Satze: „sie werden jedenfalls die Frage über die Erbfolge nicht anders als in gemeinsamem Einverständniß entscheiden“. Wenn Sybel (IV, 422) zu den Worten „nur in gemeinsamem Einverständniß“ in Klammern hinzufügt — also ohne Zuziehung des Bundestages — so ist wohl mehr aus diesen Worten gefolgert, als unmittelbar in ihnen liegt, und ihnen eine strictere Verpflichtung zur absoluten Ausschließung oder Ignorirung Dritter, insbesondere des Bundes zugeschrieben, als aus dem vereinbarten Wortlaute des Vertrages entnommen werden kann, obgleich diese Ausschließung des Bundes der Tendenz des Vertrages und der Allianz entsprach. Die Mitentscheidung Dritter, ein einseitiges Uebereinkommen

mit Dritten, war in der That ausgeschlossen, das hat auch Mensdorff anerkannt (IV, 62). Die „bindenden Eröffnungen Rechbergs“ an die Mittelstaaten mögen thatsächlich einen offenen Vertragsbruch enthalten haben, und Sybel mag genügendes Material haben, das zu erweisen, der Leser sieht sich nur nicht in den Stand gesetzt, darüber zu urtheilen. Die, vielleicht sehr verdiente, Rüge für Rechbergs Verhalten bleibt bei Sybel denn auch nicht aus, wenn es auch nicht ganz unzweifelhaft ist, ob sie nur in Bismarcks oder auch in Sybels eigenem Namen ertheilt wird. — „Daß die Hinneigung zu einer solchen Politik,“ sagt Sybel, „in Wien vorhanden war, wußte das preußische Cabinet seit langer Zeit, aber daß sie bereits eine so feste Gestalt gewonnen, daß sie sogar zu bindenden Eröffnungen an die Mittelstaaten geführt, davon hatte man in Berlin keine Ahnung, und Bismarck wies einstweilen ganz entschieden den Gedanken zurück, daß Oesterreich zu einem so offenen Bruche des Vertrages vom 16. Jan. entschlossen wäre“ (III, 381).

Aber wenn wirklich Dritte ausgeschlossen waren und nur Oesterreich und Preußen die Sache ausmachen sollten, dann ist wohl auch die Frage berechtigt, ob Preußen ohne Vereinbarung mit Oesterreich sich bereit erklären durfte, die Frage einem von Napoleon vorgeschlagenen Congreß zu unterbreiten. Rechberg gab „bindende Erklärungen“, daß ein Dritter — der Bund — nicht ignorirt werden solle, Preußen erklärt sich nun seinerseits bereit, die Sache einem Dritten — dem Congreß — vorzulegen; darin liegt für die Beurtheilung über die Vertragsmäßigkeit des Verhaltens ein entscheidender Unterschied zu Gunsten Preußens. Die darauf bezügliche Beschwerde Oesterreichs weist Sybel mit einer Anmerkung zum Worte Congreß, „der nichts entscheiden, sondern nur eine Meinung aussprechen sollte und wollte“, zurück (IV, 424). Möchte der Congreß aber auch nur eine „Meinung“ aussprechen, so mußte dieselbe die schließliche Entscheidung doch in hohem Grade präjudiciren, mehr vielleicht als ein „Nichtignoriren“ des Bundes. Dem Geiste des Vertrages gemäß war dieses Acceptiren nicht; aber — der Geist des Vertrages war damals schon todt, und ein formeller Vertragsbruch lag in diesem Schritt nicht.

Noch lebendig aber war der Geist des Vertrages bei einem anderen hierher gehörigen Vorgange, bei jenen — schon früher berührten — unehaglichen Verhandlungen, die Preußen während der Londoner Conferenz in Paris führte<sup>1</sup>. Gewiß, Preußen wollte eine feste und aufrichtige Allianz mit Oesterreich; es war bereit, im Bunde mit ihm auch ernstest Gefahren entgegenzugehen — wenn Oesterreich nur die großen nationalen Aufgaben mit ihm verfolgen wollte, wenn es Oesterreichs hätte sicher sein können. Noch am 21. Februar hatte König Wilhelm Kaiser Franz Joseph „die männlichen

Die pariser Verhandlungen während der Londoner Conferenz.

<sup>1</sup> Syb. III, 295 ff.; 302 ff., auch 265, 276, 315.

Worte geschrieben: „Unsere Politik wäre eine verfehlte, wenn wir sie nicht zu befriedigendem Abschlusse führten; ich glaube nicht, daß . . . irgend eine . . . Macht es in ihrem Interesse finden wird, uns anzugreifen, so lange wir vereint bleiben, aber auch wenn die Gefahr näher läge, als meiner Meinung nach der Fall ist, so giebt es doch Umstände, unter welchen ich es für nicht möglich halte, davor zurückzuschrecken, und so glaube ich, daß nichts geeigneter ist, sie herbeizuführen, als ein Verhalten, welches irgend eine Besorgniß vor derselben verrathen würde“ (III, 256). Nun aber war Preußen Oesterreichs nicht sicher, und diese Unsicherheit dem Bundesgenossen gegenüber war es, die Preußen zwang, ja ihm die Pflicht auferlegte, sich auch auf den Fall, daß das Bündniß mit Oesterreich nicht halte, einzurichten, und es dazu brachte, sich mit einem Gegner Oesterreichs, dem Kaiser Napoleon, heimlich einzulassen. Die Verhandlungen wurden von französischer Seite angeknüpft und spannen sich dadurch an, daß Oesterreich Napoleons Vorschlag, die Bevölkerung Schleswig-Holsteins zu befragen, auf der Stelle ablehnte, Bismarck dagegen „ein solches kategorisches Auftreten für eben so unhöflich wie unnöthig und folglich unklug im höchsten Grade hielt“ (III, 296) und sich viel entgegenkommender zeigte. Von Frankreich aus wurde jetzt weitere Verständigung gesucht und Preußen die Annexion Schleswig-Holsteins angeboten. Preußen war in eine der versuchungsvollsten diplomatischen Situationen gebracht, war vor die Frage gestellt, ob es aus Loyalität gegen einen unsicheren, die großen Ziele, die Preußen der Allianz setzte, bekämpfenden Allirten eine ihm angetragene, diese Ziele für den Augenblick fördernde Mithilfe eines Gegners dieses Allirten zurückstoßen und seine große nationale Politik gefährden wolle. Des Rechtes, mit anderen Mächten wegen Schleswig-Holsteins zu verhandeln, hatten sich die Allirten durch den Vertrag vom 16. Januar nicht begeben, konnten solche Verhandlungen ja auch kaum vermeiden, und es muß betont werden, daß Oesterreich, indem es sofort, ohne Besprechung mit Preußen, den Vorschlag Napoleons von sich aus ablehnte, zuerst, ohne sich durch den Vertrag gebunden zu fühlen, auf eigene Hand handelte und dadurch Preußen in die Lage brachte, nun gleichfalls von sich aus und ohne vorausgehende Verständigung mit Oesterreich Stellung dazu zu nehmen. Preußen that auch nicht mehr, als daß es den französischen Vorschlägen gegenüber, auf die es antworten mußte, seine Stellung präcisirte, erklärte, in wie weit es darauf eingehen wolle, motivirte, warum die von Napoleon vorgeschlagene, von ihm acceptirte Befragung der Bevölkerung noch nicht gleich, sondern erst später stattfinden sollte und sich mit gemeinsamem Vorgehen einverstanden erklärte; aber — doch besprach man sich mit Napoleon, dem Gegner Oesterreichs, darüber, daß die von Oesterreich gewünschte Personalunion, die Preußen nach dem Vertrage

vom 5. März (III, 265) mit Oesterreich gemeinsam auf der Conferenz vorzuschlagen verpflichtet war, jedenfalls nicht durchgehen werde (nicht darüber, wie sie zu Fall kommen sollte), und es wurde mit ihm erwogen, wie es anzufangen sei, daß die Bevölkerung Schleswig-Holsteins nicht für den von Oesterreich damals noch mehr als von Preußen verworfenen Augustenburger, aber den preußischen, von Frankreich befürworteten Interessen entsprechend stimme. Ob der französischen Regierung auch erklärt worden ist: daß Preußen jedenfalls an der — Oesterreich doch widerwärtigen — Befragung der Bevölkerung, „worüber wir mit Wien unterhandeln“, in allen Stadien der Conferenzverhandlung festhalten werde, wie Bismarck Goltz instruirte<sup>1</sup>, ist, wie mir scheint, aus der Sybelschen Darstellung nicht deutlich zu erkennen. Gerade hierin liegt aber eine bedenkliche Seite der Verhandlung. Das wäre die Zusage an einen Feind Oesterreichs, dafür einzutreten, daß die Bevölkerung der Herzogthümer, also ein Dritter, dessen Recht Oesterreich nicht anerkannte und den der Vertrag vom 16. Januar durch Ausschluß „aller Augustenburgischen und demokratischen Demonstrationen“ — wie man sich ausdrückte — im Grunde auch bei Seite schob, in dieser Sache mitreden solle, etwas eingeschränkt vielleicht durch die Andeutung, „worüber wir mit Wien unterhandeln“, in der eine gewisse Anerkennung der Ansprüche des Allirten liegt<sup>2</sup>. Auch hier ist es nicht eine „bindende Erklärung“, daß jener Dritte gehört werden sollte, sondern nur die Erklärung: Preußen wolle daran festhalten, daß er befragt werde; aber angenommen auch, daß der Vertrag vom 16. Januar Preußen das formelle Recht zu dieser Zusage ließ, ausgeführt mußte sie, da die Conferenz nahe war, doch auch werden, ehe jene Verhandlung mit Wien, und auch wenn dieselbe nicht zum Ziele führte, und präjudicial für die künftige Entscheidung, die nur gemeinsam erfolgen sollte, mußte ein solches Votum im höchsten Grade sein.

Napoleon hatte zugleich „ein offenes und kräftiges Einverständnis auf anderen Gebieten gewünscht“; vorsichtig und reservirt klingt dem gegenüber die preußische Antwort: „der König sei mit der vorgeschlagenen gemeinsamen Richtung einverstanden“, d. h. hier wohl: mit einer gemeinsam einzuhaltenden Richtung auf der Conferenz. Ein Vertrag wird nicht geschlossen, es war, sagt Sybel, „ein vorläufiges Einvernehmen, welches im Grunde keinen der beiden Theile verpflichtete (?) und lediglich für den Augenblick eine gegenseitige freundliche Gesinnung bekundete (III, 304)“. — „Gemeinsame Richtung“

<sup>1</sup> Das steht in dieser Depeche Bismarcks an Goltz vom 14. April; ob Goltz diese Erklärung auch Napoleon gegenüber abgeben sollte und abgegeben hat, ist nicht ganz klar, über die anderen Punkte der Instruction hat Goltz jedenfalls gesprochen.

<sup>2</sup> Leider erfahren wir nichts Näheres über diese Verhandlungen mit Wien; ihre Kenntniß wäre hier für ein Urtheil von größter Bedeutung.

— das klingt zurückhaltender, als „Einvernehmen“; bei einer gemeinsamen Richtung, die man einhält, kann das Einvernehmen ein sehr äußerliches sein.

Ich gestehe, daß diese pariser Verhandlungen mir zuerst in hohem Grade anstößig waren und ich es Sybel stark zum Vorwurf gemacht habe, daß er das Bedenkliche derselben nicht hervorgehoben hat. Erst bei immer erneuter Ueberlegung bin ich dazu gelangt, der Schwierigkeit der Situation Preußens und dem Umstande Rechnung zu tragen, daß nur eine directe Abweisung der Preußen von Frankreich aufgenöthigten Verhandlung — so lange man sich mit Oesterreich nicht geeinigt hatte, und damit eine Zurückweisung wichtiger Unterstützung es vor der Gefahr bewahren konnte, seine Verpflichtungen gegen den Allirten zu verletzen. Die Ueberschreitung der gestatteten Grenze lag so nahe, daß schwer zu unterscheiden war, wo man schon hinübergezogen war. Die „gemeinsame Richtung“, die vereinbart wurde, war aber doch eine Richtung auch gegen Oesterreich; es war ein Einvernehmen — das denn auch „in tiefem Geheimniß verborgen“ blieb — mit einem Gegner Oesterreichs in einer Angelegenheit, in der Preußen nun einmal mit Oesterreich verbunden war, die es nicht anders als im Einverständniß mit Oesterreich zu entscheiden sich verpflichtet hatte; trotz aller Reserve bewegten sich die Unterhandlungen doch auf einer Bahn, welche — selbst wenn Preußen formell das Recht dazu zustand — gerade für den, der eine feste und intime Bundesgenossenschaft wollte, nicht gangbar war. Der Entschluß dazu, sich irgend darauf einzulassen, muß seinem ganzen Wesen nach König Wilhelm schwer geworden sein; er erwog, daß Preußen wohl auch (ohne Oesterreich) allein ein europäischer Krieg und ein Rückzug im Osmüzer Stil drohen könne; „die Conferenz stand bevor, man mußte sich (den französischen Anfragen gegenüber) entscheiden“, und so nahm man denn in der angegebenen Weise Stellung. Den Grund der Reserve, die dennoch beobachtet wurde, wird man wohl besonders in der Gesinnung des Königs und seinem Widerstreben gegen diese Verbindung sehen dürfen. Bald darauf wurde Düppel genommen, der König reiste nach Schleswig und gab, als er die Verzweiflung der Einwohner bei jedem Gedanken an erneuerte „dänische Herrschaft gesehen, seinen unwiderruflichen Entschluß kund, keinen deutschen Bezirk an Dänemark herauszugeben“, also nur eine dem entsprechende Theilung Schleswigs zuzulassen. Bismarck hätte sich, um zum Abschlusse zu kommen, „gern“ mit Geringerem begnügt, mußte aber dem Grafen Goltz den bestimmten Befehl des Königs übermitteln<sup>1</sup>. Eben jetzt — wie wohl schon oft während des Krieges — mußte

<sup>1</sup> Bismarcks entscheidende Instruction an Goltz, nachdem der König die Sache erwogen, ist vom 14. April; Düppelsturm 18.; der König bei der Armee 22.; Beginn der Conferenz 25. April.

der König den Zwiespalt mit Oesterreich, das die Provinzen dem Dänenkönig erhalten wollte, auf das Lebhafteste empfinden.

Ich weiß nicht, ob Sybel unter solchen Umständen in diesen Verhandlungen wenig Bedenkliches gefunden, oder ob er gerade hier lieber dem Leser ganz das Urtheil selbst hat überlassen wollen; man vermißt aber doch einen Hinweis darauf. „Man mußte sich erklären,“ sagt er (III. 300), und erörtert dann, zum Theil im Anschluß an ihm vorliegende Schriftstücke, ob Napoleon sicher genug sei, um sich mit ihm einzulassen, aber — vielleicht lag dazu kein Material vor — kein Wort darüber, daß doch auch die Verpflichtungen Oesterreich gegenüber hier in Betracht kamen.

In diesen Zusammenhang gehört auch noch etwas Anderes. In dem oben erwähnten Vertrage vom 5. März hatte Preußen sich zu einem Satze herbeigelassen, welcher „als erste Forderung der beiden Mächte auf der Conferenz die Personalunion Schleswig-Holsteins mit Dänemark unter der Herrschaft Christians IX. bezeichnete, also immer noch die vollständige Trennung der beiden Gebiete (sc. von Dänemark) vermied“. Leider theilt Sybel (III, 263) den Wortlaut dieses für die Beurtheilung der preußischen Politik hier so wichtigen Satzes nicht mit. Preußen wollte die vollständige Trennung und mußte sie wollen, die Politik Preußens und Oesterreichs wäre, wie König Wilhelm schrieb, „eine verfehlte gewesen, wenn wir sie nicht zu einem befriedigenden Abschlusse führten“. Preußens ganze große deutsch-nationale Politik hing von diesem befriedigenden Abschlusse ab, und doch mußte es mit Oesterreich gemeinsam jenen Antrag stellen, auf dessen Füllen ihm Alles ankam. Am 15. Mai telegraphirte Bismarck an Bernstorff in London: „Der König befehlt mir, Ihnen mitzutheilen, daß die gänzliche Trennung der beiden Nationalitäten in der That unser Ziel ist, unter Vorbehalt der dynastischen Frage, die für uns nur secundäre Bedeutung hat; um jedoch dies Ziel zu erreichen, ohne gegen Oesterreich wortbrüchig zu werden, müssen wir zuerst den Plan der Personalunion durchmachen, so zwar, daß derselbe nicht zur Annahme gelangt, aber auch nicht offenbar an unserer Opposition scheitert.“

Den Antrag zu stellen war Preußen verpflichtet, bei der ganzen Lage, bei der Gefahr, die er dem nationalen Interesse brachte, gewiß nicht ihn zu fördern. Weder der großen Aufgabe und dem nationalen Interesse, noch der Loyalität gegen den Bundesgenossen etwas zu vergeben, die Grenzlinie zwischen beiden einzuhalten, war hier die der Haltung Preußens gestellte Aufgabe; es war wohl wie bei der Antwort auf die von Napoleon gewünschte „gemeinsame Richtung“ eine von jenen Situationen, auf die das Wort Bismarcks Anwendung findet: „wer mich einen gewissenlosen Politiker schilt — er soll sein Gewissen erst selbst einmal auf diesem Kampfplatz versuchen.“

Es war ein Glück, ich möchte sagen, ein Geschenk für Preußen und Deutschland, daß der österreichisch-preussische Antrag auf Personalunion nicht am Widerspruch der Conferenzmächte, also nicht an der „klugen“ oder im Verhältniß zu Oesterreich schwankend werdenden Diplomatie Preußens scheiterte, sondern am Troße der Dänen; Bismarck hatte sich in Erwägung der Schwierigkeiten mit weniger begnügen wollen — ihr Troß half Deutschland dabei zu vollem Erfolge. Damals war es, am 16. Mai, einen Tag nach jenem Telegramm, einen Tag vor der entscheidenden Abstimmung, als Bismarck schrieb — ich habe die Worte zum Theil schon früher citirt: „Je länger ich in der Politik arbeite, desto geringer wird mein Glaube an menschliches Rechnen . . . im Uebrigen steigert sich das Gefühl des Dankes für Gottes bisherigen Beistand zu dem Vertrauen, daß der Herr auch unsere Irrthümer zu unserem Besten zu wenden weiß; das erfahre ich täglich zu heilsamer Demüthigung.“

Es sind nur einzelne wenige Punkte, die ich hervorzuheben hatte — und, wie ich direct ausspreche, hervorheben konnte; doch kommt in ihnen ein störender Zug zum Ausdruck, der dem schönen Bilde, das vor uns ausgebreitet wird, anhaftet, eine Seite der Darstellung, die den Widerspruch herausfordert.

Ich muß anerkennen, daß meine Vorwürfe gegen das Sybelsche Werk sich zum Theil darauf gründen, daß Sybel, wo er von einem Unrecht der preussischen Regierung spricht, nichts weiter dazu sagt. In einer bei ihrer patriotischen Wärme doch so ruhig gehaltenen Darstellung, in welcher der Verfasser meist die Thatfachen selbst reden läßt, ist man freilich auch gar nicht berechtigt, zu erwarten, daß er immer sein persönliches Urtheil ausspreche und Kritik übe — obgleich der Leser orientirende kritische Bemerkungen, wie auch Sybel sie wiederholt giebt, als sehr dankenswerth empfinden würde. Man wird ihm nur zu danken haben, wenn er trotz der Schwierigkeiten, die derjenige zu überwinden hat, dem die eine Partei vertrauensvoll ihre Geheimnisse in die Hände gegeben, auch über ihre Fehler und Mißgriffe ohne Beschönigung berichtet. Dabei scheut Sybel vor einer scharfen Verurtheilung der preussischen Politik<sup>1</sup> nicht zurück, wie bei den Verhandlungen mit Sachsen<sup>2</sup> — nur gehört dieser Fall nicht in die hier behandelten Vorgänge — bei denen er die preussischen Forderungen „vertragswidrig“, „lästig“ und „unerträglich“ nennt (IV, 452); auch daß der Darsteller seine politische und nationale Gesinnung „mit keinem Worte verleugnet oder verbirgt“, wird den meisten Lesern wohl nur willkommen sein. Wenn aber die Schritte

<sup>1</sup> Selbstverständlich habe ich überall nur König Wilhelms Zeit im Auge.

<sup>2</sup> Die, während Bismarck Urlaub hatte, „ohne (dessen) weitere Theilnahme und bald im Widerspruch mit dessen Grundsätzen geführt wurden“.

der einen Partei doch so manches Mal scharf beurtheilt und ihre Provocationen (wie der anmaßende oder hochmüthige Ton der wiener Depeschen) gerügt werden, während die Empfindung für das, was ihr schwer wird, für das, was die andere Partei verschuldet oder wodurch sie verletzt, nicht recht zur Geltung kommt und es meist unmarkirt oder ungerügt bleibt; mit anderen Worten, wenn von beiden Parteien das etwa zu Mißbilligende berichtet, die eine Partei aber doch in höherem Grade oder schärfer kritisiert und abgeurtheilt wird, so liegt darin doch ein Nichtgerechtwerden dem Gegner gegenüber, das man gern vermieden sähe.

Wenn man heute über Königgrätz sehr unbefangen reden kann, wenn auch wohl nicht ganz so unbefangen wie über Kollin und Leuthen, so ist das zum Theil die Folge einer Politik, in der noch auf dem Schlachtfelde von Königgrätz der Sieger sich sagte: Die Streitfrage ist entschieden, jetzt gilt es die alte Freundschaft mit Oesterreich wiederzugewinnen.

Gerade um der hervorragenden Bedeutung willen, die der Geschichte der „Begründung des Deutschen Reiches durch Wilhelm I.“ für die Kenntniß und Beurtheilung jener großen Epoche zukommt, wäre aus diesem Werke dasjenige wegzuwünschen, was darin den früheren Gegner erbittern und verletzen muß. Es würde die große Aufgabe, in deren Dienst es sich gestellt hat, dann noch besser erfüllen.



<sup>1</sup> Außer der eben erwähnten Darstellung der Verhandlung mit Sachsen und jener wichtigen Stelle, an der Sybel eine vorübergehende Inconsequenz Bismarcks bespricht (III, 315), kommt gelegentlich ja wohl auch sonst noch ein rügender Hinweis vor, wie IV, 167 etwa, wo er einige Ausdrücke in einem Schreiben Bismarcks an Mensdorff „etwas josphitisch“ und „etwas boshaft“ nennt.

## A n h a n g.

### Einzelne wichtige Momente der Politik Bismarcks.

Zu vorstehenden Artikeln ist (S. 28) der auf Grundlage des Sybelschen Werkes von Delbrück in den „Preussischen Jahrbüchern“ hervorgehobene Gedanke: „Bismarck wollte in erster Linie nicht den Krieg, sondern die Allianz“ erörtert und dargelegt worden, in welchem Sinne und unter welchen Bedingungen Bismarck das wollte. Der Glaube an den Ernst dieser Allianz wächst, wenn man eine Möglichkeit durchschimmern sieht, daß Oesterreich in Frieden dazu gebracht werden konnte, die preussischen Bedingungen zu acceptiren. Es ist schon darauf hingewiesen worden, daß die von Sybel (III, 395 ff.) mitgetheilte private Correspondenz Bismarcks mit Rechberg gleichsam den Schlüssel zum Verständniß dessen enthält, wie er sich die „gemeinsame Beherrschung Deutschlands durch Oesterreich und Preußen“ und die Umwandlung der Allianz auf unhaltbarer in eine solche auf haltbarer Basis dachte; ich gehe hier noch etwas näher, als es schon geschehen, auf dieselbe ein. Auf eine Aeußerung Rechbergs (vom 6. Sept. 1864): „Wir verfolgen die Aufgabe, mehrjährige Differenzen und Kämpfe der Vergessenheit zu übergeben und das Bewußtsein der beiderseitigen Vortheile einer österreichisch-preussischen Allianz zu erwecken“, hatte Bismarck erwidert: „Die Erfüllung (dieser) Aufgabe wird uns nur gelingen, wenn wir unserer Gemeinschaft das frische Leben einer activen gemeinsamen Politik erhalten, wie wir sie im Laufe dieses Jahres bisher betrieben haben und wie sie, consequent fortgesetzt, zweifellos zum Ziele führen wird, zur Einigung Deutschlands gegen innere und äußere Feinde.“ Als Rechberg dann (17. Sept.) geschrieben hatte: „Sie werden mir zugeben, verehrtester Freund, daß eine ehrliche und bundestreue Anerkennung der Zusammengehörigkeit Oesterreichs und Deutschlands eine jener Grundbedingungen ist, ohne welche Oesterreich sich in der preussischen Allianz nicht heimlich fühlen kann,“ da antwortet Bismarck, wie Sybel sagt, da es nicht wohl anging, dem wiener Freunde rund heraus zu sagen, was man von der Deutscherheit des Donaureiches halte, „er halte den Fortschritt auf der gemeinsamen Bahn für sicherer, wenn beide Theile sich auf den praktischen Boden der Cabinetspolitik stellten, ohne sich die Lage durch die Nebel trüben zu lassen, welche aus der Doctrin deutscher Gefühlspolitiker aufstiegen: dann würde sich zeigen, daß, wenn der deutsche Charakter Oesterreichs der Machtstellung desselben frommen sollte, dies nicht durch einen Zollvertrag mit problematischen Wortstellungen, sondern nur durch ein intimes Bündniß mit Preußen erreicht werden könnte.“

Bismarck geht auf das, was Rechberg als Grundbedingung der Allianz bezeichnet, nicht ein, er schiebt die Antwort bei Seite — aber, indem er die „Anerkennung der Zusammengehörigkeit Oesterreichs und Deutschlands“ mit den „Rebellen, die aus der Doctrin deutscher Gefühlspolitik aufsteigen“, verhüllt, läßt er unter dieser bildlichen Redewendung doch etwas von seiner eigentlichen Meinung hindurchblicken und uns ahnen, daß er eine Gestaltung des Verhältnisses im Auge habe, bei der diese Anerkennung nicht die Voraussetzung bildet, und weist auf die Bedeutung hin, die ein intimes Bündniß mit Preußen durch die Machtstellung, die es den Allirten in Europa jüngst gegeben habe und weiter geben werde, für Oesterreich habe — auch wenn es auf anderer Grundlage ruhe (also etwa wie seit 1879). Auf dem Glauben an eine Möglichkeit, daß Oesterreich selbst, unter dem Einfluß gemeinsamer erfolgreicher Actionen, einer gemeinsamen activen Politik (auch ohne Gewährung unmöglicher Garantien, wie der Venetiens) dieses Bündniß schließlich doch der Behauptung seiner alten Stellung vorziehen werde — beruhte, wie mir scheint, das Stück Hoffnung auf ein Dauern der Allianz und eine friedliche Auseinandersetzung mit Oesterreich, das Bismarck noch festhielt; immerhin liegt in ihrem Kern die Zumuthung verborgen, gerade auf die Rechberg'sche Grundbedingung derselben — auf die alte Zusammengehörigkeit mit Deutschland zu verzichten. Zunächst wurde das allerdings noch nicht gefordert — so lange Oesterreich Preußen gewähren ließ — mit der Zeit aber hätte sich in einzelnen realen Forderungen enthüllen müssen, daß das wohl schließlich der Preis für die Fortdauer der Allianz sein werde. Der Natur der Sache nach mußten weitere Pläne gerade hier noch „flüchtig“ sein. Alles mußte von Zeit und Umständen und der Gelegenheit zu einer gemeinsamen activen Politik abhängen, und es galt — der Ernte zu harren („Abwarten des rechten Momentes“). Mir hat dieser Briefwechsel den Glauben daran erleichtert, daß Bismarck die Möglichkeit im Auge behielt, durch die „gemeinsame Beherrschung Deutschlands“ Oesterreich im Frieden aus Deutschland herauszubringen, und eben deshalb immer wieder noch zu einer friedlichen Auseinandersetzung bereit war.

Zu den auffallendsten Belegen für Bismarcks Bereitwilligkeit, den Krieg zu vermeiden, gehört das Eingehen auf die Gablensz'schen Vorschläge (IV, 370 ff.). Es kann Einen wohl stußig machen, wird hier doch der Gedanke einer „gemeinsamen Beherrschung Deutschlands“ durch eine Allianz, die, wie gezeigt, zur Hegemonie Preußens in Deutschland<sup>1</sup> oder zur Entscheidung führen sollte — ersetzt durch den einer geographischen Zweitheilung des Einflußgebietes, die für lange hinaus Deutschland zerreißen mußte. Delbrück hat (a. a. O. II, 83 ff.) die Bedeutung der Vorschläge und die etwaigen Absichten Bismarcks bei der Annahme erörtert. Daß die Verhandlung lediglich den Zweck gehabt, zu scheitern und den König zum Kriege zu bringen, glaube

<sup>1</sup> Bei Darstellung der Friedensverhandlungen von 1866 (V, 253) sagt Sybel: „Bismarck verzichtete einstweilen auf Heranziehung der Südstaaten in einen neuen Bund. Aber mit voller Sicherheit ist es auszusprechen, daß er niemals den Gedanken einer bleibenden Zerreißung Deutschlands gehabt hat.“ Es scheint mir nicht völlig klar, ob dieses niemals auf die ganze Politik Bismarcks (also auch auf die Zeit der Gablensz'schen Vorschläge) bezogen werden darf, oder ob Sybel mehr nur die Zeit jener Verhandlungen im Auge hat, so daß es so viel wie „hierbei niemals“ oder „dabei keineswegs“ bedeutet. Bei dem Gewicht, welches Sybels Urtheil hat, wäre es dankenswerth, wenn er den Zweifel, wie dieser bedeutame Ausdruck verstanden werden darf, durch ein erläuterndes Wort beseitigen wolte.

ich nicht; näher dürfte es der Wahrheit kommen, wenn Delbrück meint, es sei ein „Schachzug“ gewesen, dessen Wirkung Bismarck abwarten wollte, „um dann weiter zu sehen“. Mir will es doch als ein ernstgemeintes sich Einlassen auf den Versuch eines Ausgleichs erscheinen, sei es auf einen von hier aus zu gewinnenden, sei es — selbst auf dieser Basis; — bis auf Weiteres!

Der Versuch „gemeinsamer Beherrschung“ war zunächst gescheitert; das Eingehen auf Gables' Vorschläge erscheint als ein Moment entschlossener, schwerer, abwartender Selbstbescheidung: der Ernte harren! — und hat doch vielleicht auch etwas an sich von einem Acte der Verzweiflung. Es ist die Zeit heißen, ermattenden Ringens, die Zeit des Attentates (sind doch Erlaß und Brief an Werther von diesem Tage, 7. Mai) und des Briefes an Wielopolski (oben S. 60). Dem sächsischen Minister Friesen gegenüber hat Bismarck sich 1869 selbst über diese Sache mit den oben (S. 59; Wilhelm Müller: Fürst Bismarck p. 118) citirten Worten geäußert: Man wird auch hier wohl denken dürfen, daß er von den beiden Alternativen: Vermeidung des Krieges — oder Erlangung des Beweises, daß er unvermeidlich sei, persönlich, da er an den Sieg glaubte, mehr die letztere gewünscht habe; vor Allem wollte er wohl: endlich Entscheidung! In dem Briefe, den Manteuffel damals an den König schrieb und den er mit den Worten schloß: Soll verhandelt werden und ist es gegeben, was ich nicht weiß, es nochmals zu versuchen, dann ein Termin von zweimal 24 Stunden, und ist der verlaufen, dann das Signal „Fanfare“, fand, sagt Sybel, Bismarck zum Theil (geht das auch auf diese Stelle?) seine eigenen Gedanken wieder. (IV, 383 f.)

Am sichersten dürfte man gehen, wenn man sich einfach genau an Bismarcks Brief an Werther vom 7. Mai hält: Es sei (bei dem Erlasse von demselben Tage) seine Absicht, „den Weg einer vertraulichen Verständigung im Sinne des Entwurfes Gables' nicht abzuschneiden (NB. nicht: zu suchen); wenn dessen Gedanken dort ernstlich aufgenommen würden, so wäre es vielleicht noch nicht zu spät zur Einigung“.

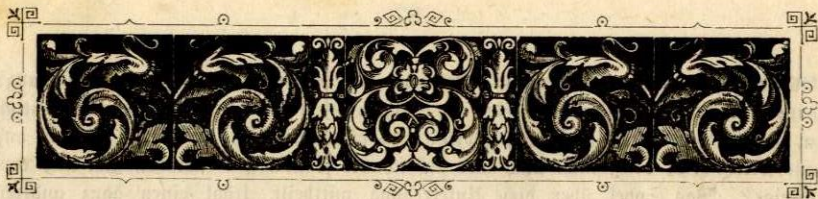
In besonderem Grade zeigt wohl auch die Gasteiner Convention einerseits die Elasticität der Politik Bismarcks, andererseits den Zwang, unter dem er sich der Friedensliebe des Königs gegenüber befand. Noch in seiner großen Denkschrift vom 9. Mai 1865 (Polit. Briefe, III. Sammlung S. 207 f.) hatte er erklärt, daß eine Trennung Schleswig-Holsteins „als unmöglich bezeichnet werden dürfte“; dennoch sah er sich jetzt, 3 Monate später, nicht nur genöthigt, auf die Blomeschen Theilungspläne einzugehen, sondern arbeitete sogar seinerseits einen Plan auf definitive Theilung aus (IV, 185). Warum legte Bismarck denselben — der die Gefahr neuer Conflictе doch in viel höherem Grade beschwören mußte — nicht vor? wollte er nicht? Sybel sagt: Bei der Unsicherheit (womit hier wohl weniger der gefährdrohende, als der schwankende, unaufgeklärte Zustand bezeichnet wird) der europäischen Lage hätte er es für angemessen gehalten, davon abzusehen; er wollte sich also wohl lieber die Wege noch offen halten — auch für den Krieg, als die Verhältnisse eben jetzt durch eine „definitive“ Theilung ins Gleichgewicht kommen lassen. Es war ihm nur eine „Verklebung der Risse im Bau“ (Brief an seine Frau vom 14. August), noch ein Versuch: Oesterreich zum Nachgeben zu bringen, wie Manteuffel (18. Jan. 1866) schrieb, dessen Meinung Bismarck theilte (IV, 192 und 260); wenn nicht, dann los! Blome hat den Eindruck, daß Bismarck aufrichtig die Verständigung mit Oesterreich jeder anderen Eventualität vorziehe (IV, 172); mit Recht — aber wohl nur auf die preußischen Bedingungen. Nach Außen hin scheinen der König und Bismarck einig; sowohl Blome als v. der Pfordten haben diesen Eindruck. Aber während der König sehr befriedigt

Bismarck zum Grafen machte, gab Bismarck „freilich nicht in jubelnder Stimmung“ seine Unterschrift. Und deuten die in Salzburg am 23. Juli vor der Convention zu von der Pfordten gesprochenen Worte: „da ich nicht weiß, was nach Gastein aus mir wird“ (IV, 155), nicht auch hier auf schwere Differenzen zwischen ihm und dem Könige? Was Sybel über diese Unterredung mittheilt, trägt einen ganz anderen Charakter, als die über diese Unterredung und die mit Grammont veröffentlichten Referate (Sybel IV, 148, 156, vfr. Hejekiell „Buch vom Fürsten Bismarck“, 3<sup>o</sup>, S. 213; Biedermann a. a. O. II, 414. Anm. 2.) Sybels Bericht zeigt, daß Bismarck sich hier gerade (mag er daneben auch scharfe Aeußerungen gethan haben) doch wieder besonders entgegenkommend gegenüber den österreichischen Wünschen äußerte, indem er auf einen Ausweg hindeutete: Militärconvention mit Schleswig-Holstein nur auf befristete Zeit, indem er auch nicht in Abrede stellt, daß bei anderer Haltung der Herzog von Augustenburg schließlich doch noch anerkannt werden könne. Es könnte das zu denjenigen Momenten gerechnet werden, in denen vielleicht noch etwas vom „Suchen eines Ausgleiches“ liegt (oben S. 29, Anm. 1).



#### Verichtigungen:

- S. 16 §. 10 v. v. lies: welches vernichtet und welches errichtet werden sollte, statt welcher; die betr. Aeußerung Bismarcks ist gethan am 15. April 1891, citirt nach der „Pet. Ztg.“ vom 8. (20.) April 1891.
- S. 21 §. 1 v. u. lies: in einer bildlichen statt in bildlicher.
- S. 28 §. 9 v. o. lies: Deutschlands statt Deutschland.
- S. 29 Anm. 1 §. 10 v. u. lies: 13. December statt 13. Februar.
- S. 35 §. 15 v. v. lies: weniger statt wenigen.
- S. 35 §. 10 v. u. lies: <sup>2</sup> statt <sup>1</sup>.
- S. 36 §. 1 v. u. muß <sup>2</sup> wegfällen.
- S. 62 §. 8 v. v. lies: Oct. statt Sept.
- S. 62 §. 1 v. u. lies: willen, verehrt um seines Charakters willen.
- S. 65 §. 8 v. o. lies: eines neuen kleinen Mittelstaates.



## Nachwort.

**G**ern hätte ich vorstehende Artikel ohne Nachwort als freudigen Ausdruck der Bewunderung des gewaltigen Mannes, von dem sie reden, hinausgeschendet. Was geschehen ist, seit sie im Juni im Wesentlichen vollendet waren, nöthigt mich, einige Worte hinzuzufügen; meine Darstellung könnte nach der Bismarckreise und Bismarckfehde wie eine Parteinahme erscheinen, die ich nicht verantworten möchte.

Man hat von Bismarck verlangt, er solle schweigen! Wie kann er schweigen, wenn er schwere, vielleicht später nicht mehr abzuwehrende Gefahren nicht nur über das Werk seines Lebens, sondern damit über das Land, über sein Volk, dem dieses Werk seines Lebens galt, heraufbeschworen glaubt. Nicht durch Reden, sondern durch Schweigen würde er sich selbst untreu werden. Es dürfte aber auch das, was als solche Forderung gedeutet wird, im Grunde oft anders lauten, und diejenigen, die sie aussprechen oder im Herzen tragen, wissen sehr wohl, daß es die beste Treue gegen Königthum und den König ist, wenn man ihn von Mißgriffen abhält; sie hegen aber das dringende, schmerzliche Verlangen, er möchte nur so reden, daß seine Stimme wirklich die des Warners und nicht des Anklägers ist, er möchte dem persönlichen Groll hier keinen Einfluß auf seine Worte gestatten. Daß ihm, wenn er warnen mußte, nicht doch auch noch andere Wege offen standen, als die von ihm betretenen, vermag ich nicht recht zu glauben. Ein großer Theil seiner Aeußerungen diente der Abwehr von Angriffen und der Zurechtstellung von Entstellungen, wo er der Herausgeforderte war, seine eigenen Worte erscheinen dabei oft viel gemäßiger als die seiner Vertheidiger, und nur Unbill wird verkennen, daß derjenige, dessen Gespräche sich selbstverständlich

oft auf politischem Boden bewegen, bei dem immer wieder private Aeußerungen lauernd aufgefangen, übertrieben, entstellt und in die Welt hinausposaunt werden, Anstoß kaum vermeiden kann — aber doch: wie hätte er früher den Deutschen verurtheilt, der in einer auswärtigen Zeitung die Regierung des deutschen Kaisers vor der Welt verklagen läßt. Den seiner Ueberzeugung nach irrenden Vertreter seines Kaisers, durch den er sich beleidigt fühlt, will er mit seinen scharfen und verlegenden Worten treffen, aber, umjauchzt von der ihm entgegengetragenen Dankbarkeit und Verehrung seiner Volksgenossen, versetzt er zugleich vielen von denen, aus deren Kreisen ihm dieser Jubel entgegenschallt, einen Schlag, indem er thut, was sie von ihm, gerade von ihm nicht sehen möchten, ja trifft zugleich den Bismarck, den sie lieben und verehren. In dem Bismarck, welcher sich um einer persönlichen „Beleidigung“ (Bereitelung der Wiener Audienz) willen — die doch auch des Anlasses in seinem eigenen bisherigen Verhalten nicht ganz entbehrte — der Rücksicht auf seinen König und dessen Regierung entbunden glaubt, vermögen sie den Bismarck der Mannentreue, an dem die preussische Jugend ihr Herz geschult hat, nicht wiederzuerkennen. Gewiß ist zwischen dem Kaiser und seinen Vertretern zu unterscheiden, und man wird sich hüten müssen, diese Unterscheidung zu verwischen — aber wenige im deutschen Reiche dürften wohl so wie Fürst Bismarck Beleidigung und Verhöhnung gegen den ersten Beamten des Reiches als Verletzung der Ehrfurcht gegen die Krone empfunden haben und so wie er überzeugt sein, daß Regierungshandlungen des Königs und Kaisers doch, und zumal bei dem jetzigen Kaiser, Handlungen des Königs und Kaisers sind — und da ist es allerdings ein peinlicher und verlegender Anblick, wenn man ihn demjenigen, dem jetzt der Ehrenplatz anvertraut ist, von dem aus Bismarck selbst bisher Ehrfurcht gegen die Krone gefordert, als bloßem „Commissarius“ des Kaisers, sei es auch nur andeutungsweise, nur mit einer Anspielung, auf dem Marktplatz von Jena, vor einer lachenden Menge, die Kritik des Götz entgegenwerfen sieht. Sein Nachfolger hat dadurch wohl weniger verloren als er. Da der Fürst hier vor Allem drastisch zeigen will, daß man den Commissar antasten und doch den Kaiser ehren könne, wird man wohl annehmen dürfen, daß es ihm hier mehr darauf ankam, zu verhindern, daß Angriffe auf den Commissar auch den Kaiser träfen — nicht auf den Schlag gegen den Commissar, daß dieser Schlag ihm so mit untergelaufen ist, daß er dabei also in der That „nicht glücklich inspirirt“ war; aber geführt hat er den Schlag doch.

Gewiß, wer so viel gethan und so viel geliebt hat, dem muß auch viel vergeben werden — aber es ist hier eben etwas zu vergeben. „Kein Mensch und kein Staat kann seine Vergangenheit auslöschen.“ Jeder große

geschichtliche Charakter ist gebunden „durch die große Arbeit seiner Mannesjahre“.

Daß Bismarck hier wie in Wien nicht in persönlichem Aerger und Groll geredet, daß er dabei nicht „von Fleisch und Blut Rath genommen“, ist wohl schwer zu glauben. Schwärmerei mag sich über ein solches Verhalten hinwegsetzen; wer nicht blind sein will, wer den Adel der Gesinnung, der im Verzeihen und Uebersehen persönlicher Kränkung, im ehrlichen Sühnen eigener Verschuldung liegt, hoch hält und bewundert und seinen Maßstab an Seelenadel nicht heruntersetzen will, wird nicht leicht über solche Dinge hinwegkommen.

Mit wie gutem Grunde immer große Kreise des deutschen Volkes sich in der Person seines großen Altreichskanzlers gekränkt fühlen, so erfreulich und sympathisch die Huldigungen an sich sind, die ihm dargebracht werden, so gehässig die Maßregeln, welche dieselben verhindern sollen — wie gern, wie gern würde man es sehen dürfen, wenn er selbst solche Ovationen vermeiden wollte, von denen er, wie jeder Unbefangene, sich sagen muß, daß sie neben der in ihnen sprudelnden, tiefen Dankbarkeit und Verehrung der Deutschen auch aus der Unzufriedenheit mit der jetzigen Regierung und aus der Verstimmung gegen den Kaiser ihre Nahrung ziehen.

Wo die Regierung gefehlt und Grund zu Aergerniß gegeben, trifft die Schuld dafür natürlich zunächst sie und nicht diejenigen, welche ihr darin entgetreten und entgetreten müssen, aber, wenn man das Auge nicht verschließen will, so wird sich kaum leugnen lassen, daß Bismarck, worin auch der Kaiser gefehlt oder was er verschuldet haben mag, durch seine Haltung dazu beigetragen hat, das Murren wider die Regierung und den Kaiser zu steigern, daß er an seinem Theil mithilft, ja schon mitgeholfen hat, die Ehrfurcht vor dem Hohenzollernhause in den Herzen so Mancher im deutschen Volke zu vermindern, aber — allerdings auch dazu, daß Andere, im Gegensatz zu ihm, sich dem Kaiser wieder mehr zuwandten.

Nach den Jenaer Worten über die Aufgaben des Parlaments haben die Freisinnigen schadenfroh bemerkt, „jetzt könnten sie fast von ihrem Bismarck reden“. Abgesehen davon, daß nicht nur eine Verstärkung der Bedeutung des Parlaments, sondern auch die Ueberwindung der Parteizerspaltung durch nationale Gesinnung und dem entsprechende Parteibildung ein Grundgedanke jener Rede ist, hat man sich von Bismarckscher Seite energisch dagegen verwahrt: der Fürst wolle jetzt wie früher nur ein Gleichgewicht zwischen Parlament und Krone, wie es der Verfassung entspreche. Jene Aeußerungen, zu denen Kaiser Wilhelm II. sich in hochgespanntem Fürstenstolz hat hinreißen lassen, die einen drohenden Absolutismus und damit eine Verschiebung des bisherigen Verhältnisses zwischen Krone und

Parlament anzukündigen scheinen, sie fordern allerdings auch die loyalste Empfindung, ja gerade die charaktervollste Loyalität zum Widerstande heraus, wenn nicht ein Knechtsgeist Wurzel schlagen soll; aber vergessen sollte man doch nicht, daß auch ein Königswort dem gegenüber steht, nicht von momentanem Impulse eingegeben, sondern mit Vorbedacht und in ernstern zukunfts-schweren Tagen gesprochen; mag es auch, wie behauptet wird, unter dem Einfluß des Altreichskanzlers geredet sein, es bleibt doch König Wilhelms persönliches Königs- und Kaiserwort, die Worte der Thronrede vom 27. Juni 1888: „Es liegt mir fern, das Vertrauen des Volkes auf die Stetigkeit unserer gesetzlichen Zustände durch Bestrebungen auf Erweiterung der Krone zu beunruhigen. . . . Ich bin der Meinung, daß unsere Verfassung eine gerechte und nützliche Vertheilung der Mitwirkung der verschiedenen Gewalten im Staatsleben enthält, und werde sie auch deshalb, nicht nur Meines Gelöbnißes wegen halten und schützen.“

Vergessen sollte auch nicht werden, daß Tadel und Angriffe gegen die Regierung zum Theil nicht etwa Gewaltacte, sondern gerade solche Maßregeln getroffen haben, welche — mögen sie nun richtig oder falsch gewesen sein — aus einer Gesinnung flossen, die das *suum cuique* zu bewähren trachtet, daß ferner auch die Zurückziehung des Schulgesetzes gezeigt hat, wie Kaiser Wilhelm nicht gegen sein Volk, sondern mit seinem Volke regieren möchte.

Die Denkweise, die in Fürst Bismarcks Reichstagsrede vom 24. Febr. 1881 Ausdruck findet, bildet eine Brücke zwischen seiner Haltung von damals und seiner Jenaer Rede: „Für mich hat immer nur ein einziger Compaß, ein einziger Polarstern, nach dem ich steuere, bestanden: *salus publica*. . . . Es giebt Zeiten, wo man liberal regieren muß, und Zeiten, wo man dictatorisch regieren muß; es wechselt Alles, hier giebt es keine Ewigkeit.“

Wird absolutistischen Tendenzen gegenüber Widerstand zur Pflicht, und muß die von Bismarck geforderte Milderung und Ueberwindung der Parteitendenzen in einem von nationaler Gesinnung getragenen einigen und dadurch ja naturgemäß starken Parlament für Deutschland höchst ersprießlich sein, so kann man doch — so weit ich nach mir urtheilen darf — nicht ohne eine gewisse Beklemmung hier dem Thun des großen Staatsmannes zuschauen, und die Frage drängt sich Einem auf, ob die andere Vertheilung des Gewichtes, in der er für jetzt das richtige Gleichgewicht zwischen Regierung und Parlament sieht, ob die von ihm jetzt angedeutete Richtung nicht dazu führen werde oder doch leicht dazu führen könnte, das zu untergraben, was er immer als ein Fundament der Größe seines Vaterlandes vertheidigt hat, was die Lösung des Jünglings, eine Arbeit seiner Mannesjahre und eine

Zuversicht des Greises war, den rocher de bronze, an dessen Stelle er früher nichts Anderes setzen zu können bekannte: die starke monarchische Gewalt in Preußen-Deutschland. — Daß er wirklich meine, „da es hier keine Ewigkeit giebt“, ihre Stunde habe schon geschlagen, kann man nicht glauben; das könnte aber der Einsatz werden; und da legt sich dann die weitere Frage nahe, ob sich hier nicht schließlich doch eine Schwäche jenes Opportunismus offenbare, der ihm so große Erfolge errungen, so daß für das, was augenblicklich günstiger ist, gefährdet zu werden droht, was dauernderen Werth hat.

Nicht sehr viele politische Ereignisse dürften in den letzten Jahren das deutsche Volk so erregt haben, wie das Verhältniß des Oesterreichskanzlers und des jungen Kaisers zu einander, Weniges zittert — sei es auch in den entgegengesetztesten Empfindungen — so in der Tiefe der Seele des deutschen Volkes nach. Es will diesen häßlichen Flecken von der großen Epoche seiner Geschichte, diesen dunklen Schatten von dem Hause des alten Kaisers Wilhelm und dem Bilde des großen Kanzlers getilgt sehen, es ersehnt, es braucht, nicht etwa eine Zurückberufung Bismarcks, nicht den hohlen Schein einer formellen Ausgleichung, aber eine Sühne von beiden Seiten in einer solchen Versöhnung, die auch ihm das Herz mit seinem Kaiser und mit seinem großen Kanzler wieder ausöhnt, ihm den rechten Glauben an Beide wiederschonkt, so daß es sie wieder ehrlich lieb haben kann.

Der leidenschaftliche Aufschrei aber, der aus dem erbitterten Jür und Wider hervortönt, wie das sinnende Auge in dem faltendurchfurchten Antlitz des greisen Kaisers, der an seinem Kanzler, dem treuen Gefährten seiner großen Tage, festhielt und seinen Enkel geliebt, auf ihn seine Hoffnung gesetzt hat, spricht dieselbe bange, warnende, flehende Bitte aus: „So lange es Tag ist! es kommt die Nacht, da Niemand wirken kann.“

